



Berlin – Kulturmietropole mit Zukunft!



**DAS KULTUR- UND
ERINNERUNGSPOLITISCHE
KONZEPT DER
HAUPTSTADTFRAKTION**

2021



Berlin - Kultumetropole mit Zukunft!

*Das Kultur- und
erinnerungspolitische Konzept
der Hauptstadtfraktion*

2021

Robert Eschricht, MdA
Martin Trefzer, MdA



Robert Eschricht, MdB

*Kulturpolitischer Sprecher der
AfD-Hauptstadtfraktion*

Liebe Leser,



Martin Trefzer, MdB

*Erinnerungspolitischer Sprecher
der AfD-Hauptstadtfraktion*

Berlin ist ein Ort voller Geschichte. Nicht nur im Zentrum, auch in den Außenbezirken stoßen wir überall auf historische Zeugnisse.

Sie belegen den Reichtum der deutschen und der Berliner Geschichte, geben aber auch Aufschluss über Scheitern und Verbrechen vorangegangener Generationen.

Wie durch ein unsichtbares Band sind wir mit der Geschichte verbunden, ob wir es wollen oder nicht. Die gesellschaftliche Realität von heute ergibt sich nicht aus einer willkürlichen Setzung, sondern aus den Voraussetzungen der Geschichte.

Gleichzeitig ist die Interpretation der Geschichte ein offener Prozess, der niemals abgeschlossen ist. Denn jede Generation macht sich ihren eigenen Reim auf das Vergangene.

So unterliegen geschichtliche Ereignisse einer ständigen Neugewichtung. Die Sicht, die wir auf das Handeln unserer Vorfahren heute einnehmen, prägt unser Handeln in der Zukunft.

Zu den geschichtspolitisch besonders herausfordernden Aufgaben gehört die Aufarbeitung der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur. Dafür ist ein klarer, wertgebender Kompass unabdingbar.

Für die AfD als antitotalitäre Partei und für mich ganz persönlich ist dieser Kompass der antitotalitäre Grundkonsens. Denn Nationalsozialismus und Kommunismus sind bei näherer Betrachtung zwei Seiten ein und derselben Medaille. Sie vergötzen beide die Allmacht des Staats, pfeifen auf Rechtsstaat und Demokratie und setzen auf Repression zur Schaffung eines Meinungsmonopols. Das darf sich niemals wiederholen.

Mit Sorge beobachte ich deshalb, dass der antitotalitäre Grundkonsens gerade von der linken Seite des politischen Spektrums immer weiter aufgeweicht wird. Damit dürfen wir uns nicht abfinden!

Der Respekt vor den Opfern des Unrechts verbietet jedwede Nostalgie. Wer die DDR in weichen Farben zeichnet und ein neues sozialistisches Projekt beschwört, versündigt sich an der Seele Berlins, das wie keine andere Stadt unter Mauer und Stacheldraht gelitten hat. Die AfD setzt demgegenüber auf Aufklärung und zeitgeschichtliche Bildung.

Und für uns gilt: Wir stehen fest an der Seite der Opfer des Totalitarismus. Als erinnerungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion ist es mir ein besonderes Anliegen, den Opfern der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur Gehör zu verschaffen.

Nur wenn wir aus der Geschichte lernen und gleichzeitig unser reiches kulturelles Erbe pflegen, sind wir in der Lage, unsere Identität zu bewahren und die Zukunft zu gestalten.

Ihr **Martin Trefzer**

1	Zum Begriff der Kultur	11
	1.1 Kulturelle Identität und Heimat	12
	1.2 Deutsche Kulturnation	15
2	Kulturpolitische Grundsätze	17
	2.1 Wozu Kulturpolitik?	17
	2.2 Soziokultur und Breitenkultur	20
	2.3 Kulturförderung	22
	2.4 Kultur und Marktwirtschaft	26
	2.4.1 <i>Kultur- und Kreativwirtschaft</i>	28
	2.4.2 <i>Kulturtourismus</i>	30
	2.5 Kulturpolitische Leitvokabeln und die Irrtümer der ›Neuen Kulturpolitik‹	31
	2.5.1 <i>Kulturelle Bildung</i>	31
	2.5.2 <i>Kulturelle Teilhabe: Recht auf Kultur</i>	33
	2.5.3 <i>„Kultur für alle“</i>	35
	2.5.4 <i>Die Krux der Kulturvermittlung – Kunst und Publikum</i>	37
3	Autonomie von Kunst und Kultur	41
	3.1 Politisierung der Kunst	41
	3.2 Freiheit der Kunst	46
	3.3 Die politische Ergebnisadresse des Vereins „Die Vielen e.V.“	49
4	Arbeitsmarkt Kultur	53
	4.1 Honorarmindeststandards für freie Musiker	55
	4.2 Mitbestimmungsrechte für Künstler: Beispiel Staatsballett Berlin	56
	4.3 Musikschulen	58
5	Sprache, Literatur und Bibliotheken	61
	5.1 Sprache	61
	5.2 Literaturförderung	63
	5.3 Bibliotheken	66
6	Erinnerungspolitik – „Zukunft braucht Herkunft“	69
	6.1 Umbenennungen von Straßen	70
	6.2 Aufarbeitung der SED-Diktatur	71
	6.3 Gedenkstätte Hohenschönhausen	79
	6.4 Denkmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft	81
	6.5 Kolonialgeschichte und Restitution von Raubgut	83

7 Museen und Archive	87
7.1 Ein Gesetz für den Kulturgutschutz	88
7.2 Ein Kulturgutschutzbeauftragter für Berlin	89
7.3 Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts	89
7.4 Digitalisierung von Kulturgut	90
7.5 Archive	92
7.6 Stiftung Preußischer Kulturbesitz	93
8 Kultur im Stadtraum	97
8.1 Denkmalschutz	97
8.2 Städtebau als kulturelle Aufgabe	102
8.3 Entstickung und Kastendoppelfenster	104
8.4 Das gewollte Desaster am Kulturforum	105
8.5 Wunden der Stadt – Wiederaufbau historischer Objekte	106
8.6 Kunst im öffentlichen Raum	108
9 Galerien und Kunsthandel	111
9.1 Steuerliche Kulturförderung: Ermäßigte Steuer	112
9.2 Kunstmarktplatz Berlin: Kunstmessen	113
9.3 Private Kunstsammlungen	114
10 Berliner Bühnen	117
10.1 Theater	118
10.2 Kinder- und Jugendtheater	121
10.3 Deutsch-Jüdisches Theater	122
10.4 Die Kunstform Tanz	124
10.5 Chöre	125
11 Filmförderung	127
12 Berlin als Hauptstadt	131
13 Die Zukunft von Kunst und Kultur: „Kinder, schafft Neues!“	135



1 Zum Begriff der Kultur

Der Mensch ist „von Natur ein Kulturwesen“.¹ Es gibt ohne den Menschen keine Kultur und ohne Kultur keinen Menschen. Persönlichkeit kann man nur werden auf dem Wege durch die Kultur.² Zum Begriff der Kultur gehört, dass der Einzelne etwas ihm zunächst Äußerliches in seine eigene Entwicklung einbezieht: den lebendigen Schatz des geistigen Erbes.³

Die Entfaltung seiner selbst kann ein Mensch nicht bloß von innen heraus bewirken, sondern nur durch den Umweg über die geistigen und gegenständlichen Hervorbringungen, die Menschen vor ihm geschaffen haben. Kultur besteht da, wo sich zwei Elemente vereinen: der einzelne Mensch und die geistige Hinterlassenschaft. Eine Aneignung von Kultur ohne Verinnerlichung dieses Erbes würde bedeuten, Kultur zu haben, aber nicht, kultiviert zu sein. Kultivierung heißt, durch etwas Drittes an sich selbst zu wachsen. Kultiviert sind wir noch nicht, wenn wir dieses oder jenes einzelne Wissen erworben haben, sondern wenn wir die Kultur in unserem seelischen Zentrum aufgehen lassen.⁴

In dieser Einheit der Einzelseele mit der äußeren Kultur verwirklicht sich Menschsein im klassisch humanistischen Sinne. Wer die kulturellen Traditionen und Institutionen schleift, „primitivisiert“ den Menschen.⁵



1.1 KULTURELLE IDENTITÄT UND HEIMAT

„Kein größerer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man ihr den Nationalcharakter, die Eigenart ihres Geistes und ihrer Sprache nimmt.“ **IMMANUEL KANT**



St. Martinsumzug: Tradition und Brauchtumpflege verleihen unserer Heimat eine Seele. Brauchtum schafft Identität.

Kulturelle Identität ist eine ›soziale Tatsache‹.⁶ Sie bedeutet „reflexiv gewordene Teilhabe an bzw. das Bekenntnis zu einer Kultur“⁷, ist „selbstbestimmte positive Identifikation von Individuen mit einer Kultur“⁸. Kulturelle Identität baut sich auf zwei Wegen auf, durch Enkulturation (Hineinwachsen in eine Kultur) und Akkulturation (kultureller Anpassungsprozess). Zu jeder Form von Identität gehören Unterscheidungen zwischen dem Selbst und dem Anderen. Auch über Kulturen, dies liegt in der Logik des Identifizierens, kann nur in der Kategorie des Unterscheidens gesprochen werden. Kulturelle Identität ist ein wichtiger Bestandteil individueller Freiheit: Eine distinkte Kultur ermöglicht die individuelle Identitätsbildung und Subjektkonstitution. Kulturelle Identität dient dem Wunsch nach Besonderheit als Individuum.

„Menschen haben ein Recht auf Kultur – nicht nur irgendeine Kultur, sondern ihre eigene.“ **MARGALIT/HALBERTAL**, 1994, 491



Berliner Currywurst

Dabei geht es nicht um die eigene Kultur als isoliertem, abgeschottem Bezugspunkt. Gerade die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen macht uns erst bewusst, wer wir sind und was uns besonders macht. Kultur lebt im Zeitalter der Globalisierung vom Vergleich und von der Möglichkeit, voneinander zu lernen. Ein einfaches Beispiel ist die Esskultur, die regionale und nationale Besonderheiten aufweist, aber mit den Küchen anderer Länder im Austausch steht.

Berlin ist mehr als ein Wirtschaftsstandort, Berlin ist eine über Jahrhunderte gewachsene Stadtlandschaft und Heimat vieler Menschen. Heimisch sein zu können, ist ein menschliches Bedürfnis. Um heimisch sein zu können, muss ein Mensch das ›kulturelle Skript‹ einer Umgebung und seine Eigenheiten verstehen. Heimat ist die geistige Welt um uns und in uns. Diese geistige Welt aufzugeben, hieße, das eigene Ich aufzugeben – dies kann keinem Menschen abverlangt werden.

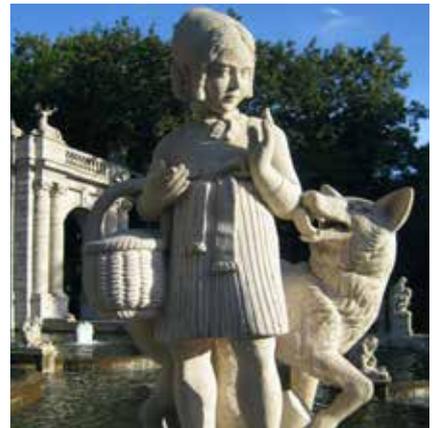


Schildhorndenkmal
an der Havel in Berlin-Grünwald

” Heimat ist erlebbare und erlebte Totalverbundenheit mit dem Boden. Und noch mehr: Heimat ist geistiges Wurzelgefühl.“

EDUARD SPRANGER

Kultur ist ein natürlicher Prozess, eine fortlaufende Verständigung über die Formen des Miteinanders, die im Alltäglichen praktiziert wird. Ob neuartige Kulturformen eine kulturelle Bereicherung darstellen, kann nicht politisch verordnet werden. Etwas ist nicht schon deshalb, weil es vorher nicht da war, eine Bereicherung.



Märchenbrunnen im
Volkspark Friedrichshain

” Für eine Nation ist nur das gut, was aus ihrem eignen Kern und ihrem eignen allgemeinen Bedürfnis hervorgegangen [...]. Alle Versuche irgend eine ausländische Neuerung einzuführen, wozu das Bedürfnis nicht im tiefen Kern der eigenen Nation wurzelt, sind daher thöricht.“ **JOHANN WOLFGANG**

VON GOETHE, 4. Januar 1824

Es ist das Recht und die Pflicht jedes einzelnen, natürlich gewachsene Kulturformen unseres Landes zu verteidigen, wenn gelebte und geliebte Kultur verächtlich gemacht und entwertet oder gezielt zerstört wird.

” [E]in Volk gewaltsam von seiner Geschichte abzutrennen oder zu entehren bedeutet dasselbe, wie es zu töten.“ **ARNOLD GEHLEN**



Bismarck-Denkmal am Wannsee



Albrecht der Bär

Ohne gemeinsames Kulturbewusstsein zerfällt eine Gesellschaft. Die deutsche Leit- und Rahmenkultur erschöpft sich nicht in der Anerkennung von Verfassung und Rechtsnormen als kleinstem gemeinsamem Nenner. Sie speist sich auch aus der deutschen Geistesgeschichte und den tradierten Formen des Miteinanders.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion steht ein für ein Menschenrecht auf kulturelle Identität. Die Liebe zur Heimat hält die Menschen zusammen. Wir in Berlin und Deutschland sind durch unsere christlich-abendländischen Wurzeln, die deutsche Sprache, den Stolz auf unsere Tradition und Kultur und durch das Wissen um unsere Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen verbunden.⁹ Wer mit uns leben möchte, sollte aufgeschlossen sein für die Kultur unseres Landes.

1.2 DEUTSCHE KULTURNATION

Kulturelle Einheit verleiht dem menschlichen Dasein Orientierung. **Kulturelle Vielfalt** wiederum eröffnet zwar allerlei Optionen, bringt aber auch kulturelle Beliebigkeit und Desorientierung mit sich.

” Wir sind alle mehr oder weniger fest in einer bestimmten Lebensweise verwurzelt, mit jedem Recht, diese zu beschützen. [...] Die Sehnsucht nach authentischem Gemeinschaftsleben oder den Schutz der eigenen Lebensweise per se als Rassismus zu verdammen, ist der übliche Fehler der Liberalen und Linken.“ **SLAVOJ ŽIŽEK**

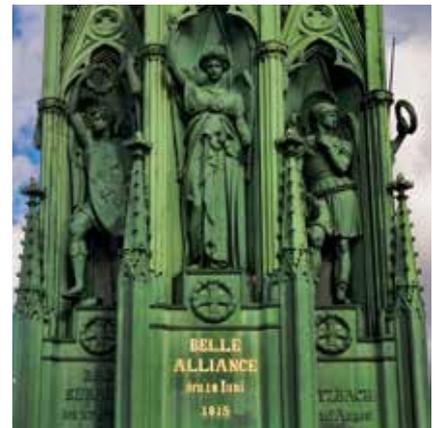
Um das soziale Miteinander zu gewährleisten, müssen die Angehörigen eines Kulturraumes über ein gemeinsames Wissens- und Überzeugungssystem verfügen. Sozialisation und Enkulturation ermöglichen es uns, quasi instinktiv den Rahmen einer sozialen Situation zu verstehen.¹⁰ Wo diese unbewussten Erwartungshaltungen an eine soziale Situation zu stark voneinander abweichen, drohen Konflikte.

Unsere Position:

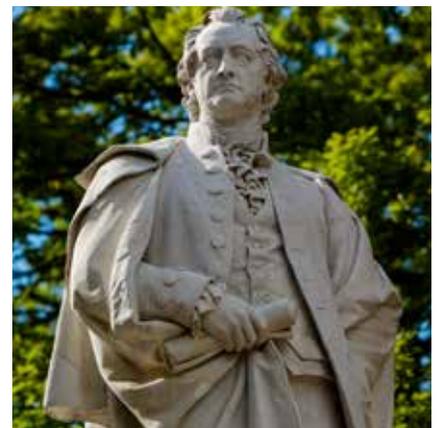
Die AfD-Fraktion bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Unsere Sprache, unsere Geschichte, unsere Traditionen und die christlich-abendländischen Werte bilden dabei den Rahmen für die deutsche Leitkultur. Das Verständnis unserer eigenen kulturellen Identität ist auch eine Grundvoraussetzung für den Dialog mit anderen Kulturen.¹¹ Kultur darf nicht zum Gegenstand politischer Planung gemacht werden.



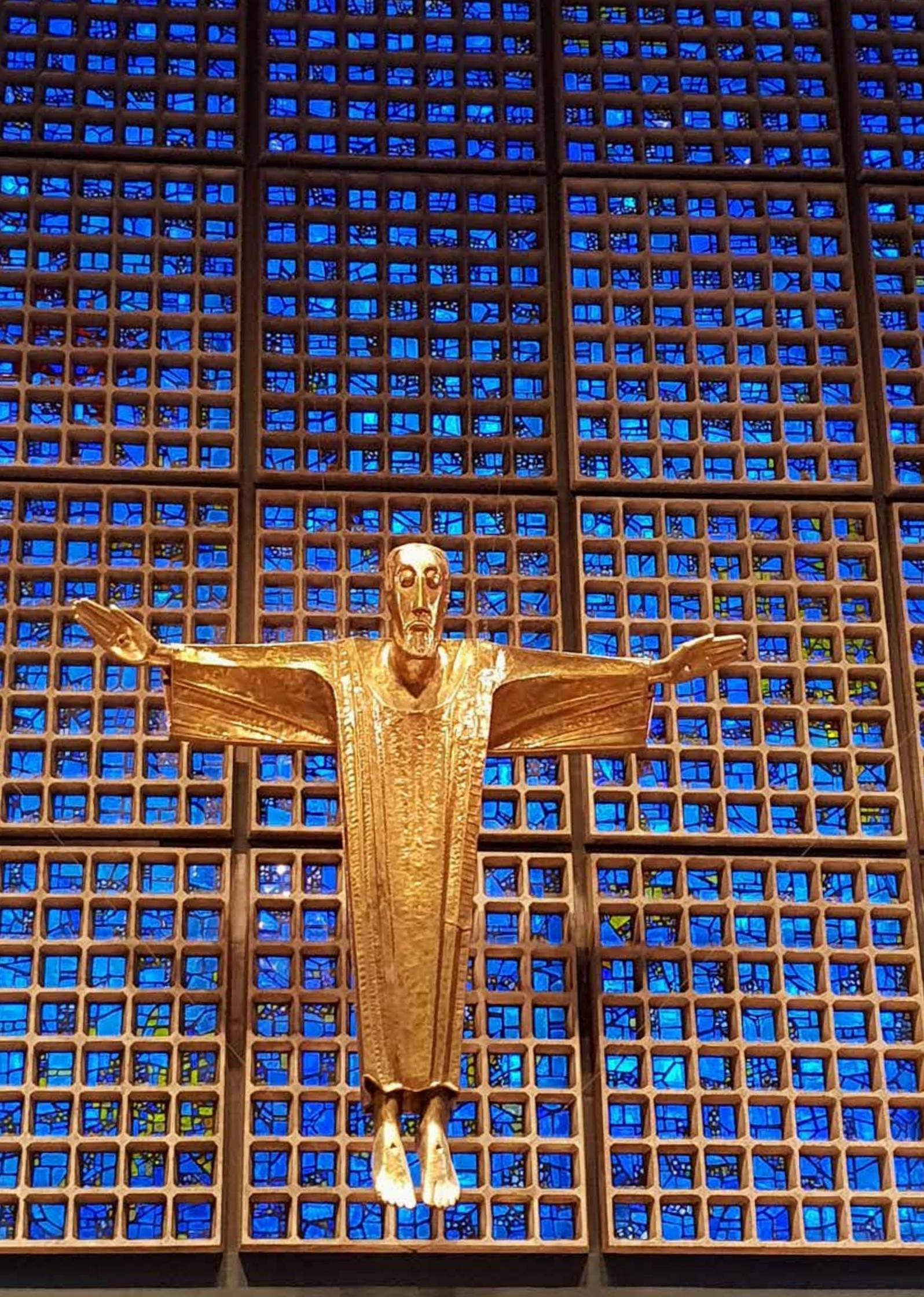
Weihnachtssingen
des 1. FC Union Berlin.



Nationaldenkmal
auf dem Kreuzberg



Goethe-Denkmal im Tiergarten



2 Kulturpolitische Grundsätze

2.1 WOZU KULTURPOLITIK?

ERSTER SEKTOR: Staatliches Handeln	ZWEITER SEKTOR: Privat-kommerzielle Akteure (Wirtschaft)	DRITTER SEKTOR: Zivilgesellschaftliche Akteure (Verbände, Vereinigungen)
Setzt rechtliche Rahmenbedingungen, fördert finanziell	Handelt unter Rahmenbedingungen	Wirkt auf staatliches Handeln ein

Der Kultursoziologe Gerhard Schulze weist auf das dauerhafte Problem jeder Kulturpolitik hin, „nicht politisch neutral bleiben“¹² zu können: Die jeweils herrschende politische Konstellation entscheidet über die Auswahl von Kulturangeboten, umgekehrt orientieren sich Kultureinrichtungen zur Legitimierung ihres Wirkens an den bestehenden Machtverhältnissen.¹³



„Je größer der Apparat wird, je voluminöser die Etats und je zahlreicher die Kulturverwalter, desto größer wird das Risiko einer Politisierung der öffentlichen Kulturförderung.“

GERHARD SCHULZE, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, S. 522

Zur grundsätzlichen Sinnhaftigkeit von Kulturpolitik hat sich stillschweigend ein nicht näher bestimmter **„Rechtfertigungskonsens“** etabliert.¹⁴ Die staatliche Förderung von Kunst und Kultur wurde „mit immer neuen Rechtfertigungen verbunden“.¹⁵ Der Aspekt, dass die Unabhängigkeit der Künste eine Zurückhaltung des Staates auf dem Feld der Kultur gebietet, wird selten zur Debatte gestellt.¹⁶ Der Rechtfertigungskonsens lautet: öffentliche Kulturförderung könne immer nur gut, Steigerung der Kulturetats immer nur wünschenswert sein.¹⁷ Neben diesem Konsens besteht – als „Grundkonflikt der öffentlichen Kulturförderung“¹⁸ – ein „Streit um die Funktion der Kunst“¹⁹ zwischen der Tendenz zum **Kunstdirigismus**, welcher der Kunst eine gesellschaftliche und politische Aufgabe beimisst, und der Neigung zum **Kunstelitarismus**, der die Freiheit der Kunst und der Künstler als unverhandelbar verteidigt.



Konzerthaus am Gendarmenmarkt



Karaoke im Mauerpark

Dass Kultur „im Wesentlichen öffentlich geförderte Kultur ist“, führte zu einer Angebotsorientierung, welche die Nachfrager von Kunst und Kultur in den Hintergrund treten lässt.²⁰ Das Umdenken – von der **Angebotsorientierung** hin zu einer **Nachfrageorientierung** – wirkt sich zwangsläufig auch auf die Legitimierungsstrategie von Kulturförderung aus. Kulturpolitik in Deutschland verstand sich als Förderung ›meritorischer Güter‹: Sie legitimierte sich durch das Argument, man müsse gegen Eventmarkt und Freizeitindustrie eine hochkulturelle Nische verteidigen, die ohne staatliche Förderung zugrunde gehen würde. Das Hochkulturmotiv – neben dem Demokratisierungsmotiv, Soziokulturmotiv, Ökonomiemotiv eines der vier kulturpolitischen Leitmotive²¹ – büßt zunehmend an Stellenwert ein.

Kulturpolitik in Deutschland durchlief verschiedene Phasen. In der Nachkriegszeit stand sie unter dem Leitbild der „Kulturpflege“. Kulturpflege als das klassische Motiv der Kulturpolitik zielt auf die Bewahrung des Kulturerbes ab (Denkmalpflege, Museen, klassische Theater, volkstümliches Liedgut etc.).²²

In den fünfziger und sechziger Jahren überwog eindeutig das Apolitische.²³ Im Zuge der 68er-Bewegung kam es zu einer gesellschaftspolitischen Ausrichtung, die noch heute die Kulturpolitik dominiert.²⁴ Die aus der Arbeiterbewegung stammenden Forderungen nach einer ›kompensatorischen Kulturpolitik‹ schlugen sich in den Dogmen der **Neuen Kulturpolitik** nieder: „Kultur für alle“ bzw. „Bürgerrecht Kultur“ lauten die Forderungen.

Demokratisierung von Kultur bedeutete in diesem Kontext nicht kulturelle Aufwertung des Volkstümlichen, sondern Popularisierung der Hochkultur.²⁵ Kulturtheoretiker äußerten diesbezüglich die Sorge, die Einrichtungen der Hochkultur würden dadurch auf den Erlebnismarkt gedrängt und genötigt, sich einer Massentauglichkeit anzudienen. Unter Aufrechterhaltung des Etiketts der Veredelung des Menschen droht Kulturpolitik im Spektakel zu enden: ›*panem et circenses*‹ statt ›*otium cum dignitate*‹.

Wer sich mit kulturellen Angeboten an alle wenden will, kann leicht den Blick auf den Einzelnen und dessen Bedürfnisse verlieren.²⁶ Aus dem kulturpolitischen Schlagwort „Kultur für alle“ wird in der Praxis ein Handeln nach dem Muster „Meine Kultur für alle“²⁷ und eine „einheitliche Kulturportion“ für alle.²⁸

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Um ein differenziertes Angebot zu ermöglichen, ist an der Unterscheidung zwischen Hoch- und Breitenkultur festzuhalten. Ohne das Hochkulturmotiv (das klassische Begründungsmodell) würde Kulturförderung in eine legitimatorische Krise geraten.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion setzt auf kulturimmanente Begründungsstrategien der Kulturpolitik. Kulturpolitik darf nicht zu einem Appendix der Gesellschaftspolitik herabsinken.



„Staatsoper für alle“ – immer eine gelungene Veranstaltung

2.2 SOZIOKULTUR UND BREITENKULTUR



›**Soziokultur**‹ zielt darauf ab, die Schwellen zu Kunst und Kultur abzubauen und den Kreis der Menschen, die sich aktiv kulturell betätigen, zu erweitern. Idee ist es, die Menschen in ihrem Wohnumfeld zu erreichen sowie die alltägliche Lebenswelt und die Kulturpraxis zu verbinden. Soziokultur findet statt in soziokulturellen Zentren, Stadtteilzentren, Nachbarschaftszentren, Kiezläden, Volkshochschulen, aber auch in den traditionellen Kultureinrichtungen, die sich immer mehr dafür öffnen. Zugleich umfasst die Praxis der Soziokultur mehr Formen als die Arbeit mit fester Lokalität. Wir erleben Soziokultur in einer Vielgestalt von Initiativen, fluktuierenden Formaten und temporären Projekten, die nicht in einem festen Gebäude agieren.

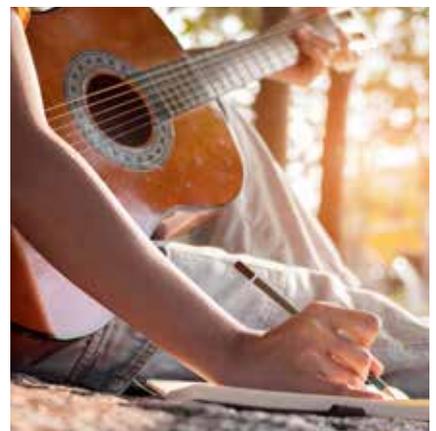


Das Theorem der Soziokultur wurde als Gegenmodell zur unpolitischen Kultur geschaffen. Indem das Unpolitische zur Sache praktischer Unmöglichkeit erklärt und der „unpolitische Kulturmensch“ als ›affirmative Kultur‹ deutscher Bürgerlichkeit verfermt wird, mündet Soziokultur eben doch darin, was ihre Vertreter von sich weisen wollten: in „Agitation“ und „Ideologisierung“.²⁹

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die Förderung von Soziokultur soll auf die Kultivierung und ästhetische Erziehung der Bürger hinwirken, darf jedoch nicht für eine neomarxistische Sozialarbeit mit künstlerischen Formen missbraucht werden. Kulturpädagogen sollen künstlerisch arbeiten und nicht als Söldner im Heer der Sozialarbeiter dienen müssen.

Der Begriff ›**Breitenkultur**‹ würdigt, dass Kultur von vielen Menschen, also in der Breite, gepflegt wird. Die alternative Bezeichnung ›Laienkultur‹ ist mit einer Abwertung belegt und wird dem Schaffen der Breitenkultur nicht gerecht. „Es gibt auch keinen Laiensport, sondern Breitensport.“³⁰ Breitenkultur, von der Hochkultur gerne belächelt und von der Politik oft vernachlässigt, wird von Akteuren in ihrer Freizeit gestaltet, ist zumeist in Vereinen organisiert und lebt vom Ehrenamt. Es handelt sich um einfache Bürger, die in ihrer Freizeit auf die Bühne gehen, Musik machen, malen und Kunsthandwerk ausüben oder sich der Brauchtumspflege widmen. Breitenkultur ermöglicht Bürgern unabhängig von einer akademisch-künstlerischen Ausbildung eine aktive Mitwirkung an kulturellen Prozessen.



„ [D]ie Kunst ist nicht für einen kleinen abgeschlossenen Kreis weniger vorzugsweise Gebildeter, sondern für die Nation im Großen und Ganzen da.“

GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL (1770-1831)

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die AfD-Fraktion fordert eine Stärkung der Breitenkultur. Kulturelle ›Leuchttürme‹ dienen der nationalen Repräsentanz als Kulturnation und erfüllen das klassische Motiv der Kulturförderung, während dezentrale Angebote die bezirkliche Kulturarbeit in ihrer Breite stärken sollen. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Bereitstellung von Räumen.

2.3 KULTURFÖRDERUNG



Das Bundesverfassungsgericht leitete aus Art. 5 Abs. 3 GG (Freiheit der Kunst) eine Staatszielbestimmung als „**Kulturstaat**“ und einen abstrakten Auftrag ab, „ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern“³¹, d. h., der Staat muss der Kunst wohlwollend gegenüberstehen. Aus dieser Verpflichtung des Staates zur Kulturförderung ergibt sich nicht, in welcher Form und in welchem Umfang diese geleistet werden sollte. Die Debatte, ob Kultur **freiwillige Aufgabe oder Pflichtaufgabe** des Staates ist, wurde „sehr generell geführt [...], ohne dass auf die einzelnen Kulturaufgaben differenziert eingegangen worden ist“³². Hinter dem Lobgesang auf den Kulturstaat steckt die Motivation, die Debatten über öffentliche Kulturförderung (mehr Geld) zu erleichtern.³³

” *Der Staat ist unzuständig in Sachen Kunst. Wenn er es unternimmt, Künstler zu belohnen, vergewaltigt er meistens den Geschmack des Volkes. Sein Einschreiten ist nur schädlich: verderblich für den Künstler, der dadurch über seine eigene Begabung getäuscht wird, verderblich für die Kunst, die dadurch in den offiziellen Konventionen festgehalten wird und zur unfruchtbaren Mittelmäßigkeit verdammt wird. Der Staat würde seine Weisheit in der Enthaltung zeigen. [...]“*

GUSTAVE COURBET, 23. Juni 1870, an Maurice Richard

Über die öffentliche Kulturförderung gerät der Kulturbetrieb unter den Machteinfluss und in die Abhängigkeit des Staates.³⁴ Die Kulturförderung lässt eine eigene Form von Auftragskunst entstehen. Auch Kunstfreunde müssen sich der Einsicht stellen, dass die Kulturförderung nicht nur Bedingungen und Freiräume schafft, sondern die Kunstförderung die Kunst verändert.³⁵ Durch die Hintertür der Förderpolitik macht sich der Staat mittelbar zum „Kulturproduzenten“, das Bekenntnis zur Autonomie der Kultur bleibt als Fassade zurück.



13.4.1981 (Randle-Denkmal)
von Olaf Metzel. Der
Skulpturenboulevard am Ku'damm
erregte 1987 öffentliche Proteste.

“ Die Alimentierung ist nur zum Schein von der Entstehung und Entwicklung der Kunst selbst getrennt. In Wahrheit beeinflusst sie die Wahl der Gegenstände und der Perspektiven, hat Einfluss auf Techniken und Darstellungsformen, verschiebt die Genres. Mehr noch: sie bringt eine Unmenge von Kunst hervor, die es ohne Kunstförderung nie gegeben hätte.”

THOMAS STEINFELD, *Süddeutsche Zeitung*

Als weiteres Problem der Kulturförderung benennt Armin Klein das Fehlen einer „**Kultur des Aufhörens**“: Einmal an den Tropf der staatlichen Kulturförderung gegangen, wird jede mögliche Rücknahme von staatlichen Geldern als Akt vermeintlicher Kulturbarbarei skandalisiert. Die Klage über unzureichende Kulturetats ist dabei keineswegs Zeichen eines kulturellen Niedergangs.³⁶



“ Der Staat kann nicht [...] alles und jedes fördern, sondern er muss auswählen und sorgfältig begründen, warum er was wie – und vor allem auch: wie lange fördert.”

ARMIN KLEIN

Es ist ein Vorurteil, qualitativ wertvolle Kunst stets nur als Ergebnis staatlicher Kulturförderung zu denken, und eine eigentümliche Vorstellung, finanzielle Förderung sei ein Ausdruck hoher Wertschätzung von Kunst und Kultur in der Gesellschaft.



“ Ich glaube nicht, dass die Kunstszene einer Stadt floriert, nur weil man viel Geld hineinpumpt.“ **MARWA ARSANIOS**, in: *monopol*, 9/2020

Die starke Bindung der öffentlichen Mittel an die großen Kultureinrichtungen ermöglicht eine Kontinuität der künstlerischen Arbeit. Zugleich hemmt diese Praxis die kulturelle Dynamik und erlaubt großen Kultureinrichtungen, Publikumswünsche zu ignorieren.

Die großen Kultureinrichtungen entwickeln eine „Eigenrationalität“, die vom Motiv des institutionellen Selbsterhalts bestimmt ist.³⁷ Erhöhte Etats im Kulturhaushalt werden durch Tarifsteigerungen aufgezehrt.

“ Der Kulturbetrieb mutierte an vielen Stellen zum Selbstzweck und zum unbeweglichen Apparat; die Förderungstraditionen werden nicht hinterfragt, Ziele und Ergebnisse werden nicht überprüft. Angesichts des aus finanziellen Gründen unausweichlichen Strukturwandels des öffentlichen Kulturbetriebs müssen auch die Leitlinien der öffentlichen Förderung neu überlegt werden.“

BIRGIT MANDEL

Zwischen den Kultureinrichtungen besteht zu wenig Wettbewerb um hohe Qualität. Es existiert ein „friedliches Nebeneinander der Subventionierten“³⁸. Das Förderprinzip ist in zunehmendem Maße die „Gießkanne“³⁹. Unsere Gewöhnung an die institutionalisierte Kulturproduktion geht so weit, dass wir uns das Kulturschaffen in Eigenverantwortung als Normalfall kaum noch vorstellen können. Dass wertvolle oder nur interessante Kulturformen stets mit einem Förderantrag beginnen und ohne öffentliche Zuwendungen nicht zustande kämen, ist eine irrige Vorstellung. Bei immer umfangreicheren Kulturangeboten muss diese Förderpraxis in finanziell schwierigen Zeiten unweigerlich kollabieren.

” Der Vormarsch der geförderten Kultur [...] produziert nicht Innovation, sondern bürokratisch unterlegte Konformität – Übereinstimmung mit Fördermatrizen, Projektformaten und Kriterien.“ **HASELBACH ET AL.**, 2012

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion sieht die Aufgabe der Kulturpolitik darin, die Pflege und den Schutz des Kulturguts zu gewährleisten (traditionaler Aspekt) und den Rahmen für das Kulturgeschehen und für die Tätigkeit der Künstler zu setzen (innovativer Aspekt).⁴⁰ Die Förderung der Kunstfreunde von morgen ist ebenso Pflichtaufgabe wie die Förderung der hochkulturellen Einrichtungen, die nicht auf dem Markt bestehen könnten. Staatliche Pflichtaufgabe ist die Förderung und der Schutz von Kultur in den Bereichen, die der freie Markt nicht bewerkstelligen oder nur zu einem solchen Preis bieten kann, dass Kunst zum Privileg einiger weniger würde.

Für die AfD-Fraktion darf Kulturförderung vom Grundsatz her nicht in Frage gestellt werden, über die strategische Ausrichtung von Kulturförderung muss aber diskutiert werden. Die AfD-Fraktion wirkt darauf hin, die Leitlinien der öffentlichen Kulturförderung neu zu definieren. Misserfolge wie Erfolge am Markt sollten sich für Kultureinrichtungen im Budget abbilden.⁴¹



Rauterberg benennt die zehn populärsten Irrtümer der Gegenwartskunst und plädiert für eine Qualitätsdebatte. Die AfD-Fraktion unterstützt dies.

2.4 KULTUR UND MARKTWIRTSCHAFT



Kunstsubventionierung ist ambivalent zu sehen. Es handelt sich um einen Eingriff gegenüber dem nicht geförderten Konkurrenz und ist damit wettbewerbsverzerrend. Wer subventioniert, benachteiligt auch.⁴² Falsch aufgestellt, dient staatliche Kulturförderung nicht der praktischen Durchsetzung der Freiheit der Kunst, sondern läuft ihr zuwider. Voraussetzung, dass junge Kunstschaffende auf dem Markt Fuß fassen können, ist, dass der Markt nicht mit geförderten Institutionen übersättigt ist.⁴³

” Das einzig wirklich Gute, das die Gesellschaft für den Künstler tun kann, ist, ihn in Ruhe zu lassen. Man gebe ihm Freiheit. [...] Freiheit dem Künstler! Das wäre ein Ziel für jene mächtigen, gewichtigen Leute, die immer versichern, sie würden alles für die Kunst tun! Sie könnten ihr Förderungswerk mit der Abschaffung [...] ihrer finanziellen Förderung beginnen [...]. Die Einrichtung bequemer künstlerischer Jobs ist die unwahrscheinlichste Methode, die Kunst zu fördern.“ **CLIVE BELL**, *Kunst*, S. 141 f.

Kunst als Ware löst nicht das autonome Wesen der Kunst auf, die Warenförmigkeit von Kunst ist vielmehr Ergebnis der Autonomie der Kunst.⁴⁴ Der Markt diene der Befreiung der Kunst, durch die „Quasi-Verstaatlichung“ der Kulturförderung wird die gewonnene Freiheit wieder zurückgenommen.⁴⁵

Marktwirtschaft ist unabdingbarer Bestandteil einer freiheitlichen Demokratie und ein Anker für die Fähigkeit zur individuellen Selbstbestimmung. Über wirtschaftliche Expansion und wachsenden Konsum hinaus muss es aber auch wertgebundene Leitbilder geben. Denn ohne diese kann es auch keine höhere Kultur geben.⁴⁶

Unsere Position:

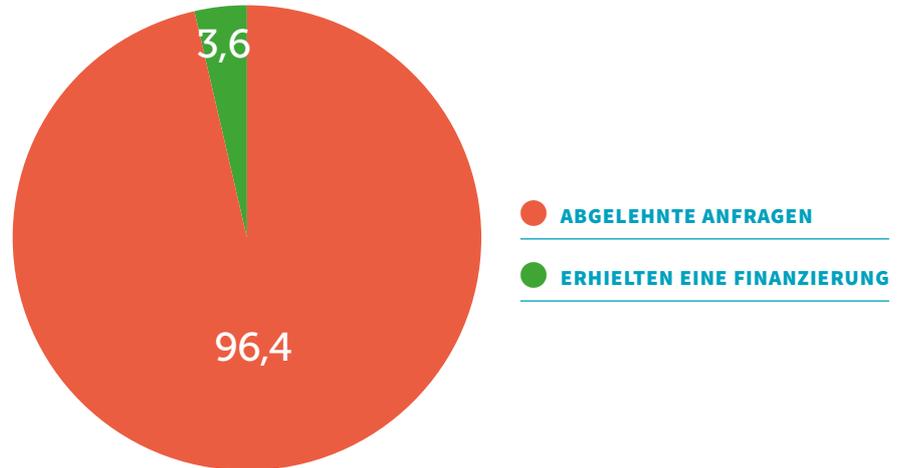
Die AfD-Fraktion bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft als einem Garanten der Freiheit jedes Einzelnen. Künstlerische Schaffensprozesse, die privat organisiert sind, verfügen über ein großes Innovationspotential, das nicht durch schädigende Markteingriffe unterdrückt werden darf. Marktwirtschaft und höhere Kultur bilden keine Gegensätze. Gute Kunst entsteht nur selten gegen den Markt und gegen das Publikum.⁴⁷ Das Marktgeschehen bietet eine freiheitliche Förderung ›kultureller Teilhabe‹. Den notwendigen Abstand gegen die gefürchtete Reduzierung auf eine (vermeintlich) verflachende Konsumkultur und „Ökonomisierung“ durch Marktmechanismen bietet das Festhalten an tradierter Kultur und die Besinnung auf das Klassische.



2.4.1 KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT

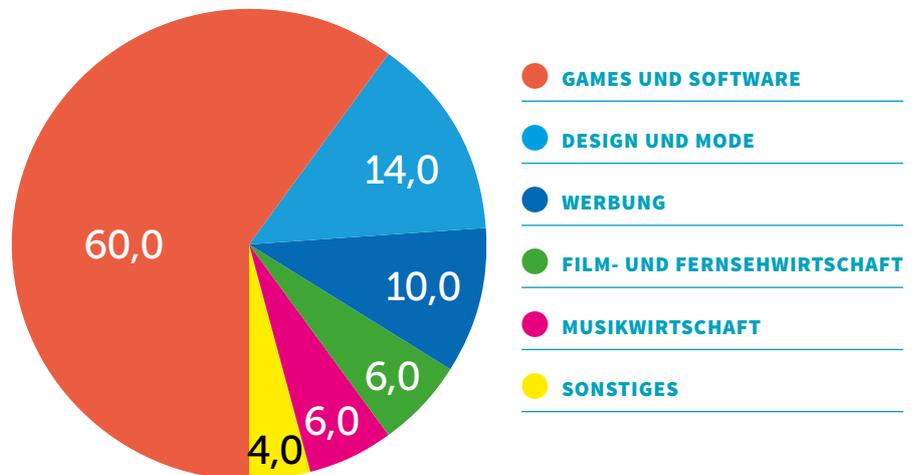
**Beteiligungsanfragen Venture Capital (VC)
Fonds Kreativwirtschaft**

INSGESAMT GAB ES 1.690 FINANZIERUNGSANFRAGEN (2008–2019)



Beteiligungsanfragen in prozentualer Verteilung

BEIM VENTURE CAPITAL (VC) FONDS KREATIVWIRTSCHAFT



Quelle: Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Martin Trefzer (AfD) vom 07. Oktober 2020

Seit den ersten Untersuchungen Ende der 80er-Jahre gilt die Kulturwirtschaft als einer der dynamischsten Wirtschaftsbereiche überhaupt, dies sowohl hinsichtlich der Umsatzentwicklung als auch hinsichtlich des Beschäftigungspotenzials.⁴⁸ Gerade in Berlin hat sich um die Kreativwirtschaft in den letzten Jahren ein regelrechter Hype entwickelt. Seit Richard Florida die „Kreative Klasse“ als Lösung von schrumpfenden Märkten und Strukturwandel gepriesen hat, werden die Kreativen als Projektionsfläche von Wachstum und neuen Formen selbstständiger Arbeit genutzt.

Die harte Realität für viele Kreative ist aber eine 7-Tage-Woche, prekäres Arbeiten am Existenzminimum, unregelmäßige Arbeitszeiten, fehlende soziale Absicherung und Jahreseinkommen unter 17.500 Euro. Die Kleinteiligkeit der Branche erschwert darüber hinaus die Lobbyarbeit.⁴⁹

„Kultur als Wirtschaftssektor“, später „Kultur und Kreativwirtschaft“ wurden mit erstaunlichen Thesen und Zahlen zur Bedeutsamkeit der geförderten Kultur und zu ihren wirtschaftlichen Wirkungen geführt. Blickt man nüchtern auf die Zahlen, gibt es fast keine Wirkung auf Reichtum und Beschäftigung. Nebenwirkung des forschen Auftretens ist, dass Kulturpolitik nun an ihrer wirtschaftlichen Wirkung gemessen wird, was dann als „Ökonomisierung der Kultur“ heftig beföhdet wird.“ **DIETER HASELBACH**

Die Entwicklung der Kulturwirtschaft bedarf kulturpolitischer Aufmerksamkeit. Kein Bundesland kann es sich leisten, ohne einen „Kreativwirtschaftsbeauftragten“ auszukommen und nicht regelmäßig die statistische Erfassung der Branche zu aktualisieren.⁵⁰ Seinen größten Beitrag zur Förderung der Kulturwirtschaft leistet der Staat über die Bereitstellung der Einrichtungen für die künstlerische Ausbildung.⁵¹

Der immer wieder betonte Wert der Kultur- und Kreativwirtschaft für die Volkswirtschaft verändert den Blick auf Kultur und schafft damit auch eine nicht unproblematische neue Erwartungshaltung an einen ökonomischen Nutzen von Kultur.

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die Förderung von Kultur darf nicht vom volkswirtschaftlichen Nutzen abhängig gemacht werden. Kunst und Kultur haben einen Eigenwert. Das Potential der Kultur- und Kreativwirtschaft ist als Wirtschaftsförderung durch geeignete Formate der Startfinanzierung (Venture Capital, Mikrokredite) und Beratungsangebote zu stärken. Über ein hochwertiges Ausbildungsangebot an den Kunsthochschulen ist der künftige Arbeitsmarkt der Kulturwirtschaft zu fördern. Das Beratungsangebot für Kulturschaffende zu Unternehmensgründung und Selbstständigkeit im Kreativsektor sollte individualisiert und ohne lange Wartezeiten erfolgen.



2.4.2 KULTURTOURISMUS



Die Tourismus- und Kongressindustrie ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Berlin. Bis zur COVID-19-Pandemie betrug der Bruttoumsatz durch Berlin-Besucher etwa 11,58 Milliarden Euro pro Jahr, 235.000 Arbeitsplätze hingen daran.⁵² Kulturorientierte Aktivitäten wie beispielsweise der Besuch von Museen werden auch bei nicht spezifisch kulturinteressierten Touristen immer häufiger zu einem Bestandteil ihrer Urlaubsreisen. Mit dem neuen Tourismuskonzept 2018+ möchte Berlin seinen Anteil am „**Qualitätstourismus**“ steigern. Künftig sollen mehr kulturinteressierte Besucher in die Hauptstadt kommen und weniger „Partytouristen“. Hintergrund ist der Ärger der Berliner über Begleiteffekte dieser Form von Tourismus: Lärm und vermüllte Parkanlagen, Verdrängung von Läden durch Gastronomie, öffentliches Urinieren und Bier-Bikes auf den Straßen.

Eine Stärkung des Qualitätstourismus besitzt auch Relevanz für die Kulturförderung. Der Kulturtourismus ist ein beliebtes Argument zur Verwendung von öffentlichen Mitteln für den Kulturbetrieb. Durch Konzentration auf außenorientierte Kulturangebote, die auf einen starken Kulturtourismus setzen, verlieren innenorientierte Kulturinstitutionen, die vorrangig die lokale Bevölkerung adressieren, in der Kulturförderung an Wertigkeit. Gleiches gilt für Aufgaben, die für den Besucher nicht sichtbar sind, wie das Sammeln, Konservieren und Forschen in den Museen.

” *Kulturtourismus ist keinesfalls als zwingendes, sondern als optionales Handlungsfeld im Kulturbetrieb zu begreifen.*

YVONNE PRÖBSTLE

Unsere Position:

Primäre Aufgabe der Senatsverwaltung für Kultur ist es, Kultur im Interesse der Berliner zu pflegen und zu fördern. Den Tourismus fördernde Maßnahmen im Kulturbereich sind von der Senatsverwaltung für Wirtschaft zu leisten. Im Rahmen des neuen Tourismuskonzepts muss folgerichtig die Kulturförderung aus dem Wirtschaftshaushalt gestärkt werden.

2.5 KULTURPOLITISCHE LEITVOKABELN UND DIE IRRTÜMER DER ›NEUEN KULTURPOLITIK‹

Kulturpolitische Diskussionen haben sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder an Leitvokabeln entlang bewegt: Die Schlagworte ›kulturelle Grundversorgung‹ und ›kulturelle Daseinsvorsorge‹ rücken das Individuum in die Position eines bloßen Empfängers staatlicher Angebote und zeigen die Problematik dieser kulturpolitischen Versorgungsideologie.

2.5.1 KULTURELLE BILDUNG

›**Kulturelle Bildung**‹ ist ein Containerbegriff, derartig dehnbar, dass jedwede Bezugnahme auf Kultur im weitesten Sinne des Begriffs darunterfallen kann.⁵³ Als Containerbegriff ermöglicht ›Kulturelle Bildung‹ in politischen Debatten eine hohe Zustimmung und Identifikation, ohne konkrete Versprechen und Verbindlichkeit. Unter dem Sammelbegriff ›Kulturelle Bildung‹ wird von der Zielausrichtung her sehr Verschiedenes gefasst: das Erlernen von Kulturtechniken auf der einen Seite, indoktrinierende politische Bildung auf der anderen Seite. ›Kulturelle Bildung‹ bedeutet nicht nur, die Katze im Sack zu kaufen, ›Kulturelle Bildung‹ ist ein trojanisches Pferd. Unter dem Sammelbegriff ›Kulturelle Bildung‹ werden ideologische Umerziehungsprogramme mitvermarktet, kulturinteressierte Bürger werden zum Daueropfer politisch-moralischer Nachhilfe. Die Menschen ästhetisch zu erziehen und in ihnen ein Kulturbewusstsein zu entfalten, war ursprünglich ein redliches bürgerliches Anliegen, nur dass das wahre Bewusstsein heute einen „*roten Mantel*“ trägt.⁵⁴





„Kulturelle Bildung ist nicht politische Bildung“ und sollte auch nicht „Omnipotenzphantasien“ verfallen, mahnt Dieter Haselbach mit Recht.⁵⁵ Auch die Defizitorientierung des Konzepts der ›Kulturellen Bildung‹ ist kritisch zu sehen: Die Zielgruppe wird als kulturell unterentwickelt und erziehungsbedürftig begriffen. Kulturelle Bildung zur Voraussetzung für ein „geglücktes Leben“ zu erklären, ist anmaßend.

Unsere Position:

›Kulturelle Bildung‹ sollte zuvorderst die Entwicklung der aktiven kulturellen Fähigkeiten befördern – das beinhaltet musische Erziehung in Form der Ausbildung am Instrument, Literalität und Theaterpädagogik, Erlernen von aktiv beherrschten Kulturtechniken der bildenden Kunst usw.

Kultur als Thema der politischen Bildung und politische Bildung mit künstlerischen Mitteln bleiben dem Zwecke nach politische Bildung und müssen von musischer und ästhetischer Erziehung getrennt betrachtet werden.

2.5.2 KULTURELLE TEILHABE: RECHT AUF KULTUR

Das Demokratisierungsmotiv der Kulturpolitik schlägt sich in der Forderung nieder, »**Kulturelle Teilhabe**« zu ermöglichen. Ein „Recht auf Kultur“ kann sich nur auf Teilhabe an den Möglichkeiten zur Selbst-Kultivierung beziehen. Mit dem Ansatz, durch Subventionierung von Eintrittskarten Zugangsbarrieren abzubauen zu wollen, wird indes wenig erreicht. Die Hürde zur Teilhabe an der hohen Kultur liegt zum einen im fehlenden Interesse mangels kultureller Erziehung, zum anderen im Fehlen von freier Zeit begründet. Aus diesem Grund bilden Kindheit und Jugend die Zeitspannen, in denen die Sensibilisierung für kulturelle und die Ausbildung zu kultureller Tätigkeit unternommen werden sollte. Über die musische und künstlerische Erziehung in der Kindheit kann die natürliche Wertschätzung für Kunst und Kultur in der Gesellschaft gestärkt werden, z. B. über Programme wie „*Jedem Kind ein Instrument*“ (JeKi).



Erziehung im Sinne der klassischen **Kulturpädagogik** ist Tradierung, Verlebendigung und Erneuerung der Kultur in der Abfolge der Generationen. Kulturpädagogik darf aber nicht so verstanden werden, „als ob ihre Aufgabe nur die Übertragung des historisch gegebenen objektiven Kulturbesitzes von der älteren auf die jüngere Generation sei.“⁵⁶ Kulturpädagogik ist Erweckung geistigen Lebens und kein bloßes Hineinfüllen von Kenntnissen in ein „passives Seelengefäß“⁵⁷. Aufgabe der Kulturpädagogik ist es, bei den Heranwachsenden das Streben nach kulturellem Leben zu entwickeln. Das Leben der Kultur vollzieht sich in zwei verschiedenen Tätigkeiten: im **Kulturschaffen**, vermöge dessen die geistige Welt immer „neue Jahresringe“ ansetzt, und in der „**Fortpflanzung der Kultur**“, die gewonnene Kulturgüter in der heranwachsenden Generation lebendig werden lassen soll.⁵⁸



“ [E]s kommt nicht darauf an, einen fertigen Sinn des Lebens und der Kultur zu übermitteln, sondern darauf, daß das reine, unbestochene Suchen nach dem höchsten Sinn zu einer Ehrfurcht in der sich entfaltenden Seele werde.”

EDUARD SPRANGER, *Lebensformen. Geisteswissenschaftliche Psychologie und Ethik der Persönlichkeit*, 1922, S. 339

Wertziel der Kultur ist „das einzelpersönliche Kulturminimum und das gesellschaftliche Kulturmaximum“. ⁵⁹ ›Kulturelle Teilhabe‹ oder ein „Recht auf Kultur“ muss in Verbindung mit kulturellen Obliegenheiten gesehen werden. Der große deutsche Philosoph Immanuel Kant erkannte eine „Pflicht zur Cultur“ – als Pflicht jedes einzelnen, die rohen Anlagen der menschlichen Natur zu entwickeln. Weitergedacht, beinhaltet eine Pflicht zur Kultur auch, das kulturelle Erbe weiterzureichen: als gelebtes Brauchtum (*objektiver Geist*) und als niedergelegtes Wissen (*objektivierter Geist*). Wir leben auch, um zu hinterlassen.



“ Mit dem Zwecke der Menschheit in unserer eigenen Person ist [...] mithin die Pflicht verbunden, sich um Menschheit durch Cultur überhaupt verdient zu machen.” **IMMANUEL KANT**

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion bekennt sich zur Kultur als Menschenrecht nach Art. 27 AEMR. Menschenrechte sind Abwehrrechte gegen den Staat: Niemand darf vom Staat in seinem künstlerischen Schaffen und in seiner Freude an Kunst und Kultur behindert werden. Ein Menschenrecht auf staatliche Finanzierung der persönlichen Freizeitgestaltung gibt es nicht.

›Kulturelle Teilhabe‹ muss auf die gestalterische Selbsttätigkeit der Menschen zielen und nicht bloß den „Kulturkonsum“ fördern. Ziel ist die Entwicklung und Entfaltung der künstlerisch-ästhetischen Fähigkeiten der Menschen.



Die Nachtwache (1642), das Hauptwerk von Rembrandt

2.53 „KULTUR FÜR ALLE“

Das Versprechen der ›Neuen Kulturpolitik‹, „Kultur für alle“ zu schaffen, war von Anbeginn mit Trugschlüssen verbunden. Hochkultur als Norm für die Breitenkultur musste zum Scheitern führen, die Vision einer „gamenden Kulturnation“ führt zu einem Etikettenschwindel.⁶⁰

” So ist es auch nicht verwunderlich, daß eine der Lieblingsphrasen dieser Epoche die ‚Demokratisierung der Kunst‘ war. [...] Das Hot-Dog-Plakat stand nun gleichberechtigt neben Rembrandts Nachtwache [...]. Die Kunstentwicklung der letzten 30 Jahre ist einer der vielen mißverstandenen Beiträge zur Emanzipation.“ **JÜRGEN WEBER**, *Entmündigung der Künstler*, 2. Aufl., München 1981, S. 25



Hot-Dog-Plakat



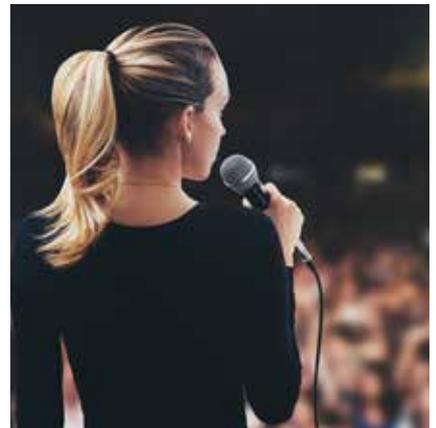
Dem kulturpolitischen Anspruch einer ›Kultur für alle‹ entgegen besucht nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in Deutschland regelmäßig öffentlich geförderte Kultureinrichtungen.⁶¹ Die große Zahl der Menschen interessiert sich nicht für die angebotene Kultur und verweigert sich dem Glücksversprechen der Kulturpolitiker.⁶² Das Paradigma der ›Neuen Kulturpolitik‹ leidet an der irrigen Vorstellung, dass Menschen durch Kunst und Kultur gerettet werden müssten.⁶³ Die ›Neue Kulturpolitik‹ war nicht von einem Kulturideal geleitet, sondern vom Gesellschaftsideal der Herstellung von Gleichheit. Sie passt nur insoweit in eine freiheitliche Gesellschaft wie sie künstliche Zugangsbarrieren zur Kultur abschafft. Doch auch ein Nulltarif würde viele Menschen nicht dazu veranlassen, ein Museum oder ein Konzert mit klassischer Musik zu besuchen. Das ist auch kein Manko. Die mit viel sozialdemokratischer Verteilungsrhetorik verfochtene Idee einer ›Kultur für alle‹ folgt der Logik von ›Brot für die Welt‹, als könne Kultur verteilt und müsse nicht erworben werden.⁶⁴ Der Zugang zu Kultur ist aber auch vom Bildungsstand abhängig.⁶⁵

Unsere Position:

Das Paradigma ›Kultur für alle‹ ist praktisch nicht durchzuhalten, ›Kultur für alle, die wollen‹ ist die realistischere Forderung.⁶⁶ In der strategischen Besuchergewinnung („Audience Development“) hat das lange im Vordergrund stehende Schlagwort „Barrieren abbauen“ ein verzerrtes Bild davon geschaffen, warum Kultureinrichtungen nicht besucht werden. Es geht nicht in erster Linie darum, Barrieren abzubauen, sondern darum, eine Nähe zu Kultur aufzubauen.⁶⁷

2.54 DIE KRUX DER KULTURVERMITTLUNG – KUNST UND PUBLIKUM

Die Kulturvermittlung, ein Folgeprodukt der Neuen Kulturpädagogik, ist mit Vorsicht zu genießen: Lehrer sollen Schülern erklären, was ihnen zu gefallen hat und warum.⁶⁸ Während der demokratische Staat von der Mündigkeit der Bürger ausgeht, spricht die Kulturpolitik ihm diese ab und nimmt ihn an die Leine der kulturellen Erziehung.⁶⁹ Die Kommentarbedürftigkeit der modernen Kunst ist berühmt-berüchtigt. Der Kommentar gehört zur Substanz der neuen Kunst.⁷⁰ Zur Frage: „Was soll das überhaupt?“ tut sich eine uferlose Literatur auf. Mit viel Theorie legen Kulturvermittler dar, warum ein Kunstwerk gegen die Intuition des Betrachters als wertvoll oder weniger wertvoll angesehen werden soll. In vielen Bereichen scheitert die Kulturvermittlung am Zustand der Kunst: Dem Betrachter wird mitgeteilt, dass er „Kunst zwar nie verstehen wird, diese kryptische Rätselhaftigkeit, ein [...] sehr beliebtes Klischee, aber wertschätzen soll.“⁷¹ Zitatensammler und theorielastig wie sie sind, lassen viele Kunstwerke der Gegenwart ein spontanes Verstehen ohne Hintergrundwissen nicht zu.⁷² Oftmals legen sich Künstler aber auch gar nicht auf eine bestimmte Aussage fest, sondern überlassen den Sinn eines Werkes der Interpretation des Betrachters. Die Ablehnung beim Publikum regelmäßig auf Unkenntnis und mangelndes Verstehen zurückzuführen, ist indes eine findige Masche von Kunstpädagogen. Schließlich kann man auch Dinge nicht mögen, die man sehr gut versteht.⁷³



Schwer vermittelbar: Merda d'artista von Piero Manzoni

„ Die Kunstmacher und Kunstbetreiber sind lange schon nicht mehr die Künstler selbst, sondern eine kleine internationale Mafia von frustrierten Intellektuellen. Frustriert, weil die breite Öffentlichkeit dieses Getue nicht beachtet und weil ihr Getue sie selbst nicht befriedigt. Diese Kunstmacher und Kunsttreiber, die jetzt den Rang von Museumsdirektoren, Kunsttheoretikern und Journalisten haben, sind Parasiten der Gesellschaft. Kein Mensch will sie haben. Diese Mafia, blaß und weltfremd und lichtscheu und wahrheitsscheu, will dem Volk diktieren, was Kunst ist.“

FRIEDENSREICH HUNDERTWASSER,

Schöne Wege. Gedanken über Kunst und Leben, München 1983, S. 182



Wenn eine Epoche wieder einmal neu nach dem Sinn der Kunst fragt, so ist dies ein Zeichen, dass das natürliche Verhältnis zu ihr gestört ist.⁷⁴ Die Künstler unserer Zeit sind nicht mehr Erzieher der Nation, sondern selbst orientierungslose Sinnsucher geworden.⁷⁵ Jeder Künstler scheint in seiner eigenen Welt einen Zufluchtsort zu suchen. Diese zunehmend „selbstreferentielle Kunst“ ist auch nicht durch Kulturvermittlung aufzuholen.⁷⁶ In ihrer zunehmenden Theorielastigkeit und ihrem Intellektualismus verliert die Kunst das Vermögen, die Menschen spontan begeistern und ergreifen zu können.

„ Die neue Kunst [...] hat die Masse gegen sich und wird sie immer gegen sich haben. Sie ist wesentlich volksfremd; mehr als das, sie ist volksfeindlich.“ **JOSÉ ORTEGA Y GASSET**

Die öffentlich geförderte Kunst und Kultur, in den Theatern, Konzerthäusern oder Museen, braucht Zuschauer als Teil der Legitimation der öffentlichen Kulturförderung.⁷⁷ Umgekehrt brauchen die Menschen diese öffentlich geförderte Kunst und Kultur aber nur bedingt. Der Eifer, kulturferne Menschen scharenweise durch die Galerien und Museen zu schleusen, muss letztlich ins Leere laufen, insofern man Begeisterung für Kunst nicht erzwingen kann.⁷⁸



” Wieso müssen wir Kunst bewundern, die uns langweilt? Weshalb sind viele bekannte Künstler sofort bedeutend? Und warum glauben wir überhaupt einem Museum?“ **NICOLE ZEPTER,**

Kunst hassen. Eine enttäuschte Liebe, Stuttgart 2013, Klappentext

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion unterstützt Ansätze, die ein urwüchsiges Interesse an Kunst und Kultur befördern. Es kann nicht Ziel sein, einfach mehr Menschen in die Theater zu bringen. Erstrangiges Ziel sollte es sein, mehr Kulturliebhaber hervorzubringen, die ein intrinsisches Interesse an Kunst und Kultur besitzen.

Die AfD-Fraktion will die Bürger ermutigen, den eigenen Augen und der eigenen Meinung wieder zu trauen. Die Emanzipation der Kulturbürger beginnt mit Distanznahme und Verweigerung: „Lernen Sie ohne Gewissensbisse auf schlechte Kunst [...] zu verzichten. Machen Sie die Kunst-Diät!“⁷⁹ Holt euch die Kunst zurück!⁸⁰



Nicole Zepter: *Kunst hassen. Eine enttäuschte Liebe*



3 Autonomie von Kunst und Kultur

3.1 POLITISIERUNG DER KUNST

Es gibt in Deutschland zahllose bekannte Künstler mit explizit politisch linker, aber kaum einen bekannten Künstler mit dezidiert konservativer Agenda. Dies hat mit der Publikums-erwartung zu tun. Konservative erwarten von einem Künstler, künstlerisch zu überzeugen. Linke suchen ein Gesamtpaket aus Moral und künstlerischer Form. Das bloß ästhetisch Gefallende gilt der neomarxistischen Ideologie als „*affirmative Kultur*“ der Bürgerlichen. Im Kampf gegen alle bürgerlichen Regeln und Normen in Kunst und Gesellschaft hatten Kunst-Avantgarde und Marxisten eine Allianz gefunden. Mit dem Kampf gegen den Einfluss bürgerlicher Normerwartungen in der Kunst hat sich die Avantgarde totgelaufen, die Allianz mit der politischen Linken ist geblieben.



Kunstaktion von Ai Weiwei mit Rettungswesten, die von Flüchtlingen stammen sollen.

“Fast alles handelt heute vom Politischen und fast nichts mehr vom Ästhetischen.”

CHRISTINE LEMKE-MATWEY, *Verkauft uns nicht für dumm!*, Die Zeit, 5. Januar 2017

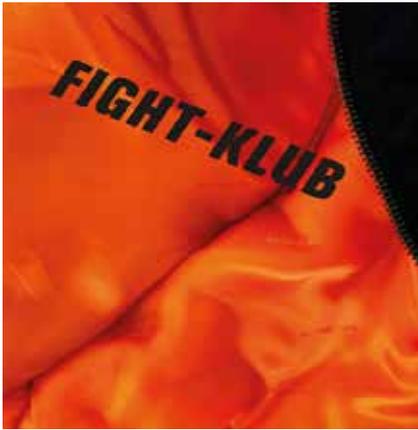
Einige Künstler begeben sich in einen Überbietungswettbewerb, um dem politischen Zeitgeist zu huldigen. Teils als Feigenblatt eines camouflierten Politaktivismus, teils in Hoffnung auf die Futtertröge der Kulturförderung, hat sich in Deutschland das Phänomen des „Artivismus“ etabliert. Der Typus des Artivisten „will keine freie Kunst schaffen, er will die Kunstfreiheit ausnutzen“⁸¹, um politische Botschaften zu transportieren. Kunst verkommt so zum politischen Instrument.



Udo Lindenberg forderte von Helene Fischer ein Statement gegen rechts (stern.de).

“Einst folgten die Künstler dem, was die Kirche ihnen befahl, heute folgen sie dem, was die Demokratie befiehlt.”

GEORG BASELITZ



*FIGHT-KLUB – KUNST GEGEN
RECHTS. Botschaft Berlin,
Uferhallen, 02.-25.10.2020*

“ Es gibt immer noch viele in der Welt, die ebenso denken wie wir: daß es nämlich hieße, die Dichtung und die Kunst binnen kurzem zur Unbeweglichkeit zu verdammen und in eine Sackgasse zu führen, wollte man sie [...] einer [politischen] Idee verpflichten – so begeistert diese selbst auch sein mag.“ **ANDRE BRETON,**

Der politische Standort der heutigen Kunst, in: Günter Metken (Hrsg.), Als die Surrealisten noch recht hatten, Stuttgart 1976.

Kunst als gesellschaftskritisches Medium bzw. politische Kunst ist keine neue Erscheinung. Kunst und Kultur können Initiatoren für gesellschaftlichen Wandel sein. Der derzeitige Kulturbetrieb ist starr geworden und reproduziert oftmals nur Bekanntes. Resultat dieser Ideenlosigkeit ist eine Flucht ins Politische. Diese Politisierung des Kunstbetriebes ist keine Chimäre der AfD-Fraktion, sie wird auch von namhaften Kunstwissenschaftlern diagnostiziert. Larissa Kikol zufolge erleben wir heute eine Welle von politischer Kunst: „Die einflussreichste Muße der zeitgenössischen Kunst heißt Politik.“⁸² Der Leitsatz des Unabhängigkeitskampfes der Kunst gegen den Einfluss von Kirche, Staat und Mäzenen lautete: Kunst existiere um ihrer selbst willen, der Zweck der Kunst ist die Kunst. Der unabhängige Selbstwert der Kunst, das *l'art pour l'art*, so Larissa Kikol, treffe auf die politische bzw. ethische Kunst der Gegenwart nicht mehr zu. Politische Kunst kann nicht um ihrer selbst willen existieren, sondern nur in Abhängigkeit zum politischen Zeitgeist.

Politische Ent-Autonomisierung von Kunst

Der politisierte Kunstbetrieb begibt sich in eine neue Abhängigkeit. Die „Politisierung von Kunstpraxen“ führt zu einer „politischen Ent-Autonomisierung von Kunst“. Politische Kunstpraxen tauschen ihren autonomen Status gegen den Anschluss an das politische Kollektiv.⁸³ Das kritische Unterfangen der Künstler mündet zuletzt in politischer „Gebrauchskunst“⁸⁴.

” Die Kunst wurde zum Vehikel zweiter Klasse, zur Dienstmagd linker Tagespolitik, zur bloßen ‚Gesinnungskunst‘ [...]. Bei vielen hatte man [...] den Eindruck, daß es ihnen vor lauter politischer Gesinnung die poetische, dramatische und filmische Sprache verschlagen hatte: ihr Theater wurde umso spröder, je mehr Gesinnung es zur Schau stellte“. **MICHAEL SCHNEIDER**,

Von der alten Radikalität zur neuen Sensibilität, in: Kursbuch 49.
1977, S. 174–187, S. 175.

Die Politisierung des Kunstbetriebes vollzieht sich auf den ersten Blick von innen heraus – als Selbstpolitisierung der Kunst. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Politisierung der Kunst auch der finanziellen Abhängigkeit von den Geldgebern aus der Politik geschuldet ist. Den politischen Mainstream zu bedienen, erhöht die Aussicht auf Bewilligung der Förderanträge. Unpolitische und gegenwartsgleichgültige Kunst kann so kaum noch bestehen. Kikol zitiert den Direktor einer staatlich geförderten Kulturinstitution: „Wenn die Arbeiten keinen politischen oder sozialen Bezug haben, dann kriegt man die hier für ein Ausstellungsvorhaben nicht durch.“⁸⁵ So bleibt der offene Diskurs innerhalb der Kunst mehr und mehr aus, noch nie herrschte eine derart große „Homogenität des Kunstbetriebes“⁸⁶, wie Wolfgang Ullrich konstatiert. Oder in den Worten von Stefan Heidenreich: Die Kunstwelt sei noch nie so sehr darauf aus gewesen, „den politischen Konsens zu bedienen“. Die Anti-Establishment-Haltung wurde von der gegenwärtigen Kunstwelt weitgehend abgelegt oder wird nur noch rituell imitiert.

” Die Polit- und Sozialkunst ist offenbar nicht immer so frei, wie sie es gemeinhin für sich reklamiert. [...] [D]ie Mechanismen der Indienstnahme sind subtiler und vielschichtiger geworden.“

HANNO RAUTERBERG, *Und das ist Kunst?! Frankfurt am Main 2008*, S. 160



Hölzerne Thesenkunst



Die politische Kunst, die die gegenwärtige Kunstwelt bestimmt, ist weder verrätselt, noch fordert sie – im Gegensatz zum selbstgesetzten Anspruch – zu Reflexion und Diskurs auf. Mit Ralf Schlüter gesprochen: „Was so unangenehm an dieser Art politischer Kunst ist: Sie vermittelt das Gefühl des Bescheidwissens, des Die-Zusammenhänge-durchschaut-Habens“⁸⁷.

Die große Einhelligkeit wiederum führt zu einer Bequemlichkeit im künstlerischen Ausdruck. Im politisierten Kunstschaffen dominiert die massenkompatible Vereinfachung. Die Botschaft ist wichtiger geworden als die Arbeit an der Form. „Erst kommt die Moral, dann das Bild.“⁸⁸

” *Mehr Wollen [...] als Geist und mehr politischen Geist als künstlerischen, und alle Naivetät und Sinnlichkeit ist dagegen gänzlich verloren gegangen.*“ **GOETHE**, in: *Johann Peter Eckermann: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens*, 13. Dezember 1826

Aber „nicht jedes politische Zeichen ist auch gleich ein gutes Kunstwerk“⁸⁹. Der Kunstanspruch sei geringer, der moralische Anspruch zugleich größer geworden. Das moralische Bekenntnis überstrahle alle Fragen nach künstlerisch-formalen Kriterien, befindet Wolfgang Ullrich. Hölzerne Thesenkunst triumphiert über die Idee des Meisterwerks.

” *Wo aber der politische Geist, das heißt: Gesinnung Trumpf ist, wird nach dem Talent nicht viel gefragt, und die Stümper haben gute Tage.*“ **THOMAS MANN**, *Betrachtungen eines Unpolitischen*

Kunst als Teil der Selbstvergewisserungsindustrie

Oft wird „die Kunst mit einem moralisch-politischen Mehrwert aufgeladen“⁹⁰ und damit zum integrierten Teil der „Selbstvergewisserungsindustrie“. Wer will diese Kunst, wer braucht diese Kunst? „Es scheint gerade so, als sei ein Großteil der politischen Kunst nur für die eigenen Reihen, also für die Kunstwelt da.“ Das neue, ethisch getarnte Intellektuellenkonzept heißt dann: „l’art politique pour l’art politique“⁹¹.



Deutsches Theater gegen rechts, 2018

” Wer also politische Kunst als politisches Statement betrachtet, wird in seltenen Fällen bei der Kunstbetrachtung seine politischen Meinungen ändern. Zu erwarten ist eher, dass solche politische Kunst bevorzugt wird, die die eigene Meinung bekräftigt oder um weitere Aspekte bereichert.“

RAPHAEL BEER, *Die Ästhetik des Subjekts*

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die politische Gesinnung der Kunstschaffenden darf kein Erfolgskriterium bei der Bewilligung von Förderanträgen sein. Gegen die Politisierung der Kunst kann nicht politisch vorgegangen werden, die Kraft zur Erneuerung muss aus der Kunst selbst kommen. Das Thema des Kunstwerks und die Art seiner Ausführung müssen im Mittelpunkt der Bewertung von Kunst stehen, nicht die politische Meinung des Künstlers.

Gesinnungstüchtigkeit kann nicht die künstlerische Qualität ersetzen. Mit Hanns Eisler gesprochen: „Überpolitisierung in der Kunst führt zur Barbarei in der Ästhetik.“

3.2 FREIHEIT DER KUNST



Das Schwarze Quadrat von Kasimir Malewitsch (1878–1935), die „Mona Lisa der nicht-gegenständlichen Kunst“, war eine Unabhängigkeitserklärung der Kunst.



Axel Krause (* 1958) gilt als einer der exponiertesten Künstler der Neuen Leipziger Schule und auch im Ausland steht sein Name für hohe künstlerische Qualität.

Die Freiheit der Kunst ist nach Art. 5 Absatz 3 GG geschützt, konzipiert als Abwehrrecht gegen politische Zudringlichkeiten. Allerdings kennt die Freiheit der Kunst materielle Grenzen, ein Künstler muss es sich leisten können, seinem freien Schaffen nachzukommen.

„ [Die] Freiheit der Kunst besteht eben nicht darin, sie nach Belieben vor den Karren einer Agenda zu spannen. Im Gegenteil genießt die Kunst das Privileg, keinen Zweck außerhalb ihrer selbst zu erfüllen. Deswegen ist sie frei, und diese Freiheit muss man auch vor Wohlmeinenden [...] schützen.“ **MICHAEL WOLF**, *nachtkritik.de*

Eine große Gefahr für die Freiheit der Künstler kommt aus dem Kunstbetrieb selbst. Dass sich der öffentliche Kulturbetrieb zunehmend zu einem „Closed Shop“ linker Tugendwächter zusammenzieht, liegt nicht daran, dass es keine konservativen Künstler gäbe. Doch das bürgerlich-konservative Streben nach ästhetischer Qualität wird als einengend und altbacken geschmäht, während linker Gesinnungskunst der Applaus sicher ist. Im schlimmsten Fall werden Künstler mit konservativer Weltsicht von einer Kunstausstellung ausgeschlossen – so wie im Fall Axel Krause. Dessen Ausschluss von einer Ausstellung zeigt, dass Kunstfreiheit bedroht ist – nämlich dort, wo Künstler gegen Mainstream und Establishment stehen. Die selbst verfügte Ent-Autonomisierung des Kunstbetriebs reißt alle nicht-konformen Kunstschaffenden mit sich.

Mit warmem Geldregen für viele linke Künstler hat sich der rot-regierte Senat über die Jahre hinweg in der Kulturszene ein politisches Vorfeld geschaffen. Seit der linke Kulturkampf beim Namen genannt wird, ertönt mit aufgesetzter Empörung und gestellter Naivität der Ruf, man müsse die ‚Freiheit der Kunst‘ verteidigen. Tatsächlich haben wir es in Berlin mit einem Kunst- und Kulturbetrieb zu tun, der eben gerade nicht wirklich frei ist, sondern von linker Normierung künstlerischer Prozesse beherrscht ist. Die herrschende Erwartungshaltung, Künstler müssten sozialrevolutionäre Volkserzieher sein, gehört im Deutschland der Gegenwart zu den größten Bedrohungen der freien künstlerischen Tätigkeit.



Bild der Ausstellung „THE KIDS WANT COMMUNISM“ im Kunstraum Kreuzberg/Bethanien, September 2017.

” Die ‚Kulturbarbarei [...] vollzieht sich offenbar im Rücken des Rechts. Es ist eine ‚Diktatur‘, die inmitten der Freiheit erwächst; eine ‚Säuberung‘, die keiner staatlichen Schergen bedarf, um bedrohliche Ausmaße anzunehmen. Diese Zerstörung der Kunst [...] muss nicht handgreiflich werden, um ihre destruktive Macht zu entfalten. [...] [E]s [sind] nicht Staat und Obrigkeit, die der Kunst strenge Grenzen setzen wollen. Es sind Kräfte, die sich selbst oft als links und progressiv begreifen.“

HANNO RAUTERBERG, *Wie frei ist die Kunst*, S. 9f. und S. 15



Das Bild „Chemnitz – Stadt der Moderne“ von Benjamin Jahn Zschocke wurde aus politischen Gründen zerstört.



Im Zuge der 1968er-Revolution wurde gefordert, Kunst müsse den richtigen Klassenstandpunkt abbilden. Heute geht es um Diversity, Anti-Kapitalismus, Antirassismus, Feminismus etc. Die politische Linke hat seit jeher nur insoweit Interesse an Kunst und Kultur entwickelt, als sie diese für ihren politischen Kampf instrumentalisieren kann. Die von Linken behauptete Bedrohung der Kunstfreiheit von rechts erwächst nicht selten aus der Sorge bevorzugter Theatermacher und Kunstprivilegierter, ihr Wirken könne unter verschärfte Kritik der Öffentlichkeit gestellt werden. Doch die Freiheit, ein Kunstwerk zu schaffen und zu genießen, ist eben unzertrennlich mit derjenigen verbunden, es zu kritisieren und Missfallen zu äußern. Das Korrelat der Freiheit des schaffenden Künstlers ist die Freiheit des Geschmacks des Zuschauers oder Hörers. Tiefe bekommt die Freiheit der Kunst erst dann, wenn sie nicht von vornherein durch ethische Ansprüche eingegrenzt wird.⁹²

” Die Linke war seit je ein dezidiertes Gegner der künstlerischen Freiheit, gerade Linke haben den Typus des autonomen Künstlers als Hofnarren des Kapitals, Bewirtschafter des falschen Bewusstseins, fortschrittsfeindlichen Ästheten etc. pp. verspottet, und sobald sie irgendwo herrschten, war sowieso Schluss mit der Unabhängigkeit und Freiheit der Kunst.“ **MICHAEL KLONOVSKY**

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion bekennt sich zur Freiheit der Kunst und unterstützt die Kunstszene dabei, sich von der Anbiederung an das System des Politischen zu lösen. Richtlinien zur Durchführung von Wettbewerben für Kunst müssen der Freiheit der Kunst Rechnung tragen. Kunstförderung sollte auf die künstlerische Qualität als alleiniges Entscheidungskriterium setzen. Außerkulturelle Zielsetzungen der Kulturpolitik – so redlich sie auch sein mögen – untergraben die Autonomie von Kunst. Bei künstlerischen Auswahlentscheidungen müssen Gremien mit Künstlern besetzt werden. Der Verwaltung kommt der Auftrag zu, das Verfahren objektiv, transparent und kontrolliert zu gestalten.

3.3 DIE POLITISCHE ERGEBENHEITSADRESSE DES VEREINS „DIE VIELEN E.V.“

Eine Kampagne des Vereins „Die Vielen e.V.“ hat bundesweit Kultureinrichtungen dazu gedrängt, eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. Die darin postulierte Offenheit und Pluralität wird durch das selbst praktizierte Schwarz-Weiß-Denken und die aggressive Anfeindung von Andersdenkenden *ad absurdum* geführt. Wer die Kulturszene derart auf ein fragwürdiges ideologisches Leitbild einschwören will, tritt in Wahrheit selbst die Freiheit der Kunst mit Füßen. Die Erklärung der Vielen entpuppt sich als Simulation von Courage – es handelt sich um eine politische Ergebnisadresse im Gestus des Widerständigen.



” Diese Erklärung [der Vielen], ein weiteres Dokument, für das sich einige der Unterzeichner vielleicht einmal schämen werden, zeigt den viel bestrittenen Gesinnungskorridor ebenso erschütternd wie deutlich. Man wolle diskutieren, Meinungen, die nicht passen, aber kein Forum bieten. Wer zieht die Grenze? [...] Kommt man nicht erst in freier Debatte zur Selbstvergewisserung und zu Positionen, die tragen? Diese Erklärung [...] ist für mich ein Tiefpunkt der Debatten- und Toleranzkultur und zeugt von nichts anderem als dem moralischen und intellektuellen Bankrott der Initiatoren.“

UWE TELLKAMP, Schriftsteller, über ‚Die Vielen‘



Versammlung des Vereins „Die Vielen e.V.“ im Liebermann-Haus

Die Belegschaften der Bühnen wurden selten vorab darüber in Kenntnis gesetzt und erfuhren von der Beteiligung ihrer Kultureinrichtung erst durch den Abdruck im Spielplan.

Eine politische Einordnung von „Die Vielen“ ist laut Wissenschaftlichem Dienst des Deutschen Bundestages insoweit möglich, als der Verein beispielsweise Bündnisse wie #unteilbar unterstützt. Der Organisator ist ein linksextremer Rechtsanwalt, der Hausbesetzungen für ein legitimes Mittel der Wohnraumschaffung hält und der „Roten Hilfe“ angehört, die vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft wird.

” [D]iese ‚Erklärung‘ ist ein aufgeblasenes Nichts. Wohlfeil und voller Diffamierungen. Sie ist Ausdruck gedanklicher Gratis-Mentalität, mit der man nur wie ein Schwamm aufsaugt, was der vermeintliche Mainstream an Impulsen zum Besser-Fühlen zur Verfügung stellt. Ein staatlich geförderter Verein verlegt regierungsamtliche Propaganda und die Kulturszene – vorrangig die mit staatlichen Geldern alimentierte – applaudiert eilfertig. Sie folgt bereitwillig der willkürlichen roten Linie quer durch das gesellschaftliche Spektrum, gemäß der rechts von ihr kein Diskurs mehr stattfinden soll.“

MATTHIAS MOOSDORF, Cellist, über ‚Die Vielen‘

Die kulturpolitischen Sprecher aller AfD-Landtagsfraktionen veröffentlichten am 25.03.2019 eine gemeinsame Erwiderung auf eine Erklärung des Vereins „Die Vielen e.V.“. Darin heißt es:

„Das Auftreten der ‚Vielen‘ ist nicht pluralistisch und offen, sondern monolithisch und autoritär. Wenn die Ausgrenzung einer Minderheit, der ‚Wenigen‘, durch die reklamierte Mehrheit, die ‚Vielen‘, betrieben wird, so manifestiert sich darin keine demokratische, sondern eine in Ansätzen bereits totalitäre Gesinnung. Wer die Demokratie wirklich verteidigen will, der sollte auch Minderheitenmeinungen zulassen, in den Diskurs einbeziehen und den Dialog mit deren Vertretern suchen. [...] Was sie einer imaginierten Minderheit ankreiden, nämlich totalitär und unterdrückerisch zu agieren, dessen befeißigen sie sich als selbsternannte und selbstgerechte Mehrheit selbst. Die ‚Freiheit der Kunst‘, die sie zu verteidigen vorgeben, untergraben sie durch ihr eigenes Verhalten und vertiefen dadurch die Spaltung der Gesellschaft. Welches Ensemblemitglied, welcher freischaffende Künstler wagt es noch, sich gegen den Konformitätsdruck zu erheben, den die ‚Vielen‘ auf sie ausüben? Allen mutigen Künstlern und Kulturschaffenden, die es trotzdem tun, gilt die Solidarität der Alternative für Deutschland.“ **KULTURPOLITISCHE SPRECHER ALLER AFD-LANDTAGSFRAKTIONEN**, am 25.03.2019

Nichtsdestoweniger luden die kulturpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen alle Kulturschaffenden, die die „Erklärung der Vielen“ unterzeichnet haben, ein, mit ihnen in einen zivilisierten und konstruktiven Dialog zu treten. Sie taten dies in der Überzeugung, dass Kunst und Kultur frei bleiben sollen von ideologischer und politischer Einflussnahme.



Auto in Goldfolie – Aktion des Vereins „Die Vielen e.V.“



Fahne vor dem Märkischen Museum



4 Arbeitsmarkt Kultur

Der Arbeitsmarkt Kultur ist mehr als ein Arbeitsmarkt für Künstler. Künstler bilden den Kern des Arbeitsmarktes Kultur. Beachtung verdienen aber auch diejenigen, die Kunst und Kultur lehren, vermitteln, verkaufen, verbreiten und ihnen zuarbeiten.

Die Ergebnisse der 2020 vom Deutschen Kulturrat veröffentlichten Studie *Frauen und Männer im Kulturmarkt – Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage* zeigen, dass Künstler im Durchschnitt über ein sehr geringes Einkommen verfügen. Die Studie hält fest:



” In Berlin leben [...] sehr viele Künstlerinnen und Künstler, die im Vergleich zu anderen Bundesländern eher wenig verdienen. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass das große Angebot an künstlerischen Leistungen zu geringeren Einkommen führt. Weiter ist auffallend, dass Künstlerinnen und Künstler, die im ehemaligen Westteil der Stadt leben, ein geringeres Einkommen erzielen als diejenigen im ehemaligen Ostteil. Der Einkommensunterschied hat sich verstärkt. Im Jahr 2013 betrug er 177 €, im Jahr 2016 695 € und im Jahr 2019 1.367 Euro.“⁹³

FRAUEN UND MÄNNER IM KULTURMARKT, Deutscher Kulturrat, Studie 2020



Der Anteil derjenigen, die einen gesicherten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben, ist auf dem Arbeitsmarkt Kultur relativ gering. Trotz schlechter Berufs- und geringer Einkommensaussichten erfreuen sich Ausbildung und Studium für den Arbeitsmarkt Kultur großer Beliebtheit. Im Sinne einer vorausschauenden Sozialpolitik ist es von Interesse zu ermitteln, auf welche Weise auf dem Arbeitsmarkt Kultur kontinuierliche Erwerbsbiografien gefördert werden können, um eine entsprechende Altersversorgung zu ermöglichen.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt es auch bei den öffentlichen Kultureinrichtungen. Feste Ensembles ermöglichen Kontinuität in der künstlerischen Arbeit und eine bessere Lebensplanung für die betreffenden Künstler. Festanstellungen verschärfen allerdings auch die Kluft zwischen den öffentlich Beschäftigten und den freiberuflichen Künstlern. Die Entlastung vom Wettbewerbsdruck für die einen macht es für andere schwerer, eine Tätigkeit im künstlerischen Bereich zu finden. Neben die Forderung nach Festanstellung tritt daher auch die Forderung nach Projektförderung für freie Gruppen.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass alle Berufsgruppen der in öffentlichen Kultureinrichtungen Beschäftigten fair und angemessen bezahlt werden. Befristungen und prekäre Arbeitsverhältnisse dürfen in öffentlichen Kultureinrichtungen kein Dauerzustand werden. Dies gilt für Festangestellte und für Projektförderungen gleichermaßen.

4.1 HONORARMINDESTSTANDARDS FÜR FREIE MUSIKER

Berlin ist einer der vielfältigsten und interessantesten Musikstandorte in Deutschland. Die hohe Qualität und stilistische Breite muss jedoch kontinuierlich erarbeitet werden. Jeder, der schon einmal ein Instrument gespielt hat, weiß, wie viel Fleiß und Beharrlichkeit es erfordert, bis man erfolgreich ist.

Diejenigen, die aus ihrer Leidenschaft einen Beruf gemacht haben, blicken auf eine sehr lange Ausbildungszeit zurück. Schaut man sich aber Statistiken über die Einkommenssituation von Musikern an, die auf Honorarbasis arbeiten, so ist man doch sehr verwundert. Zumal freischaffende Musiker ihre Ausstattung selbst finanzieren müssen. Dazu gehören Instrumente, Reparaturen und die Konzertkleidung. Hinzu kommt die Unsicherheit der Beschäftigung, saisonale Schwankungen mit Zeiten ohne Einkünfte, Nachteile während der Schwangerschaft und in den Erziehungszeiten, wirtschaftliche Zwänge im Krankheitsfall und nicht zuletzt eine Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus. Eine gesicherte Familienplanung ist unter diesen Bedingungen nur sehr eingeschränkt möglich.

Freischaffende Musiker, die als Aushilfen in öffentlich geförderten Orchestern arbeiten, erhalten in der Regel im Vergleich zu festangestellten Musikern eine deutlich niedrigere Bezahlung. Ein großer Teil des Konzertbetriebs wird aber von freien Musikern, Instrumentalisten, Dirigenten und Sängern abgedeckt.





Honorarmindeststandards
für freie Musiker
Antrag der AfD-Fraktion vom
05.03.2018, [Drs. 18/0898](#)

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die AfD-Fraktion hat die Forderungen der Deutschen Orchestervereinigung aufgegriffen und forderte den Senat mit einem Plenarantrag auf, sich für die Einhaltung von Honoraruntergrenzen für freie Musiker und Vokalsolisten in Berlin einzusetzen. Richtschnur sollen die bereits von den Berufsverbänden formulierten Mindeststandards sein. Natürlich müssen Honorare nach Musiksparten und Tätigkeitsfeldern differenziert gestaltet werden. Dort, wo öffentliche Gelder für Veranstaltungen ausgegeben werden, müssen Honorarmindeststandards eingehalten werden. Wer mit Profis arbeiten will, muss auch für Profis bezahlen.

4.2 MITBESTIMMUNGSRECHTE FÜR KÜNSTLER: BEISPIEL STAATSBALLETT BERLIN



Das Land Berlin ist seit 2014 nicht in der Lage, dem Staatsballett Kontinuität und künstlerische Perspektive zu bieten. Bereits die Ära Duato von 2014 bis 2018 erwies sich für die Künstler des Staatsballetts als in hohem Maße unbefriedigend. Das ganz große Unheil hatten der Regierende Bürgermeister Michael Müller und Staatssekretär Tim Renner 2016 dann kurz vor der Wahl mit einer kulturpolitischen Hauruckaktion gestiftet. Dem Ensemble des Staatsballetts wurde hinsichtlich der Neubesetzung der Chefposition ein Mitspracherecht gänzlich abgesprochen.

Es ging dem Senat darum, einen „Versorgungsposten“ für die Choreographin Sasha Waltz zu schaffen. Diese Entscheidung war weniger künstlerisch als vielmehr politisch motiviert. Diese Entmündigung der Tänzerinnen und Tänzer war die Konsequenz einer arroganten Ahnungslosigkeit gegenüber den Traditionen und

Entwicklungslinien von Tanz und Ballett. Um die Auswirkungen einer solch respektlosen Entscheidung begreiflich zu machen, verglichen die Tänzerinnen und Tänzer die Ernennung der ballettfernen Sasha Waltz mit derjenigen eines Tennistrainers zum Fußballtrainer. Unmittelbar nach Bekanntgabe der Personalie protestierten die Tänzerinnen und Tänzer aufs Schärfste gegen die Entscheidung. Das Ensemble wünschte sich einen Generalintendanten „mit einer klaren künstlerischen Vision und mit den erforderlichen Erfahrungen“. Ab der Spielzeit 2019/20 brachen dann Konflikte aus, die zu einer für alle Seiten höchst unbefriedigenden Konstellation führten. Nach der Bekanntgabe, dass Johannes Öhman vorzeitig zum 31.12. 2020 seine Intendanz beendete und Sasha Waltz die Dauer ihrer Leitungstätigkeit offenhielt, wurde die Situation für das Staatsballett untragbar.



Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Beschäftigte Künstler müssen Mitbestimmungsrechte haben! Anlässlich der Neubesetzung der Intendanz des Staatsballetts hat die AfD-Fraktion in einem Plenarantrag gefordert, frühestmöglich die Tänzerinnen und Tänzer des Staatsballetts mit beratender Stimme in den Findungs- und Entscheidungsprozess einzubeziehen. Auch beim Intendantenwechsel an der Volksbühne hätte durch stärkere Mitsprache der Künstler die später eingetretene negative Entwicklung abgewendet werden können. Mit der Hinterzimmerpolitik muss auch im Kulturbereich Schluss sein!



*Neubeginn bei der Intendanz des Staatsballetts
Antrag der AfD-Fraktion vom
25.02.2020, [Drs. 18/2518](#)*

4.3 MUSIKSCHULEN

Einer drohenden Kulturdistanz breiter Teile der Bevölkerung muss effektiv entgegengewirkt werden. Gerade Musikschulen erfüllen eine wichtige Rolle bei der musischen Prägung der Heranwachsenden. Die umfassende Entdeckung und Förderung von Talenten und Kreativität ist die Basis für die Musikzunft der Zukunft. Dabei sind optimale Bedingungen für den Musikunterricht unverzichtbar. Dazu gehören gut ausgebildete Lehrer, ein ausreichendes Angebot an Unterricht und entsprechende Raumkapazitäten.

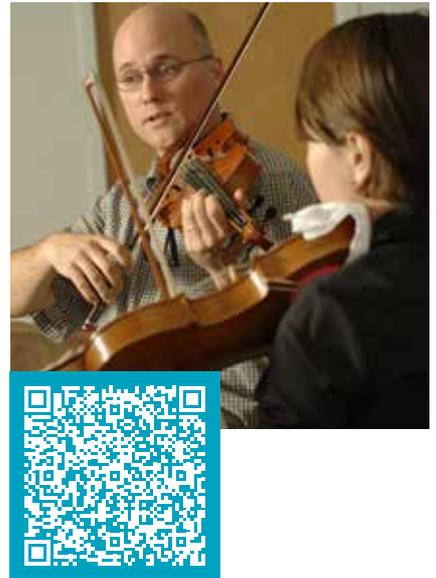
” Wir brauchen Kultur, um uns als Menschen mit einer Tradition zu definieren und um uns gleichzeitig abzugrenzen. Mittelfristig führt Kulturlosigkeit zur geistigen Verarmung und langfristig zur Verblödung eines Landes. An der Musik können wir lernen, woher wir kommen und was uns ausmacht. Es ist doch absurd, daß wir unsere Hüften regelmäßig in Fitness-Studios formen, aber nicht mehr bereit sind, unseren Geist in Form zu halten.“

ANNE-SOPHIE MUTTER



Der Grundstein zum Erlernen von Instrumenten muss möglichst früh gelegt werden. Dies erfordert nicht nur musikalische Erfahrung, sondern auch pädagogische Kompetenz bei den Lehrkräften. Nur wenn stabile Rahmenbedingungen geboten werden, lässt sich eine solide musikalische und instrumentale Ausbildung der Schüler sicherstellen. Derzeit gibt es in vielen Stadtbezirken eine deutliche Unterversorgung mit Räumen für den Musikschulunterricht. Auch durch die Zusammenarbeit mit den allgemeinbildenden Schulen, der eine hohe Bedeutung zukommt, kann dieses Problem nicht aufgefangen werden. Hier ist der Senat dringend gefordert, ressortübergreifend das Raumproblem einer Lösung zuzuführen.

Die Erhöhung der Festanstellungsquote an den Musikschulen auf 20 % des Personals kann nur ein Zwischenschritt sein, denn im Bundesvergleich liegt Berlin noch immer weit zurück. Auch die geplanten Tarifierhöhungen für festangestellte Musikschullehrer sind nur ein kleiner Schritt zur Anerkennung der Leistungen bei der musikalischen Nachwuchsförderung. Für die tarifliche Eingruppierung der neuangestellten Lehrkräfte ist es wichtig, neben der Qualifikation auch die Berufserfahrung, sprich die an Berliner Musikschulen bereits geleistete Beschäftigungszeit, zu berücksichtigen. Auch für die verbleibenden freien Honorarkräfte müssen annehmbare Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden. Überdies ist das „[Sockel-Flex-Modell](#)“, das die AfD-Fraktion rechtlich hat prüfen lassen, eine Option.⁹⁴



Unsere Position:

Die AfD-Fraktion unterstützt die Schaffung einer Gemeinsamen Servicestelle für die Berliner Musikschulen unter Einbeziehung der Geschäftsstelle MS-IT.

Die AfD-Fraktion unterstützt das Forderungspapier #MehrMusikInDerSchule des Deutschen Musikrats zum Musikunterricht in der Grundschule.





Romane H

Romane H

+Hörbücher

+Hörbücher

Roma

Roma

DAVIN

19

GALEAT

19

5 Sprache, Literatur und Bibliotheken

5.1 SPRACHE

” Die wahre Heimat ist eigentlich die Sprache. Sie bestimmt die Sehnsucht danach, und die Entfremdung vom Heimischen geht immer durch die Sprache am schnellsten und leichtesten, wenn auch am leisesten vor sich.“

WILHELM VON HUMBOLDT

Die Zahl der deutschen Muttersprachler wird heute auf 100 Millionen Menschen weltweit geschätzt. Das geschriebene und mehr noch das gesprochene Deutsch unserer Tage unterliegen zunehmend dem Einfluss des Englischen. Die Ursachen dafür sind vielfältig, großen Anteil daran haben Unternehmen, Werbung, Kunst, Medien und Reiseverkehr. Hier erfolgt die Übernahme englischer Begriffe auf freiwillige Weise.

” Wenn es um die Frage geht, welchen Gebrauch wir von der deutschen Sprache, Kultur und Nation machen, und wie wir sie bewerten sollen – oder mit anderen Worten, ‚wie deutsch‘ sie sein dürfen, dann müssen wir feststellen, daß sich eine Kluft aufgetan hat zwischen den Empfindungen und Ansichten der Bevölkerung und den Anschauungen zahlreicher Intellektueller im Meinungsbetrieb.“ **HORST HENSEL**,

Sprachverfall und kulturelle Selbstaufgabe, Bönen/Westfalen 1999, S. 11

Weiterer Veränderungsdruck geht vom Versuch der Durchsetzung einer „geschlechtergerechten Sprache“ aus, die besonders in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Es handelt sich hierbei um eine künstliche Einflussnahme auf die deutsche Sprache, die keinen einheitlichen Regeln folgt. Um eine „geschlechtergerechte Sprache“ durchzusetzen, werden immer mehr Partizipien in die deutsche Sprache eingeführt. Der Unterstrich, das Binnen-I und der Genderstern sind parallel verwendete Methoden der „geschlechtergerechten Sprache“, denen sich der Rat für deutsche Rechtschreibung – das zwischenstaatliche Gremium und die „maßgebende Instanz in Fragen der deutschen Rechtschreibung“ – bisher verweigert hat.



Unsere Position:



Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin akzeptiert die neueste Rechtschreibreform und setzt sich dafür ein, unseren Bürgern – Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gleichermaßen – die Bedeutung eines korrekten Sprachgebrauchs im alltäglichen Miteinander zu vermitteln. Kritisch sehen wir die Einführung der „Leichten Sprache“, deren Ziel es ist, Texte für Menschen mit geringem Bildungsniveau und Zuwanderer verständlicher zu machen. Der Ansatz der Leichten Sprache ist herablassend und diskriminierend, obgleich er wohlmeinend auftritt. Zugleich wird durch die Leichte Sprache das bestehende Sprachniveau untergraben. Die verwendeten Bindestrichkonstruktionen missachten die Regeln der deutschen Sprache und stiften damit Verwirrung.

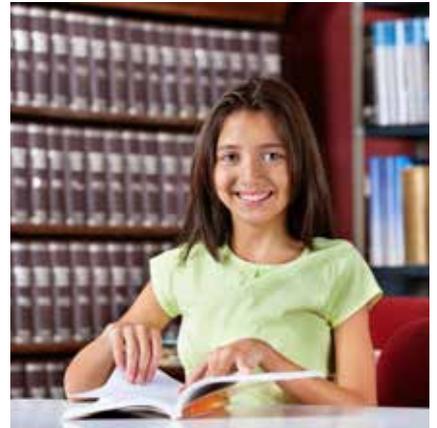
Im Sinne einer Pflege der deutschen Sprache lehnen wir überflüssige Anglizismen und vermeintlich geschlechtsspezifische Sprachmanipulationen in offiziellen Dokumenten ab.

Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin ist bestrebt, die Schönheit, die Ausdrucksvielfalt und die Präzision der deutschen Sprache zu erhalten, ohne in den natürlichen Veränderungsprozess, dem alle Sprachen zwangsläufig unterworfen sind, einzugreifen. Entsprechend wichtig ist für uns der Umfang und die Qualität des Deutschunterrichts in den Schulen. Auch die Vielfalt deutscher Dialekte, einschließlich einer Verwendung der Berliner Mundart, begrüßen wir.

5.2 LITERATURFÖRDERUNG

” Ich bin, mich bemühend um die Formen für meine Wahrheit, auf Schönheit aus – auf die erschütternde Schönheit, auf Erschütterung durch Schönheit; ja, auf Klassisches, Universales“. **PETER HANDKE**

Lesen und Schreiben gehören zu den elementarsten Kulturtechniken. Die Beherrschung von Sprache befähigt zu Reflexion und Diskurs und ist die Voraussetzung für ein tieferes Selbst- und Weltverständnis. Die Stiftung Lesen weist regelmäßig darauf hin, dass die Deutschen immer weniger lesen, die Lust am Lesen bei Jugendlichen und Erwachsenen immer weiter zurückgeht. Etwa 6,2 Millionen Menschen in Deutschland können nicht richtig lesen oder schreiben. Das Ziel, diese Zahl der De-Facto-**Analphabeten** im Zuge der „Alphadekade“ bis zum Jahr 2026 deutlich zu senken, ist Prof. Dr. Josef Schrader zufolge nicht zu erreichen. Den Grund dafür sieht er in der großen Gruppe von Zugewanderten.





Literatur ist eine Kultursparte, die in hohem Maße eigenwirtschaftlich organisiert ist. Die Themen Literatur und Literaturförderung gehören nicht zum Hauptaugenmerk der Kulturpolitik, bilden aber ein nicht zu vernachlässigendes Handlungsfeld. Literaturförderung ist vor allem als Autorenförderung und Leseförderung wahrnehmbar. Zur **Autorenförderung** gehören Arbeitsstipendien, Literaturpreise, Lesehonorare und Druckkostenzuschüsse. Die **Leseförderung** in Form der Lesesozialisation richtet sich schwerpunktmäßig und vorrangig an Kinder und Jugendliche. Zur außerschulischen Literaturvermittlung gehören die Sprach-, Erzähl-, Lese- und Schreibförderung sowie die Vermittlung von Kinder- und Jugendliteratur. Eine gute Literaturvermittlung fördert das Eigeninteresse und regt an, sich selbsttätig mit Inhalten auseinanderzusetzen. Das Einpauken eines literarischen Kanons kann dabei nicht das Ziel sein.



Darüber hinaus bieten sich vielfältige Ansatzpunkte für die Förderung des literarischen Lebens in der Breite: literarische Vereinigungen und Literaturbüros, die Präsentation in Literaturhäusern, auf Lesungen und Literaturfestivals, die Verlagsförderung und Verlagsansiedlungen mit Hilfe der Wirtschaftsförderung, Schreibwerkstätten, Literaturprojekte in Kulturzentren und literaturpädagogische Projekte sowie Literaturwettbewerbe.

Auch die Bewahrung, Pflege und Erschließung des **literarischen Erbes** ist Teil der Literaturförderung. Der Pflege und Bewahrung des literarischen Erbes widmen sich Bibliotheken, literarische Archive und Literaturmuseen.

Unsere Position:

Literaturförderung soll gleichermaßen Autoren, Lesern und der Lesekultur dienen und das literarische Erbe Deutschlands erschließen, bewahren und pflegen. Aufgabe der Kulturpolitik ist es, einen fruchtbaren ordnungspolitischen Rahmen für das literarische Schaffen abzustecken bzw. daran festzuhalten. Zu den angemessenen Rahmenbedingungen für Autoren, Buchhandel und Verlage gehören Urheberrecht, Buchpreisbindung und Künstlersozialversicherung.

Die wichtigste Instanz für die Sprachentwicklung und für einen positiven Bezug zu Literatur ist die Familie. Im Rahmen seines Bildungsauftrages ist es Aufgabe des Staates, Kinder und Jugendliche an Literatur heranzuführen bzw. Literaturerfahrungen zu vertiefen, die Entwicklung der Lesekompetenz zu stärken und das Verständnis von Literatur zu fördern.



5.3 BIBLIOTHEKEN

” In Bibliotheken fühlt man sich wie in der Gegenwart eines großen Kapitals, das geräuschlos unberechenbare Zinsen spendet.“

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE

Zur Berliner Bibliothekslandschaft gehören die Staatsbibliothek, die Akademiebibliothek, die Universitäts- und Fachbibliotheken, die Zentral- und Landesbibliothek sowie die Stadtbibliotheken. Bibliotheken, insbesondere die Stadtbibliotheken, stellen auch wichtige Begegnungsorte dar. Für viele Menschen ist die Bibliothek ein Ort der Gemeinschaft und des Kontaktes, ein „Dritter Ort“.

” Das Zukunftskonzept der ZLB-Führung wird ja immer mit dem sogenannten ‚Drei-Säulen-Modell‘ ausgedrückt, also erstens Informations- und Wissensvermittlung, zweitens Arbeitsort und drittens Forum der Stadtgesellschaft. Doch das Bild führt eigentlich in die Irre. Gemessen an Bedarf und Nutzungszahlen ist es die erste Säule, die die Bibliothek trägt. Die zweite und dritte müssen daher eher als Stützen der eigentlich tragenden Säule funktionieren.“

PETER DELIN, Kulturausschusssitzung am 14. Januar 2019



Schriftliche Anfrage
des Abgeordneten
Dr. Dieter Neuendorf (AfD)
[Drucksache 18/17 799](#)
vom 05. Februar 2019



Das Netz der Berliner Öffentlichen Bibliotheken ist seit 1991 von 227 Standorten in der ersten Nachwendezeit auf 81 Standorte im Jahre 2017 geschrumpft.⁹⁵ Dieser übermäßige Schrumpfungsprozess lag nicht am Desinteresse der Berliner an der Benutzung der Bibliotheken oder an der punktuell durchaus sinnvollen Zusammenlegung mehrerer Kleinsteinrichtungen zu Bibliotheken mittlerer Größenordnung, sondern wurde durch rigorose Sparmaßnahmen des Berliner Senats verursacht.⁹⁶ Bei den Stadtbibliotheken in den Bezirken ist zudem ein großer Sanierungsstau entstanden. Ein modernes Bibliotheksangebot verlangt zusätzliche Investitionen für Fortbildungen, für Infrastruktur und für den Medienbestand.

Gegen den „ausdrücklichen Einspruch von zwei Dritteln der betroffenen Fachlektoren“ wurde von der Leitung der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) die Privatisierung des Medienerwerbs beschlossen.⁹⁷ Durch die Regelung, dass die Münchner Buchhandlungskette Hugendubel der ZLB den Großteil der Bücher liefert, ist das qualitativ hochwertige Medienspektrum gefährdet.

Diese Privatisierung des Medienerwerbs, einhergehend mit einer Degradierung kompetenter Lektoren, ist der falsche Weg zur „Bibliothek der Zukunft“.

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die AfD-Fraktion fordert in einem Plenarantrag (Drucksache 18/1263), die Privatisierung des Medienerwerbs zurückzunehmen und die bewährte Kooperation zwischen Fachlektoren und Fachbuchhandlungen vor Ort wieder in vollem Umfang aufzunehmen. Diesbezüglich unterstützen wir die Initiativen zahlreicher Bibliothekare und Bibliotheksfreunde, um auch zukünftig in Berlin über ein differenziert gestaltetes Medienangebot zu verfügen.

Weitere Investitionen für Bibliotheken, für den Medienerwerb, für Sanierung, Digitalisierung, Fortbildung und Weiterentwicklung unterstützt die AfD-Fraktion nachdrücklich.

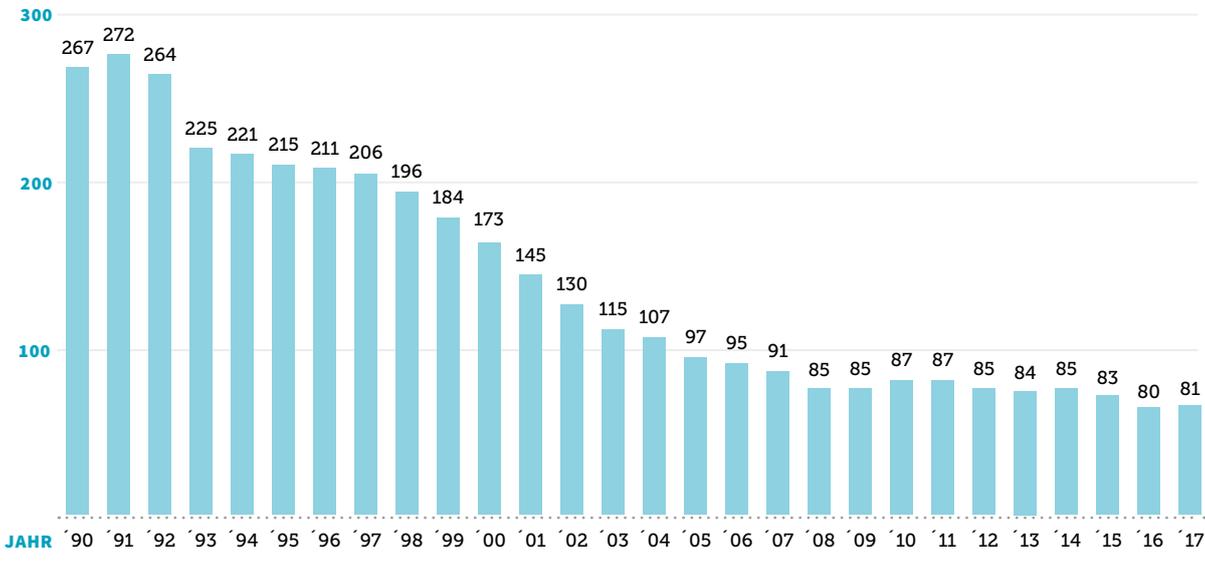


[Drucksache 18/1263](#)



Selbstständige, öffentliche Bibliotheken

IN BERLIN IN DEN JAHREN 1990 BIS 2017



Quelle: Jahresberichte der Berliner Öffentlichen Bibliotheken



6 Erinnerungspolitik – „Zukunft braucht Herkunft“

Für Konservative gilt seit jeher: Um lebens- und zukunftsfähig zu sein, brauchen die Menschen eine positive Bindung zu ihrer Herkunft. Zukunft braucht Herkunft!⁹⁸ Deshalb bezieht auch der moderne Konservatismus seine Zukunftsorientierung aus dem Kontinuum der Geschichte.

„[W]ir besitzen kein anderes Leben, keine andere Kraft als die Schätze der Vergangenheit, die wir lenken, assimilieren und neu schaffen müssen. Die Liebe zur Vergangenheit hat nichts mit reaktionärer Politik zu tun. Die Zerstörung der Vergangenheit ist vielleicht das größte aller Verbrechen.“

SIMONE WEIL

Die Geschichte bietet uns einen natürlichen Wegweiser zu unserer Identität, einen Ankerplatz in den Stromschnellen des Wandels.⁹⁹ Wer seine Vergangenheit verlöre, „würde zukunfts-unfähig“, wie der Philosoph Hermann Lübbe sagt. In den Worten von Wilhelm von Humboldt (1767–1835): „Ein Volk, das keine Vergangenheit haben will, hat auch keine Zukunft.“ Deshalb fördert und fordert die AfD-Fraktion eine Wiederbesinnung auf unsere Geschichte und eine „Rückkehr in die kulturelle Überlieferung“.¹⁰⁰

„Die Verständnislosigkeit für die Gegenwart entsteht [...] aus Unkenntnis der Vergangenheit.“ **MARC BLOCH,**

Apologie der Geschichte oder der Beruf des Historikers, Stuttgart 1974, S. 47.



150 Jahre deutscher Nationalstaat und Berlin als deutsche Hauptstadt: der Reichsgründung im Januar 1871 neben der 1848er-Revolution als Ausgangspunkt für die Verwirklichung von Einigkeit und Recht und Freiheit würdig gedenken
Antrag der AfD-Fraktion vom 05.01.2021 ([Drucksache 18/3286](#))



„Erlöst und vernichtet zugleich“ – 75. Jahrestag des Kriegsendes: Tag der Mahnung und der Erinnerung
Antrag der AfD-Fraktion vom 28.04.2020 ([Drucksache 18/2642](#))

6.1 UMBENENNUNGEN VON STRASSEN



Althergebrachte Namen von Straßen, Plätzen, Gebäuden sowie Institutionen werden mit steigender Frequenz auf den Prüfstand gestellt. Der Änderungsfuror geht dabei weit über die Rücknahme von Namensgebungen hinaus, die im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Diktatur oder der DDR-Diktatur stehen. Das Prozedere folgt dabei einem gleichbleibenden Muster: Dem Namensgeber werden eine aus heutiger Sicht falsche Weltanschauung oder Denkweise oder moralisch fragwürdige Taten angelastet – wenn der Name nicht ohnehin fehlgedeutet wird, weil er gegen die heutige politische Korrektheit verstößt. Die Verdienste dieser Persönlichkeiten, welche ursprünglich deren Würdigung begründeten, rücken in den Hintergrund, werden heute als Vergehen betrachtet oder in Gänze ausgeblendet. Mit dem Unwillen zu einer differenzierten Betrachtungsweise wird eine **Damnatio memoriae** (Verdammung der Erinnerung) praktiziert, die an die Namenstilgungen in nicht-demokratischen Staaten erinnert.

Statt die Leistungen oder Verfehlungen eines Namensgebers einer Straße oder eines Platzes zum Anlass für eine kritische Diskussion zu nehmen, wird durch Verbannung des Namens auch die Chance zur öffentlichen Auseinandersetzung beseitigt. Dabei ließe sich gerade an den Namen von Straßen, Parks und Plätzen immer wieder sehr gut zeigen, dass vieles, was unsere Vorfahren getan haben, vom jeweiligen Zeitgeist bestimmt war und ebenso wenig einen Anspruch auf ewige Gültigkeit hat wie das, was wir tun. Die Einbettung von früherem und heutigem Handeln in einen jeweils anderen historischen Kontext würde so sichtbar. Aber gerade das soll offensichtlich verhindert werden. Man will sich arrogant als das bessere, moralisch saubere Deutschland darstellen. Eine kleine Elite maßt sich dabei an zu entscheiden, was aus heutiger Sicht korrekt ist und was nicht. Mit einem Lernen aus der Geschichte hat das nichts zu tun.

Unsere Position:

Die Berliner AfD-Fraktion lehnt die Umbenennungen von Straßen im Sinne des herrschenden Zeitgeistes ab, zumal sie auf Kosten der Anwohner erfolgen.

Die AfD-Fraktion hat mit einem Plenarantrag und in Abstimmung mit Bürgerinitiativen angeregt, am U-Bahnhof Mohrenstraße eine Kommentierung anzubringen, wandte sich aber gegen eine Umbenennung ([Drs. 18/2884](#)).



6.2 AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR

Die Affäre Holm – eine geschichtspolitische Geisterfahrt

Mit Andrej Holm wurde unter Rot-Rot-Grün ein Mann mit Stasivergangenheit und Verbindungen zur links militanten Szene als Staatssekretär eingesetzt. Der Eiertanz um Andrej Holm war ein beschämendes Armutszeugnis für die Geschichtspolitik der rot-rot-grünen Koalition, ihr Festhalten an seiner Ernennung zum Staatssekretär ein Schlag ins Gesicht der Opfer des DDR-Unrechts. Die Personalie Holm wurde zu einem Lackmuskus für die Aufrichtigkeit des Senats im Umgang mit dem Erbe des DDR-Unrechts.



” Müssen wir davon ausgehen, dass die Ernennung Holms zum Staatssekretär eine gezielte Provokation war, ein Austesten der Schamgrenze, mal zu schauen, ob die SED- und Stasiverstrickung wieder gesellschafts- und regierungsfähig ist?“

FRANK-CHRISTIAN HANSEL, Plenarsitzung am 12. Januar 2017.

Der Druck der Oppositionsfraktionen erzwang, dass Holm seinen Hut nehmen musste – ein Rückschlag für die rot-rot-grüne Koalition und ein früher Erfolg für die AfD-Fraktion in der 18. Wahlperiode.

„30 Jahre Friedliche Revolution“ – Veranstaltung der AfD-Fraktion im November 2019



(v.l.n.r.) Jürgen K. Hultenreich, Vera Lengsfeld, Dr. Jörg Kürschner

Anlässlich des dreißigsten Jahrestages der Friedlichen Revolution lud die AfD-Fraktion zu einer Konferenz ins Berliner Abgeordnetenhaus. Die AfD-Fraktion erinnerte an die Leistungen der Bürgerrechtler und politisch Verfolgten, die zum Sturz der kommunistischen Diktatur beigetragen haben. Mit Vera Lengsfeld, Michael Klonovsky, Dr. Jörg Kürschner und Bodo Walther diskutierten wir die Entwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur und gedachten der Opfer des SED-Unrechts.

Im Jubiläumsjahr 2019 entwickelte sich um die Frage, wer den Umsturz in der DDR herbeigeführt hatte, eine öffentliche Auseinandersetzung. Mit der Losung „Vollende die Wende!“ reklamierte die AfD in einigen Landtagswahlkämpfen in Ostdeutschland die Tradition der Friedlichen Revolutionäre für sich. Viele der Forderungen der Friedlichen Revolution spiegeln sich heute im Selbstverständnis und der Programmatik der AfD wider: das Eintreten für ein selbstbestimmtes Deutschland, gegen ideologische Gängelung und für direkte Demokratie.



Michael Klonovsky

Die Frage, ob der Mensch aus der Geschichte lernt, führt zu berechtigter Skepsis. Dreißig Jahre nach der Friedlichen Revolution wird in Berlin wieder über Enteignungen diskutiert, aber auch in anderen Politikbereichen scheinen Ideen des Sozialismus erneut in Mode zu kommen.



Tom Sello, Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Kein Rollback der Aufarbeitung!

Die Nachfolgepartei der SED, *Die Linke*, ist seit Dezember 2016 wieder an der Berliner Landesregierung beteiligt und stellt mit Dr. Klaus Lederer den Kultursenator. Als solcher wurde Lederer auch Vorsitzender des Stiftungsrats der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Unter Lederer als neuem Vorsitzenden des Stiftungsrates wurde bereits nach kurzer Zeit Hubertus Knabe, der angesehene Direktor der Gedenkstätte und dezidierte Kritiker der Partei *Die Linke*, in einem höchst zweifelhaften Verfahren aus seinem Amt entfernt.



” *Mittlerweile geht es um nichts weniger als um die Frage, wie wir die Grundlagen für eine kritische Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht bewahren und ein Rollback zu einer ahistorischen Verklärung der DDR verhindern können.*“

MARTIN TREFZER, im Plenum am 21. Februar 2019

Derselbe Kultursenator setzte sich am 13. März 2019 im Rahmen des mehrtägigen Festivals „*Comrades, I Am Not Ashamed of My Communist Past*“ unter dem Titel „*Die DDR neu erzählen*“ mit Kritikern der Aufarbeitung auf ein Podium. Zuvor lud die linksgerichtete Amadeu-Antonio-Stiftung am 14. Februar 2019 unter der Überschrift „*Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung*“ zu einer nicht-öffentlichen, aber öffentlich geförderten Veranstaltung, mit der die Arbeit von Dr. Hubertus Knabe und eine kritische Aufarbeitung in Misskredit gebracht werden sollten.

Dabei wurden unter der Leitung von Anetta Kahane, einer ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiterin der Stasi, verdiente Persönlichkeiten der Aufarbeitungsszene mit dem hinlänglich bekannten Vorwurf der Rechtsabweichung an den Pranger gestellt und der seit Gründung der Bundesrepublik geltende antitotalitäre Konsens in Frage gestellt.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion stellt sich einem Rollback der Aufarbeitung entschieden entgegen. Das durchschaubare Ziel all dieser Aktionen ist es, die Aufarbeitung des SED-Regimes in ein zweifelhaftes Licht zu rücken und Erinnerungsarbeit zu delegitimieren.

„Berlin, die geteilte Stadt – 60 Jahre Mauerbau“ – Veranstaltung der AfD-Fraktion im August 2021



Anlässlich des 60. Jahrestages des Mauerbaus gedachte Berlin den Opfern der Berliner Mauer. Am 13. August 2021 veranstaltete die AfD-Fraktion zu diesem Thema eine Konferenz mit Dr. Karlheinz Weißmann, Carl-Wolfgang Holzapfel und Mike Mutterlose. Außerdem nahm die AfD-Fraktion die von Vertretern der Aufarbeitung erhobene Forderung auf, zum Gedenken an das bekannteste Maueropfer eine „Peter-Fechter-Straße“ auf den Weg zu bringen.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion appelliert an die Bezirksverordnetenversammlungen Mitte und Kreuzberg, endlich eine Teilumbenennung der Zimmerstraße in Peter-Fechter-Straße auf den Weg zu bringen. Der Senat muss die Pflege des Grabs von Peter Fechter in Berlin-Weißensee dauerhaft sicherstellen und ihm ein Ehrengrab zusprechen. Die „Peter-Fechter-Skulptur“ von Florian Brauer, die 2011 als Kurzzeitdenkmal aufgestellt wurde, sollte in der Zimmerstraße einen dauerhaften Standort erhalten.



*Carl-Wolfgang Holzapfel am
13. August 2021 im Berliner
Abgeordnetenhaus:*



*Antrag der AfD-Fraktion,
„Er wollte nur die Freiheit“:
Das Gedenken an Peter Fechter
stärken und eine Peter-Fechter-
Straße auf den Weg bringen
[Drs. 18/3978 Neu](#)
vom 12. August 2021*

SED-Millionen für ein „Haus der DDR-Opposition“

Eine Einrichtung, die die Geschichte der DDR-Opposition in ihrer gesamten Vielfalt und historischen Tiefe der breiten Öffentlichkeit präsentiert, gibt es in Berlin bislang nicht. Da die künftige Nutzung des Palais am Festungsgraben in der 18. Wahlperiode zur Diskussion stand, bot es sich für die Nutzung als „Haus der DDR-Opposition“ an.

Zur gleichen Zeit war der Rückfluss von SED-Millionen zu erwarten, die nach der Friedlichen Revolution mit krimineller Energie ins Ausland geschafft worden waren. Die Verwendung dieser SED-Millionen für ein „Haus der DDR-Opposition“ würde ein Stück weit historische Gerechtigkeit herstellen und brächte eine symbolische Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht. Dieses Haus sollte ein Ort der Information und Wissensvermittlung, der historischen und politischen Bildung, aber auch ein Ort von Veranstaltungen, Tagungen und des wissenschaftlichen Austauschs sein.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion hat sich für die Errichtung eines „Hauses der DDR-Opposition“ im ehemaligen Palais am Festungsgraben eingesetzt. Ohne die Initiative der AfD-Fraktion wäre die Verwendung rückfließender SED-Millionen nicht im Abgeordnetenhaus thematisiert worden.



SED-Millionen für ein „Haus der DDR-Opposition“ im Palais am Festungsgraben

Antrag der AfD-Fraktion vom 13.04.2018, [Drs. 18/0967](#)



Palais am Festungsgraben

Ehemalige Stasi-Zentrale



Wer heute über die Stasi spricht, vergisst allzu leicht, dass die Staatssicherheit weit mehr tat, als die Bürger zu bespitzeln. Auf die flächendeckende Überwachung folgten oftmals Inhaftierung, körperliche und seelische Folter, Maßnahmen der Zersetzung und der Versuch, Existenzen zu vernichten. Die systematisch betriebene Zersetzung, das heißt Brechung von Menschen und Vernichtung ihrer bürgerlichen Existenzen offenbart den besonders perfiden und entwürdigenden Charakter der SED-Diktatur.

Mit dem Gelände der ehemaligen Stasizentrale verfügt Berlin über einen Gedenkort von historischer Bedeutung. Es waren Vereine wie ASTAK, denen das Verdienst zukommt, dass sich der Gebäudekomplex von der zentralen Stelle der Machtsicherung der SED-Diktatur zu einem Ort bürgerschaftlicher Aufarbeitung des DDR-Unrechts gewandelt hat. Das Gelände soll nun behutsam weiterentwickelt werden.



Unsere Position:

Die AfD-Fraktion nahm Kontakt zu den aktiven Akteuren auf dem Gelände in der Normannenstraße auf und forderte in einem Plenarantrag, dass die vor Ort ansässigen Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände als maßgebliche Träger die denkmalgerechte Entwicklung des sogenannten „Campus für Demokratie“ in der Hand behalten

(Drs. 18/0916-1).

Ehemaliges Polizeigefängnis in der Keibelstraße

Durch die erfolgreiche Arbeit von Dr. Hubertus Knabe erfuhr die Gedenkstätte Hohenschönhausen einen stetig wachsenden Besucherstrom und geriet kapazitär an ihre Grenzen. Einen zusätzlichen Ort für die politische Bildungsarbeit zur SED-Diktatur zu finden, erschien vor diesem Hintergrund geboten.

Das ehemalige DDR-Polizeigefängnis in der Keibelstraße bietet eine hervorragende Möglichkeit, um über die Mechanismen der SED-Diktatur aufzuklären. Am Beispiel des Polizeigefängnisses kann das Zusammenwirken von Volkspolizei und Staatssicherheit demonstriert werden. Insassen des Stasigefängnisses Hohenschönhausen waren oft zuerst im Polizeigefängnis in der Keibelstraße inhaftiert. Dr. Hubertus Knabe, seinerzeit noch Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, hatte sich seit Jahren erfolglos dafür eingesetzt, dass die Stiftung Hohenschönhausen die Zuständigkeit für die Keibelstraße übernimmt und das Polizeigefängnis denkmalgerecht entwickelt.

Doch jahrelang weigerte sich die zuständige Senatsbildungsverwaltung, das ehemalige DDR-Polizeigefängnis in der Keibelstraße als Gedenkstätte und Lernort für die breite Öffentlichkeit zu öffnen. Dabei ist es nicht die Aufgabe einer Schulbehörde, historische Orte als Gedenkstätten zu betreiben, vielmehr gehört dies in die Zuständigkeit der Kulturverwaltung. Sinnvoller wäre es gewesen, die Keibelstraße in das Gedenkstättenkonzept des Bundes aufzunehmen und zum Teil der Stiftung Hohenschönhausen zu machen. Das hätte auch den positiven Nebeneffekt, dass die Umbau- und Betriebskosten zwischen Bund und Land hälftig geteilt werden müssten.



Gefängnisflur, Stasi-Gedenkstätte, Hohenschönhausen

Das nach jahrelanger Blockadehaltung übereilte Vorgehen der Senatsbildungsverwaltung führte zum einen dazu, dass der Berliner Landeshaushalt unnötig mit Kosten belastet wird. Zum anderen hat es die Bildungsverwaltung zu verantworten, dass durch unsachgemäß durchgeführte Umbauarbeiten im denkmalgeschützten Polizeigefängnis die historische Substanz in erheblichem Maße unwiederbringlich zerstört wurde.

” Für beide Versäumnisse dürfte es politische Motive geben, nämlich die Abneigung der Bildungsverwaltung gegen die Berliner Landeseinrichtung Stiftung HSH. Denn sie entlarvt immer wieder linke Geschichtsmysen.“ **SVEN FELIX KELLERHOFF**

Unsere Position:



*Blick auf den Gefängnishof
in der Berliner Gedenkstätte
Hohenschönhausen, Deutschland
2019.*

Die AfD-Fraktion trat konsequent dafür ein, dass die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen die Trägerschaft für den Betrieb des Erinnerungsortes im ehemaligen Polizeigefängnis Keibelstraße übernehmen sollte. Die Stiftung Hohenschönhausen besitzt die nötige Expertise, originalgetreu erhaltene DDR-Hafträume für den Besucherverkehr zu öffnen. Dadurch hätte man die Zerstörung der denkmalgeschützten Bausubstanz vermeiden können.

6.3 GEDENKSTÄTTE HOHENSCHÖNHAUSEN

Der Stiftungsrat der Stasiopfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen hatte im September 2018 dem langjährigen Direktor Hubertus Knabe gekündigt. Er wurde mit sofortiger Wirkung freigestellt und zwei Monate später abberufen. Dies geschah ohne ausreichendes rechtliches Gehör. Das Gremium unter Vorsitz des Berliner Kultursenators Klaus Lederer (Linke) begründete die Entlassung mit mangelndem Vertrauen bei der Aufarbeitung von Vorwürfen der sexuellen Belästigung gegen den Vize-Direktor.

Mit Entsetzen beobachteten ehemalige Bürgerrechtler und politisch Verfolgte der SED-Diktatur, wie die Entlassung von Dr. Hubertus Knabe als Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen jenen Kräften Tür und Tor öffnete, denen die ganze Richtung der Aufarbeitung nicht passt – allen voran den DDR-Nostalgikern und ehemaligen Stasi-Kadern.

Unmittelbar nach der Entlassung Knabes erklärten drei (weibliche) Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats der Gedenkstätte ihren Rücktritt, da sie politische Gründe hinter der Entlassung vermuteten. Knabe bestritt die Anschuldigungen gegen seine Person und wertete diese als Intrige Lederers. Der Historiker ist bis heute ein vehementer Kritiker der Linkspartei und hatte sich dort wegen seiner Präventionsarbeit gegen Linksextremismus unbeliebt gemacht.



Dr. Hubertus Knabe, 2008



Gedenkstätte Berlin
Hohenschönhausen vor weiterem
Schaden bewahren: Hubertus Knabe
wiedereinsetzen und Aufklärung in
unabhängige Hände legen
Antrag der AfD-Fraktion vom
04.12.2018, [Drs. 18/1525](#)

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die AfD-Fraktion forderte umgehend eine unabhängige Aufklärung. Es war ein Unding, dass Kultursenator Lederer als Untersuchungsinstanz, Ankläger und Richter in einer Person auftrat. Unter Betreiben der AfD-Fraktion wurde schließlich ein Untersuchungsausschuss zur Gedenkstätte Hohenschönhausen möglich.

Der „Untersuchungsausschuss Hohenschönhausen“ nahm im März 2020 seine Arbeit auf. Die rund eineinhalbjährigen Beratungen haben aus Sicht der AfD-Fraktion zweifelsfrei ergeben, dass Lederer zusammen mit seiner Senatskulturverwaltung spätestens seit dem Jahreswechsel 2017/2018 intensiv am Sturz Knabes gearbeitet hat. Statt den Beschwerden im Interesse der Frauen zügig nachzugehen und den zuständigen Stiftungsrat miteinzubeziehen, hat Lederer den Stiftungsrat gezielt umgangen und die Aufklärung der Vorwürfe am zuständigen Stiftungsrat vorbei in seiner Behörde monopolisiert und gesteuert.

Durch ein inszeniertes Trommelfeuer an Anschuldigungen ist es Kultursenator Lederer schließlich gelungen, Knabe als den Verantwortlichen für die Verfehlungen seines Stellvertreters hinzustellen und den Stiftungsrat mit seiner Version der Ereignisse zu überrumpeln.

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die AfD-Fraktion fordert daher den Rücktritt von Kultursenator Klaus Lederer und die Wiedereinsetzung von Dr. Hubertus Knabe als Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Denn die Verfehlungen des stellvertretenden Direktors waren nur ein willkommener Anlass, um eine politisch unliebsame Person loszuwerden. Nicht Hubertus Knabe, sondern Kultursenator Lederer ist ungeeignet für Hohenschönhausen!

6.4 DENKMAL FÜR DIE OPFER DER KOMMUNISTISCHEN GEWALTHERRSCHAFT

” Wer den Opfern des Kommunismus keinen angemessenen Raum für ein ehrendes Gedenken schafft, setzt sich dem Verdacht aus, die Verbrechen des Kommunismus lediglich als Betriebsunfall einer an sich guten Idee zu bagatellisieren.”

MARTIN TREFZER, Plenarsitzung am 6. April 2017

Der Kommunismus ist nicht nur keine gute Idee, die an misslichen Umständen gescheitert ist. Sondern der Versuch, die Idee des Kommunismus in die Realität umzusetzen, war von vornherein zum Scheitern verurteilt, und er hat unzähligen Menschen unendliches Leid zugefügt.



Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Prag



Grenzsicherung in Staaken, 1986



Einen Schlussstrich darf es deshalb nicht geben, die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist eine bleibende Aufgabe, auch und gerade als Mahnung für künftige Generationen. Die Opfer des Kommunismus dürfen nicht in Vergessenheit geraten oder als Opfer zweiter Klasse behandelt werden. Neben materieller Entschädigung verdienen sie auch ideelle Wiedergutmachung und ein politisches Signal der Wertschätzung.

Ziel muss es sein, der besonderen historischen Verantwortung Berlins gerecht zu werden. Deutschlandweit erinnern einzelne Denkmäler dezentral an die verschiedenen Opfergruppen der sowjetischen Besatzungspolitik und des SED-Regimes. Eine zentrale Gedenkstätte, wie sie in anderen europäischen Hauptstädten besteht, gibt es in Deutschland nicht. Ein Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft wird von Opferverbänden seit Langem gefordert, wurde aber nicht umgesetzt. Ein würdiges Gedenken setzt voraus, dass dieses Mahnmal an zentraler, sichtbarer und öffentlich gut zugänglicher Stelle in Berlin, der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, errichtet wird.

Die Erinnerung daran, dass sich Menschen um den Preis ihres persönlichen Wohlergehens für Menschenwürde und Freiheit eingesetzt haben, ist ein Fundament für den Fortbestand von Demokratie und Freiheit in Deutschland. Zur Auseinandersetzung mit dem SED-Regime ist neben dem Mahnmal auch ein Dokumentationszentrum zu errichten.

Unsere Position:

Die AfD engagiert sich für die Errichtung eines Mahnmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft und hat den Senat mit einem Plenarantrag aufgefordert, den Bund bei der Errichtung dieses Mahnmals aktiv zu unterstützen.

Die AfD-Fraktion tritt ohne Wenn und Aber dafür ein, dass die Lehren aus dem Scheitern des Kommunismus nicht in Vergessenheit geraten. Dazu gehört auch, die Erinnerung an das Leid der politisch Verfolgten wach zu halten.



Ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft
Antrag der AfD-Fraktion vom
14.10.2019, [Drs. 18/2242](#)

6.5 KOLONIALGESCHICHTE UND RESTITUTION VON RAUBGUT

Die rot-rot-grüne Koalition brachte einen Plenarantrag zum Thema Kolonialgeschichte ins Parlament ein, zu dem sich die AfD-Fraktion kritisch positionierte. In Wahrheit geht es Rot-Rot-Grün nicht um die Geschichte der Staaten und Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen deutschen Kolonien. **Es geht Rot-Rot-Grün darum, ein bestimmtes Narrativ durchzusetzen.** Da den Linken das revolutionäre Subjekt in Deutschland abhandengekommen ist, verlagern sie ihr vereinfachendes Weltbild von Gut und Böse, von Unterdrückern und Unterdrückten nun nach Afrika und in die „Dritte Welt“. Die komplexe Geschichte der Beziehungen der europäischen Staaten zu den ehemaligen Kolonien wird damit auf eine Geschichte von Gut und Böse reduziert. Den historischen Gegebenheiten, den Wechselwirkungen und Querverbindungen der Geschichte, der vielfachen Verwobenheit von Schuld und Unterdrückung mit Aufbruch und Fortschritt wird diese vereinfachende Darstellung nicht gerecht. **Diese einseitige Geschichtserzählung ist historische Falschmünzerei.**

Zudem arbeiten die linken Debattenführer mit den gleichen eurozentrischen Stereotypen und bevormundenden Ressentiments, die sie ihrerseits der Kolonialpolitik attestieren. So werden Berliner afrikanischer Herkunft in eine Opferrolle gedrängt, dunkelhäutige Berliner werden auf ein postkoloniales Trauma reduziert. Praktisch wiederholt und erneuert Rot-Rot-Grün damit das koloniale Klischee von den hilfreichen Europäern und den hilflosen „Wilden“.

Dabei sind die Menschen in Afrika die falsche Ausrede ihrer Regierungen, der Kolonialismus sei an allem schuld, selbst schon lange leid. Wenn die Kolonialgeschichte zum Ausgangspunkt der deutschen und europäischen Beziehungen zu Afrika gemacht wird, wird damit nur das Geschäft der afrikanischen Diktatoren und scheindemokratischen Kleptokraten unterstützt.



Felsenkirche in Lüderitz, Namibia



Ankunft der Brandenburger in Westafrika (1682), im Vordergrund: Otto Friedrich von der Groeben

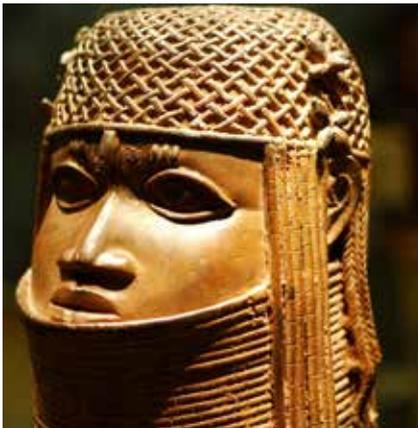
„Es ist sehr die Frage, ob das heute weit verbreitete Verfahren, Maßstäbe von heute rücksichtslos rückwirkend auf gestern anzuwenden, irgend einen relevanten Erkenntnisgewinn bringt, oder etwa nur der moralischen Selbstvergrößerung und Überheblichkeit dient, die wir doch dem europäischen Kolonialismus vorwerfen. Manchmal werden die Sünden der Väter unter neuen Namen von den Söhnen wiederholt, zum Beispiel wenn der Anspruch auf zivilisatorische Überlegenheit gegenüber anderen Völkern heute ersetzt wird durch den Anspruch auf moralische Überlegenheit gegenüber unseren Vorfahren.“ **PROF. DR. RICHARD SCHRÖDER** *welt.de*, 18.09.2021.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion unterstützt eine Vertiefung der Beziehungen zu Afrika, insbesondere mit Berlins Partnerstadt Windhuk in Namibia. Dabei fordern wir einen politischen und kulturellen Austausch auf Augenhöhe, mit historischem Augenmaß und in die Zukunft gerichtet, und nicht mit dekolonialem Agitprop im Rucksack.

Die AfD-Fraktion wendet sich gegen jede Praxis einer Viktimisierung von Afrikanern, die sie in der passiven Rolle von Opfern festhält. Afrikas Probleme sind nicht in Berlin zu lösen, sondern in Afrika.

Benin-Bronzen



Ein Beispiel der Benin-Bronzen

Die Benin-Bronzen, die ein Herzstück der Ausstellung im Humboldt-Forum in Berlin bilden sollten, sind zum Brennpunkt der **Restitutionsdebatte** in der ideologischen Auseinandersetzung um das koloniale Erbe Deutschlands geworden. Hier geht es um Objekte von herausragender Qualität, die aus dem Königreich Benin (gelegen im heutigen Nigeria) als Kriegsbeute nach Europa gelangt sind. Sie erzählen die Geschichte europäischer Kolonialkriege auf besondere Weise. Im Jahr 1897 führte die britische Armee eine „Strafexpedition“ gegen das Königreich Benin durch. Im Zuge der Zerstörung der Hauptstadt wurden 3.000 bis 5.000 Objekte aus Bronze, Messing, Elfenbein und Holz erbeutet. Das unabhängige Königreich Benin hörte auf zu existieren und wurde Teil des britischen Kolonialreichs. Die Benin-Bronzen wurden zu einem Teil an das British Museum übergeben und zu einem anderen Teil in Großbritannien versteigert. Zahlreiche Museen in Europa und Nordamerika kauften die Kunstwerke auf.¹⁰¹ Die größte deutsche Sammlung aus 520 Benin-Artefakten trug Felix von Luschan, Leiter der Abteilung Afrika und Ozeanien im Königlichen Museum für Völkerkunde Berlin, durch Ankäufe zusammen.

Die Benin-Bronzen werden heute von drei verschiedenen Akteuren beansprucht. Der erste ist die Familie des Oba (Königs) Ewuare II., dessen Vorfahren seit dem zwölften Jahrhundert über das Königreich Benin herrschten. Der zweite Akteur ist der nigerianische Bundesstaat Edo mit der Hauptstadt Benin City, für den die Restitution ein wichtiger Teil des kulturellen Erbes darstellt.

Der dritte Akteur ist die Regierung der Bundesrepublik Nigeria mit eigenen Interessen.

Im Jahr 2010 wurde die „Benin Dialogue Group“ als unabhängige Stiftung gegründet, in der Museen aus Deutschland und anderen Ländern mit Vertretern Nigerias und des Königshofs von Benin zusammenarbeiten. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist dabei ein wichtiger Partner in der Restitutionsdebatte.

Anders als Kulturpolitiker der Linken und Grünen es fordern, gibt es keine einfachen Lösungen, um historisches Unrecht wiedergutzumachen. Denn auch das Königreich Benin basierte auf Kriegszügen und Sklaverei.

Unsere Position:

Der Neubau eines Museums in Benin City ist vorbehaltlos zu begrüßen. Die Benin-Bronzen sind Sinnbild der Geschichte und Kunst des Königreichs Benin sowie auch ein Teil der Kolonialgeschichte, und es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass sie auch in Benin City ausgestellt werden sollten. Zur Förderung des interkulturellen Dialogs sollten Präsentationsformen sowohl in den deutschen Museen als auch in Nigeria entwickelt werden, die möglichst vielen Kunst- und Geschichtsinteressierten den direkten Zugang ermöglichen.

Die AfD-Fraktion spricht sich für eine umfassende Provenienzforschung aus. Nach dem Abschluss der Digitalisierung und Fotodokumentation muss die Veröffentlichung des entsprechenden Museumsbestandes erfolgen. Dies ist die sachliche Voraussetzung für eine enge Kooperation mit den Herkunftsländern und die Bearbeitung von Restitutionsforderungen. Die Restitution von Objekten muss dann aber auf Fall-zu-Fall-Entscheidungen beruhen. Mit einer generellen Restitution ist niemandem gedient, weder den Herkunftsgesellschaften noch den abgebenden Museen.



Sammlung von Kulturgut:
Benin-Bronzen und Restitution
Schriftliche Anfrage von
Dr. Dieter Neuendorf (AfD)
[Drucksache 18/25984](#)
vom 22.12.2020



7 Museen und Archive

Museen sind Erinnerungsorte und Wissensspeicher, aber sie können eine lebendige Kultur nicht ersetzen. Konservative Denker zeigten sich seit jeher kritisch gegenüber der „blinden Sammelwuth eines rastlosen Zusammenscharrens alles einmal Dagewesenen“¹⁰² und monierten die „herrschende Museenwuth“, die Dinge aus ihrem organischen Zusammenhang reißt.¹⁰³ Musealisierte Kultur ist der Lebenssphäre entrückt. Der richtige Ort der Kultur ist das Leben des Volkes, nicht die Vitrine.

Seit ihren Anfängen hat sich die Museumskultur indes erheblich weiterentwickelt. Das moderne Museum hat sich vom Ruf des Angestaubten befreit und ist ein interaktiver Lernort geworden. Berlin besticht mit einer Vielzahl von Museen zu Kunst, Technik- und Kulturgeschichte. Herausragende Bedeutung haben die fünf Museen der Museumsinsel, die als Bauensemble zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Aber auch private Museen wie das Mauermuseum oder das vom Bund finanzierte Jüdische Museum Berlin leisten ihren Beitrag zum kulturellen Angebot in Berlin.



Deutsches Historisches Museum



Seit Jahrzehnten wünschen sich die Mitarbeiter des Museumsdorfs Düppel, nicht mehr in Containern arbeiten zu müssen. Um den wachsenden Besucherzahlen gerecht werden zu können, ist der Neubau eines Mehrfunktionsgebäudes notwendig. Nach Gesprächen vor Ort hat sich die AfD-Fraktion in Form eines Plenarantrags und in den Haushaltsberatungen dafür eingesetzt:



Endlich das notwendige Mehrfunktionsgebäude im Museumsdorf Düppel errichten! Antrag der AfD-Fraktion vom 16.07.2019, [Drs. 18/2033](#)

7.1 EIN GESETZ FÜR DEN KULTURGUTSCHUTZ



Die Granitschale im Lustgarten stammt aus dem Jahr 1831.



Die Granitschale im Lustgarten wurde im Oktober 2020 zum Angriffsziel von Vandalismus.

Kulturgüter haben uns viel zu erzählen, aber sie haben keine hinreichend starke Stimme. Der Vandalismus in den Einrichtungen auf der Museumsinsel und Diebstähle aus Museen haben das Thema Kulturgutschutz ins Schlaglicht gerückt. Die Ausstellung von Kulturgut verlangt eine verbesserte Ausstattung mit Sicherheitstechnik. Zum Kulturgutschutz gehört aber nicht nur der Schutz von Exponaten vor Beschädigung durch den Publikumsverkehr. Die Gefahren für Kulturgut sind vielfältiger Art. Der alltägliche Einsatz für den Kulturgutschutz findet hinter den Kulissen statt. Diese wichtige Arbeit in den Museen, Archiven, Depots und Bibliotheken ist in der öffentlichen Wahrnehmung unterrepräsentiert. Berliner Museen leisten sehr gute Arbeit, sind aber durch finanzielle Unterausstattung nicht immer in der Lage, diejenigen Standards umzusetzen, die sie fachlich für angemessen halten. Auch die Notfallplanung muss gesichert sein.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat im Jahr 2020 den Entwurf für ein Kulturgutschutz-Gesetz ins Parlament eingebracht. Die Bestandserhaltung, die Beseitigung von Schäden und die Bekämpfung von Schadensursachen benötigen eine gesicherte Finanzierung auf gesetzlicher Basis. Die Gewährleistung des Kulturgutschutzes darf nicht von der Verfügbarkeit von Projektmitteln abhängig sein. Kulturgutschutz ist eine Daueraufgabe und erlaubt keinen Aufschub.



Wider den Kulturverfall – Der Staat ist zum Kulturgüterschutz verpflichtet: Ein Kulturgüterschutz-Gesetz für Berlin (KuguG Berlin) Antrag (Gesetzentwurf) der AfD-Fraktion vom 26.11.2020, [Drs. 18/3187](#)

7.2 EIN KULTURGUTSCHUTZBEAUFTRAGTER FÜR BERLIN

In der Senatsverwaltung für Kultur gibt es eine wenig sichtbare Stelle, die für die Umsetzung des Kulturgutschutzgesetzes des Bundes (KGSG) zuständig ist. Während das Kulturgutschutzgesetz des Bundes die Einfuhr und Ausfuhr von Kulturgütern regelt, nimmt das Kulturgutschutz-Gesetz der AfD-Fraktion Pflege und Bewahrung von Kulturgut in Berlin systematisch in den Fokus.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion möchte die Senatsstelle in einen sichtbaren Kulturgutschutzbeauftragten umwandeln. Das Aufgabenfeld soll um die Bewahrung von Kulturgut erweitert werden. Der Kulturgutschutzbeauftragte soll nicht nur koordinieren, berichten und die Notfallplanung sowie die Sicherheitskonzepte prüfen, sondern auch zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen.



7.3 ORIGINALERHALT DES SCHRIFTLICHEN KULTURGUTS

Das Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg (KBE) richtet wiederholt Forderungen an die Politik. Angesichts der großen Zahl an Gefährdungen sind viele Einrichtungen mit der Bewahrung ihrer Bestände personell und finanziell überfordert. Auch die Umsetzung des Landeskonzepts für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts verlangt eine dauerhafte finanzielle Absicherung. Der Zwischenbericht des KBE vom 30. Juli 2021 legt dringenden Handlungsbedarf nahe:

„Das schriftliche Kulturgut Berlins, seien es nun Akten, Bücher, Handschriften, Karten, Notendrucke, Urkunden oder Zeitungen, ist partiell in Gefahr. Bedroht wird es einerseits durch interne materialspezifische Abbauprozesse wie Papierzerfall oder Tintenfraß. Andererseits gefährden auch äußere Schadfaktoren wie Schimmel, Insektenfraß oder schlechte Aufbewahrungs- und Nutzungsbedingungen das schriftliche Kulturerbe.“ ¹⁰⁴

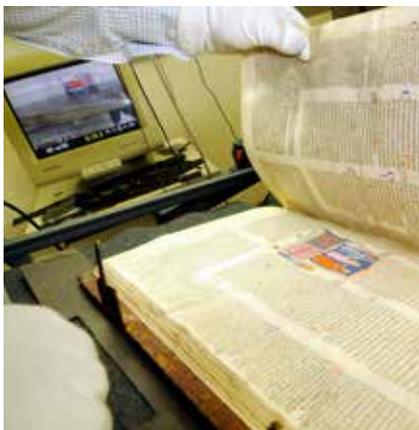
Es fehlt auch an einer aktuellen und validen Übersicht über jene besonders bedeutenden und bedrohten Bestände an schriftlichem Kulturgut. Ohne diese kann keine gezielte und effiziente Unterstützung geleistet werden. ¹⁰⁵



Unsere Position:

Die AfD-Fraktion stimmt dem KBE zu, dass für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes die Rahmenbedingungen bei den Gebäuden, dem Etat und dem Personal in den Bibliotheken und Archiven verbessert werden müssen. Voraussetzung dafür ist die Anerkennung des Themas „Bestandserhaltung“ als Daueraufgabe durch die Unterhaltsträger und die Öffentlichkeit. Sinnvoll wäre es, mittels einer erhöhten Regelfinanzierung, die erforderlichen Projekte eigenverantwortlich tätigen zu können. Das Bewusstsein für den Wert von Originalen und die Bedeutung der konservatorischen Arbeit für Geschichte und Zukunft muss gestärkt werden.

7.4 DIGITALISIERUNG VON KULTURGUT



Die Digitalisierung von Kulturgut gehört zu einem Gesamtkonzept des Kulturgutschutzes, die digitale Zugangsform eröffnet der wissenschaftlichen Erforschung neue Möglichkeiten. Kulturgut wird auf schonende Weise einsehbar. Ereignet sich ein Totalverlust, gibt es zumindest noch eine digitale Sicherung, die eine wissenschaftliche Auseinandersetzung oder Wiederherstellung ermöglicht.

Da die Archive vor denselben Herausforderungen stehen, liegt der Aufbau von Synergieeffekten nahe. Eine gemeinsame digitale Präsentation des Berliner Kulturerbes erscheint sinnvoll. Kooperationen können die Bereitstellung sowie auch die Nutzung digitaler Angebote vereinfachen.

Unsere Position:

In dem von der AfD-Fraktion vorgelegten Entwurf für einen effektiven Kulturgutschutz wird die Digitalisierung als Pflichtaufgabe festgesetzt. Die Berliner Archive und Sammlungen müssen organisatorisch und finanziell in die Lage versetzt werden, die Digitalisierung voranzutreiben. Dazu hat die AfD-Fraktion auch über die Haushaltsberatung mehr Mittel für die Digitalisierung von Kulturgut beantragt.

Die AfD setzt sich dafür ein, finanzielle und organisatorische Voraussetzungen für eine gemeinsame digitale Präsentation zu schaffen. Die Expertise der Privatwirtschaft zu nutzen, führt dabei schneller zum Ziel, als neue Strukturen aufzubauen. Als zentrale Instanzen zur Koordination könnten das KBE und das Landesarchiv fungieren. Auch mit den Hochschulen sind Kooperationen anzustreben. Zur Digitalisierung gehört auch, digitalisiertes Archivgut unter Beachtung von Urheberrecht und Datenschutz über das Internet bereitzustellen. Die Möglichkeit, Bilder von Archivgut publizieren zu können, ist essenziell für die Forschung.



7.5 ARCHIVE



In Berlin existieren weit über 150 Archive. Darunter befindet sich eine Vielfalt von privaten Archiven von Vereinen, Stiftungen, Initiativen oder Privatpersonen. Auch diese Archive stellen unverzichtbare Informationsquellen für die Erforschung historischer Prozesse und individueller Schicksale dar. Insbesondere nichtstaatliche Archive brauchen eine fachliche Beratung, um ihre Bestände professionell bewahren, erschließen und zugänglich machen zu können. Der Landesverband Berlin im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. fordert daher die Einrichtung einer **Archivberatungsstelle**¹⁰⁶. Zu den zentralen Aufgaben einer Archivberatungsstelle zählen Beratung und Unterstützung der Mitarbeiter und ehrenamtlichen Betreuer staatlicher und nichtstaatlicher Archive in Fragen der Unterbringung, Verwaltung und Nutzung von Archivgut. Das Landesarchiv hat zwar nach § 3 Abs. 2 Archivgesetz des Landes Berlin (ArchGB) die Möglichkeit private Archive zu unterstützen. Es ist dazu jedoch nicht verpflichtet und hat auch keine derart spezialisierte Stelle eingerichtet.

Da Archive vor denselben Herausforderungen stehen, liegt die Suche nach Synergieeffekten auf der Hand. Kooperationen können die Bereitstellung sowie auch die Nutzung digitaler Angebote vereinfachen. Archive und Kulturgut bewahrende Einrichtungen müssen durch ausreichende Finanzierung personell in der Lage sein, ein Expertennetzwerk zu unterhalten, um die eigene Expertise und konservatorische Techniken durch Wissens- und Erfahrungsaustausch weiterzuentwickeln.

Unsere Position:

Die AfD setzt sich dafür ein, eine eigenständige Archivberatungsstelle beim Landesarchiv Berlin zu schaffen und gesetzlich abzusichern. Doppelstrukturen sind zu vermeiden. Eine Kooperation mit bereits bestehenden Einrichtungen wie dem „Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken“ (KBE) und der Brandenburgischen Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken ist anzustreben.

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, finanzielle und organisatorische Voraussetzungen für eine gemeinsame digitale Präsentation und weitere Kooperationen zu schaffen. Als zentrale Instanzen zur Koordination könnten das KBE und das Landesarchiv fungieren. Auch mit den Hochschulen sind Kooperationen anzustreben.

Ebenso bedürfen die kirchlichen Archive der Aufmerksamkeit, sie hüten einen großen Schatz. Der Erhalt kirchlichen Archivguts liegt im öffentlichen Interesse.



7.6 STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ



Altes Museum

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) ist ein historischer Glücksfall und eine kulturpolitische Erfolgsgeschichte. Über Jahrzehnte hat die Stiftung durch die Bewahrung und Pflege von Kulturschätzen internationales Renommee erlangt. In den Bereichen Strukturierung und Finanzierung besteht derzeit Reformbedarf, der die Stiftung in ihrem Marken- und Wesenskern aber nicht entstellen darf. Das Gutachten des Wissenschaftsrates (WR) empfiehlt in einem Kurzschluss die Auflösung der SPK. Es wird vorgeschlagen, vier eigenständige Organisationen unter jeweils unabhängiger Leitung zu schaffen. Diese Aufteilung bedeutet faktisch eine Zerschlagung der traditionsreichen Stiftung. Die mangelnde Finanzierung der Gesamtstiftung würde durch eine Zerschlagung aber nicht behoben. Es ist im Gegenteil von einer Erhöhung der Kosten durch den sich über Jahre hinziehenden Prozess der Aufteilung und den Mehrbedarf, den die dann vereinzelt Einrichtungen anmelden müssten, auszugehen.

Auch die Frage nach den rechtlichen Rahmenbedingungen wurde vom Wissenschaftsrat nicht berücksichtigt. Eine völlige Neustrukturierung der Stiftung lässt sich verfassungsrechtlich nicht begründen. Das Land Berlin würde von der vorgeschlagenen Reform nicht profitieren. Die mitfinanzierenden Länder sollen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dieser Akt verhält sich wider die föderale Struktur der Bundesrepublik.

Unsere Position:

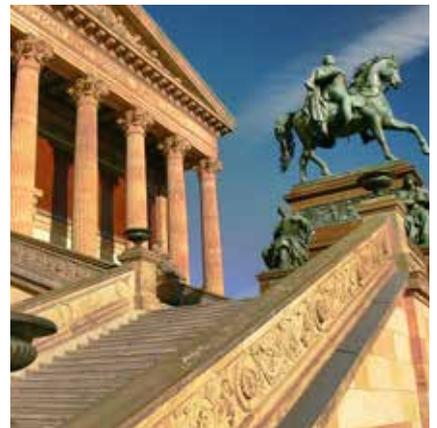
Die AfD-Fraktion setzt sich mit einem Plenarantrag aktiv für den Erhalt der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) in ihrer Gesamtheit ein und widerspricht damit dezidiert der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Auflösung der SPK. Die SPK ist eine Weltmarke, die nicht verlorengehen darf.

Die AfD-Fraktion regt eine Modernisierung und Weiterentwicklung der Stiftung an. Stiftungsstruktur und Entscheidungsprozesse müssen effizienter und transparenter gemacht werden. Es bedarf größerer Gestaltungsspielräume für die Direktoren der einzelnen Institutionen. Die Bereiche Digitalisierung, Nutzerorientierung und Besucherservice, Vermittlungs- und Bildungsarbeit sowie Forschungsauftrag und Sammlungstätigkeit müssen ausgebaut werden.

Die AfD-Fraktion möchte den Stiftungsnamen Preußen beibehalten. Der Versuch der Eliminierung des Stiftungsnamens reiht sich ein in eine undifferenzierte und unheilvolle Kulturpolitik, die auf Zerstörung von heimatlicher Tradition und kulturellem Erbe hinausläuft.



*Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und den Föderalismus erhalten, die Zerschlagung der Stiftung verhindern! Antrag der AfD-Fraktion vom 25.07.2020
(Drs. 18/2849)*



Alte Nationalgalerie



131

8 Kultur im Stadtraum

8.1 DENKMALSCHUTZ

Im Bereich Denkmalschutz gab es in den letzten Jahren mehrfach ein eklatantes Versagen. Ein eindringliches Beispiel für das Ämterversagen beim Denkmalschutz ist der Abriss des historischen Fachwerkhauses am Elvirasteig 26 (erbaut 1905) in der Villenkolonie am Schlachtensee:

- **15. Februar 2017, Mitarbeiterin des Bezirks ans Land:** *„Liebe Frau ..., wenn hier überlegt wird, etwas unter Schutz zu stellen, ist Eile geboten. Die Rückfrage bei der Stadtplanung ergab, dass der neue Erwerber das vorhandene Gebäude kurzfristig abbrechen will.“*
- **9. Oktober 2017, Land an den Bezirk:** *„Liebe Frau ..., ich schaffe es einfach nicht. Ich habe das Haus noch nicht angesehen. Natürlich finde ich es hochgradig denkmalverdächtig.“*

Im April 2019 gab es bezüglich dieses Hauses am Elvirasteig eine erneute Kontaktaufnahme, dann brach die Kommunikation ab, obwohl noch acht Monate Zeit für eine Prüfung gewesen wäre. Eine Sprecherin des Landesdenkmalamtes erklärte: „Bei zwei Mitarbeitern für ganz Berlin müssen wir Prioritäten setzen. Folge strukturellen Personalmangels.“¹⁰⁷



Das ehemalige Fachwerkhaus am Elvirasteig 26 (erbaut 1905).



Beton statt Fachwerk, der Neubau am Elvirasteig 26.



Ein weiteres Beispiel für das Versagen im Denkmalschutz ist der Umgang mit der Friedrichswerderschen Kirche, ein Bau Karl Friedrich Schinkels im Berliner Stadtzentrum. Der Bebauungsplan um die Friedrichswerdersche Kirche wurde gegen alle Warnungen der Fachexperten durchgesetzt. Der Berliner Senat erlaubte, dass die Investoren Tiefgaragen direkt bis an die Fundamente der Kirche bauen durften. Die Bautätigkeiten führten zu tiefen Rissen in der Kirche. Auch der Wirkungsbereich des schlanken Kirchenbaus, der einst stolz und frei stand und die niedrig Nachbarbebauung überragte, wurde durch die mehrgeschossigen Mietwohnungen beschädigt. Die riesigen Fenster der Friedrichswerderschen Kirche, die für das sie durchflutende Licht berühmt war, werden nun von hochragenden Neubauten verschattet, der helle Farbklang im Inneren damit verdämmert.¹⁰⁸



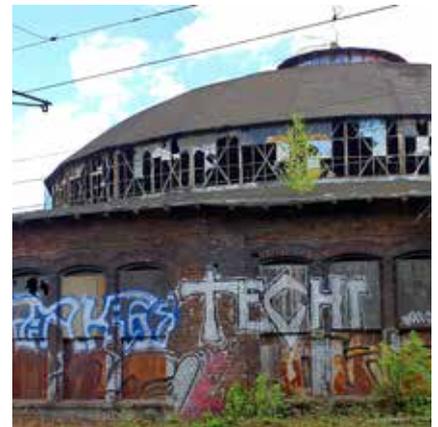
Auch die Instandsetzung von Riviera und Gesellschaftshaus in Berlin-Grünau bot Anlass zur Kritik durch Initiativen des Denkmalschutzes. Die AG Ortsgestaltung – Berlin Grünau kritisierte die Abrissarbeiten scharf. Die erhaltene Bausubstanz sei nicht in ausreichendem Maße gesichert worden.¹⁰⁹

Das Kessel- und Turbinenhaus der ehemaligen Schering-Werke an der Max-Dohrn-Straße wurde 2012 in die Denkmalliste eingetragen. 2020 wurde es abgerissen, obwohl es dafür keine denkmalrechtliche Genehmigung gab. Die Eigentümergesellschaft setzte sich auch über ein sofortiges Abrissverbot hinweg.

Im Jahr 2020 wurde ein Reststück der Berliner Mauer abgerissen. Erst nach begonnenem Abriss wurden von 60 Metern Länge 10 Meter der Hinterlandmauer in der Dolomitenstraße Ecke Maximilianstraße gerettet und unter Denkmalschutz gestellt. Dies sei ein Versäumnis der Denkmalschützer, kritisiert der Historiker Bert Hoppe, der die Untere Denkmalbehörde des Bezirks und das Landesdenkmalamt (LDA) alarmiert hatte. Das Stück gehörte zur sogenannten Vorfeldsicherung des Grenzstreifens und zeigte, wie tief das Grenzregime der DDR in das Alltagsleben der Menschen in Ost-Berlin eingriff.¹¹⁰



Proaktive Denkmalsprüfungen erfolgen durch das Landesdenkmalamt (LDA) nicht. Das Landesdenkmalamt prüft den Denkmalbestand eines Bezirkes in der Regel, wenn der entsprechende Band der Denkmaltopographie vorbereitet wird. Punktuelle Prüfungen außerhalb dieser Agenda können aus Kapazitätsgründen nur erfolgen, wenn eine Anregung des Verfügungsberechtigten, der Bezirksverordnetenversammlung oder des Bezirksamts vorliegt. Die Personaldecke ist im Denkmalschutz leider nicht ausreichend, um immer hinreichend schnell reagieren zu können.



Rundlokschuppen am S-Bahnhof Pankow-Heinersdorf

Insofern die Interessen der Stadtgesellschaft in Fragen des Denkmalschutzes durch die Behörden nicht hinreichend gewahrt sind, fordert das *KulturerbeNetz.Berlin* die Einrichtung einer Ombudsstelle für den Denkmalschutz und ein Klagerecht für Denkmalverbände und Denkmalinitiativen. Auch die *Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V.* (DGUF) fordert die explizite Aufnahme des Verbandsklagerechts in die Denkmalschutzgesetze. Problematisch dabei ist, dass die Genehmigungsbehörde im Falle einer erfolgreichen Anfechtung unter Umständen für die rechtswidrig erteilte Genehmigung in Regress genommen werden könnte.



Berliner Dom

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:



Mittlerweile in keinem guten Zustand mehr: Das Schloss Pfaueninsel muss generalsaniert werden.



Zerstörung und Verfall auf einem Berliner Friedhof. Friedhöfe sind Kulturorte. Für die Pflege der Berliner Grabmalkunst müssen mehr Gelder bereitgestellt werden. Die 20-Jahresfrist für Ehrengräber gehört abgeschafft.

Die AfD-Fraktion fordert, die Personalausstattung für den Denkmalschutz zu erhöhen. Die Sicherung wertvoller Denkmalsubstanz darf nicht an fehlenden Personalkapazitäten scheitern, wie es in der jüngeren Vergangenheit wiederholt passiert ist.

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, die Auskunftsrechte und Mitsprachemöglichkeiten der Fachverbände des Denkmalschutzes zu verbessern. Um diesbezüglich die notwendige Verbindlichkeit zu schaffen, ist eine Änderung des Denkmalschutzgesetz Berlin (DSchG Bln) angebracht. Auch eine Ombudsstelle für den Denkmalschutz könnte eine sinnvolle Maßnahme sein. Ein Verbandsklagerecht für Denkmalschutzverbände ist diskussionswürdig, muss aber rechtlich geprüft werden.¹¹¹ Im ersten Schritt müssen die Verbände überhaupt Kenntnis von behördlichen Abrissentscheidungen erlangen, hier besteht Verbesserungsbedarf. Auch ein Konzept zur Einbindung der denkmalschutzinteressierten Öffentlichkeit ist wichtig.

„Einen ganz wirksamen Schutz wird nur das Volk selbst ausüben, und nur wenn es selbst es tut, wird aus den Denkmälern lebendige Kraft in die Gegenwart überströmen.“

GEORG DEHIO, Vater der modernen Denkmalpflege in Deutschland

- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Strukturanalyse der Denkmal-schutzverfahren und KulturerbeNetz.Berlin, Schriftliche Anfrage vom 19.11.2020, [Drs. 18/25592](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Maßnahmen im Denkmal-schutz, Schriftliche Anfrage vom 01.09.2020, [Drs. 18/24776](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Denkmalschutz - Prüfung der Denkmaleigenschaft, Schriftliche Anfrage vom 01.09.2020, [Drs. 18/24777](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Denkmalschutz – Objekte der Denkmalliste, Schriftliche Anfrage vom 01.09.2020, [Drs. 18/24778](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Personalkapazitäten im Denkmalschutz, Schriftliche Anfrage vom 01.09.2020, [Drs. 18/24779](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Denkmalschutz: Mitwirkungsrechte und Beteiligungsverfahren, Schriftliche Anfrage vom 20.08.2020, [Drs. 18/24577](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Farbattache auf das Bismarck-Denkmal am Großen Stern, Schriftliche Anfrage vom 22.07.2020, [Drs. 18/24258](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Denkmalschutz und Abriss historischer Gebäude: Elvirasteig 26, Wilhelmsaue 17, Lokschuppen Pankow, Riviera und Gesellschaftshaus in Berlin-Grünau, Kessel- und Turbinenhaus auf dem Schering-Gelände, Schriftliche Anfrage vom 14.05.2020, [Drs. 18/23458](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Personal und Finanzmittel für den Denkmalschutz, Schriftliche Anfrage vom 14.05.2020, [Drs. 18/23460](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Empfehlungen des Landesdenkmalrates zur Ausstattung der Denkmalbehörden, Schriftliche Anfrage vom 14.05.2020, [Drs. 18/23461](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Denkmalschutzgesetz Berlin, § 19: Ordnungswidrigkeiten und Geldbußen, Schriftliche Anfrage vom 14.05.2020, [Drs. 18/23462](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Rechte und Pflichten im Denkmalschutz, Schriftliche Anfrage vom 14.05.2020, [Drs. 18/23459](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Ombudsstellen und Verbandsklagerecht im Denkmalschutz? Schriftliche Anfrage vom 12.05.2020, [Drs. 18/23456](#)
- **Dr. Dieter Neuendorf (AfD):** Denkmalliste Berlin, Schriftliche Anfrage vom 12.05.2020, [Drs. 18/23457](#)



[Drs. 18/25592](#)



[Drs. 18/24777](#)



[Drs. 18/24779](#)



[Drs. 18/24258](#)



[Drs. 18/23460](#)



[Drs. 18/23462](#)



[Drs. 18/23456](#)



[Drs. 18/24776](#)



[Drs. 18/24778](#)



[Drs. 18/24577](#)



[Drs. 18/23458](#)



[Drs. 18/23461](#)



[Drs. 18/23459](#)



[Drs. 18/23457](#)

8.2 STÄDTEBAU ALS KULTURELLE AUFGABE

„Gestaltung hat sich allein aus Nutzung und Konstruktion zu ergeben. Das ist noch immer die im Hintergrund vorherrschende Architekturideologie. Mit deren allgemeiner Verbreitung in den letzten 50 Jahren wurde all das berufsspezifische Gestaltungs-Wissen von Jahrhunderten über Bord geworfen.“

PROF. DR. RUDOLF WIENANDS



Der Belle-Alliance-Platz, heute Mehringplatz



Der Mehringplatz, ein sozialer Brennpunkt

Baukultur – Architektur, Baukunst und Städtebaukunst – zeichnet sich dadurch aus, dass sie den Zeitpunkt ihres Entstehens lange überdauert: im Regelfall über Generationen, bei höheren baukulturellen Leistungen auch über Jahrhunderte und sogar Jahrtausende. Baukultur und Städtebaukultur sind also gleichsam in Stein geronnene Kultur der Zeit. Bausünden und städtebauliche Fehlleistungen prägen das Stadtbild und damit auch die Menschen auf Jahrzehnte. Häuser sind nicht nur Funktionsbauten. Zuerst formen Menschen Gebäude, diese Gebäude wiederum formen die Seelen der Menschen.

Die Ideologisierung des Städtebauwesens hat in der Kollektivseele unserer Stadt großen Schaden angerichtet. Am 18. März 1963 verkündete Willy Brandt ein Stadterneuerungsprogramm, das als Kahlschlagsanierung in die Stadtgeschichte einging. Vor allem im Wedding, in Kreuzberg und in Neukölln hat die Kahlschlagsanierung ganze Straßenzüge ausradiert. Unter Bausenator Rolf Schwedler (1955–1972) wurden in West-Berlin mehr Gebäude abgerissen, als während des Zweiten Weltkriegs durch Bombardements zerstört worden waren.

„Die Pariser Straßen haben sich sanft durch Zeiten und Epochen tragen lassen. Sind praktisch heil in unserer Zeit angekommen. Ganz anders meine Straße in Berlin. Sie besteht aus Brüchen. Brutalen Rissen. In ihr überlagern sich Epochen, von denen die eine die Erinnerung an die vorige fast vollständig auslöscht.“

PASCALE HUGUES: *Ruhige Straße in schöner Wohnlage, Reinbek 2013*

Schriftsteller und Intellektuelle wie Alexander Mitscherlich und Wolf Jobst Siedler protestierten gegen die inhumane und gemeinschaftszerstörende Wirkung dieser Stadtentwicklungskonzepte. Vehementer Widerspruch kam auch von Professor Peter Koller und seinen Mitarbeitern der TU Berlin. Erst in den 1980er-Jahren wurde der stadtentwicklungspolitische Irrsinn durch zunehmenden Widerstand gestoppt. Für das Brunnenviertel und die Rollbergsiedlung beispielsweise kam diese Wende jedoch zu spät, beide gelten heute als soziale Brennpunkte.

„Häuser, die wir nicht lieben, lieben auch uns nicht. Wenn wir sie beim Planen und Bauen nicht lieben, bringen wir sie nicht zum Leben, können wir sie nicht beseelen. Diese lieblosen Bauten, was für unabsehbare Folgen werden sie für uns haben?“

ROLF KELLER, *Bauen als Umweltzerstörung*, Zürich 1973

Während viel historische Bausubstanz vernichtet wurde und weiter abgerissen wird, wurden 2017 in Schöneberg völlig unästhetische Wohnblocks der 1970er-Jahre unter Denkmalschutz gestellt: Das „Pallaseum“ in der Pallasstraße, die „Schöneberger Terrassen“ in der Dominicusstraße und die „Pyramide“ in der Kleiststraße stehen seit März 2017 auf der Denkmalliste. Der Bezirk wurde bei dieser zweifelhaften Entscheidung übergangen.



Das „Pallaseum“ in der Pallasstraße



Die „Schöneberger Terrassen“ in der Dominicusstraße



Die „Pyramide“ in der Kleiststraße

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion fordert, das Bild der Stadt, wie es sich aus der Vielzahl neuer und alter Häuser, Straßen, Grünflächen und anderem zusammensetzt, als eine „kulturelle Aufgabe“ zu begreifen; seine eigenen Bauten sollte der Staat als Exempel unter das Gesetz höchstmöglicher Qualität stellen.¹¹²

8.3 ENTSTUCKUNG UND KASTENDOPPELFENSTER



Restaurierte Häuser in Berlin-Prenzlauer Berg

Das Bauen folgte funktionalen Kriterien, die Zerstörung von Altbestand hatte aber auch ideologischen Charakter: Die massenhafte „Entstuckung“, die Abschlagung des Dekors, die Beseitigung von Turmaufbauten oder die Begradigung des Umrisses sollten die Epoche der Kaiserzeit in Vergessenheit bringen. Zu den Bestandteilen der Altbauten gehören auch die Kastendoppelfenster, die ebenfalls zunehmend verschwinden. Dabei ist ihr Erhalt durch Rundumernuerung auch aus ökonomischen sowie ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll.¹¹³ Der am häufigsten genannte Grund für den Austausch historischer Fenster ist die erhoffte Verbesserung des Wärmeschutzes, die Einsparmöglichkeiten werden jedoch häufig stark überschätzt. Die Argumentation wird auch von wirtschaftlichen Interessen mitbestimmt. Der Einbau moderner Fenster ist einfacher und für die Firmen meist lukrativer als Reparatur und Umbau. Fenster besitzen eine umfassende Wirkung für die architektonische Erscheinung. Der Fensterverschluss ist ein wichtiger Informationsträger in kunst- und bauhistorischer Hinsicht. Kunststofffenster verstoßen gegen die Materialgerechtigkeit im Denkmalschutz.

Unsere Position:

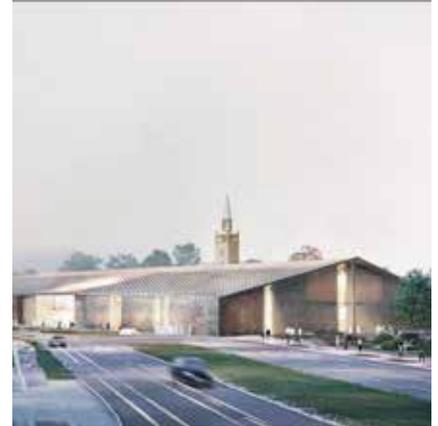
Die AfD-Fraktion wendet sich gegen „Entstuckung“ und unterstützt die Initiative „Gegen die Zerstörung historischer Fassaden durch Wärmedämmung“.¹¹⁴ Bei der Beratung zum Haushaltsplan 2020/21 hat die AfD-Fraktion gegen die Kürzung der Mittel zum Erhalt von Kastendoppelfenstern gestimmt.

8.4 DAS GEWOLLTE DESASTER AM KULTURFORUM

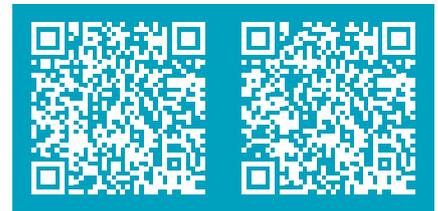
Ein architektonisches und städtebauliches Desaster in Berlin ist auch das „*Museum der Moderne*“ am Kulturforum, das Gegenstand im Kulturausschuss war. Die Anzuhörenden, Prof. Stephan Braunfels und Dr. Hans Stimmann, haben deutlich gemacht, dass der geplante Bau des „*Museums der Moderne*“ gestoppt und der versäumte städtebauliche Wettbewerb nachgeholt werden muss. Doch den Abgeordneten der Altparteien fehlte quer durch die Bank der Mut, sich gegen den Bebauungsplan auszusprechen. Der Skandal dabei ist, dass sie zuvor zugegeben hatten, dass der Plan das Kulturforum ästhetisch zerstört. Der Bau wird die notwendige städtebauliche Gesamtentwicklung des Areals einschränken und teilweise verunmöglichen. Der Senat und alle Fraktionen außer der AfD-Fraktion haben sich durch das Zahlungsversprechen des Bundes über den Tisch ziehen lassen.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion nahm als einzige Fraktion die Kritik aus der Expertenanhörung im Kulturausschuss auf, forderte mit einem Plenarantrag, einen städtebaulichen Wettbewerb für das Kulturforum durchzuführen ([Drs. 18/0913](#)), und erneuerte diese Forderung nach der absehbaren Kostenexplosion für das Museum der Moderne ([Drs. 18/2204](#)).



Das geplante „Museum der Moderne“: Obgleich der Innenraum als gelungen gilt, wirkt das geplante „Museum der Moderne“ nach außen hin als störend und erinnert architektonisch an einen überdimensionierten Lebensmitteldiscounter.



[Drs. 18/0913](#)

[Drs. 18/2204](#)

8.5 WUNDEN DER STADT – WIEDERAUFBAU HISTORISCHER OBJEKTE



Die Bauakademie soll wieder aufgebaut werden



*Sozialistische Kulturpolitik:
Sprengung des Berliner Schlosses
durch die SED-Diktatur*



*Konservative Kulturpolitik:
Wiedererrichtung des Berliner
Schlosses*

Das Stadtbild in Berlin hat nicht nur unter dem Krieg gelitten, sondern auch durch Abriss in der Nachkriegszeit. In Ost-Berlin wurden nicht nur das Schloss und die Bauakademie, sondern auch siebzehn Kirchen gesprengt und viele weitere historisch wertvolle Gebäude abgerissen. Das Stadtzentrum sollte den neuen sozialistischen Zeitgeist repräsentieren.

Wer heute das wiedererrichtete Berliner Schloss besichtigt, dem fällt sogleich die karge Ödnis ins Auge, von der das Bauwerk umgeben ist. Eine landschaftspflegerisch kaum entwickelte Betonwüste schmälert den Gesamteindruck für Besucher und Flaneure. Die unmittelbare Nähe des Berliner Doms und die Rekonstruktion der Bauakademie Schinkels neben dem Schloss legen eine historische Gestaltung der Vorplätze nahe. In diversen Umfragen sprachen sich die Berliner für eine Verlegung des Neptunbrunnens auf den Schlossplatz aus. Auch die Umsetzung der beiden Rossebändiger vom Kleistpark auf die Lustgartenseite des Stadtschlusses und die Errichtung der historischen Lustgartenterrasse mit Abgüssen der Oranierfürsten wäre nur konsequent, wenn man die Umgebung des Stadtschlusses ästhetisch anspruchsvoll ausgestalten und dem historischen Zustand nahekommen möchte. Die Verlegung des Neptunbrunnens auf den Schlossplatz wäre auch deswegen sinnvoll, weil sich die Flächen vor dem Roten Rathaus ebenfalls in Entwicklung befinden.

Mit dem Wiederaufbau des Berliner Schlosses und der Bauakademie wurden und werden Versuche unternommen, Wunden im Stadtbild zu heilen. Darüber hinaus gibt es verschiedene Bürger- initiativen, die sich beispielsweise für die Wiedererrichtung der Berolina-Statue, die historische Rekonstruktion der Wandteppiche im Raffaelsaal im Bode-Museum oder den Wiederaufbau des Turms der Schlosskirche in Berlin-Buch u. Ä. engagieren.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, städtebauliche Wunden zu schließen, wo es möglich und sinnvoll ist. Der Wiederaufbau historischer Objekte wird von der AfD-Fraktion ausdrücklich unterstützt. Zur Frage des historischen Wiederaufbaus sollte eine Landeskommision gebildet werden.

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die AfD-Fraktion fordert mit einem Plenarantrag die Verlegung des Neptunbrunnens vom Vorplatz des Roten Rathauses auf den Schlossplatz in Richtung Breite Straße, die Verlegung der beiden Rossebändiger vom Kleistpark auf die Lustgartenseite des Stadtschlusses und die Errichtung der historischen Lustgartenterrasse mit Abgüssen der Oranierfürsten.



Die Berolina stand einst am Alexanderplatz.



Schlossumgebung nach historischem Vorbild rekonstruieren, Antrag der AfD-Fraktion vom 14.06.2021, [Drs. 18/3867](#)

8.6 KUNST IM ÖFFENTLICHEN RAUM



Hugo Lederer: *Der Ringer*

” Kunst bereichert den urbanen Raum. Die oft überraschenden Begegnungen mit der Kunst hier finden in nicht extra für die Kunst reservierten Räumen statt, wie im White Cube eines Museums, in dem Kunstwerke ganz für sich wirken.“ **DAGMAR SCHMIDT**¹¹⁵

Zahlenangaben zum Diebstahl und zur Zerstörung von Kunst im öffentlichen Raum liefern uns kein eindeutiges, aber in jedem Fall ein beunruhigendes Bild. Eine Schriftliche Anfrage zum Diebstahl und zur Zerstörung von Kunst im öffentlichen Raum ergab: Zwischen den Jahren 2009 und 2019 verschwanden von öffentlich zugänglichen Orten wie Plätzen oder Parks insgesamt 32 Kunstwerke, 8 weitere Kunstwerke wurden im selben Zeitraum zerstört oder derart stark beschädigt, dass sie nicht mehr in der Öffentlichkeit ausgestellt werden konnten. Lediglich drei Kunstwerke konnten auf Grund privater Initiativen wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.¹¹⁶ René Allonge, Leiter des Bereichs Kunstdelikte beim Landeskriminalamt, sprach im Januar 2019 gegenüber dem Tagespiegel indessen von fünf bis zehn Fällen jährlich, in denen Kunstwerke aus dem öffentlichen Raum entwendet werden. Meistens gehe es den Dieben nicht um den Wert der Kunst, sondern um den des Materials. Aus diesem Grund landen die Objekte nicht auf dem Kunstmarkt, sondern bei Schrotthändlern.

Neben mutwilliger Beschädigung und Diebstahl bilden umweltbedingte Schäden ein großes Risiko für Kulturgüter. Ebenso ist Vandalismus eine ständige Bedrohung für Kulturgüter im öffentlichen Raum, wie Angriffe auf das Bismarck-Denkmal¹¹⁷, das Nationaldenkmal auf dem Kreuzberg¹¹⁸ und andere historische Objekte zeigen.

Beschädigte oder mit Graffiti verunstaltete Kunst im öffentlichen Raum verkörpert eine Verwahrlosung. Und der Zustand des Stadtraums prägt die Psyche der Menschen: Eine wissenschaftliche Studie der Universität Groningen zeigte, dass Graffiti-Schmierereien das Verhalten der Menschen negativ beeinflussen. Allein die Anwesenheit von Graffiti verdoppelt die Zahl der Menschen, die stehlen oder Abfälle auf die Straße werfen.



Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

In den Haushaltsberatungen für die Jahre 2020/21 forderte die AfD-Fraktion unter dem Titel 51820 mehr Mittel für Sichtkontrollen, Pflege und Reinigung zum Schutz von Kunst im öffentlichen Raum. Es darf nicht sein, dass Denkmäler wie das Nationaldenkmal für die Befreiungskriege auf dem Kreuzberg nicht vor Beschädigung geschützt und bei Verunreinigung nicht umgehend gesäubert werden. Bewusste Verwahrlosung ist auch ein erinnerungspolitisches Konzept, aber ein schlechtes.

Über reaktive Ad-hoc-Maßnahmen und mittelfristige Maßnahmen hinaus, die auf eine Abschwächung künftiger Schadensverläufe zielen, bedarf es langfristiger und übergreifender Maßnahmen mit dem Ziel, die Schadensursachen im Vorfeld zu bekämpfen.¹¹⁹



9 Galerien und Kunsthandel

Nach der Wiedervereinigung avancierte Berlin zur wichtigsten Kunststadt Deutschlands mit weltweiter Ausstrahlung. Aufgrund seiner einzigartigen Konstellation offerierte die Stadt Künstlern und Galeristen Möglichkeiten, die keine andere Kunstmetropole bieten konnte: bezahlbare Mieten und Leerflächen. Infolgedessen strömten Kreative aus aller Welt nach Berlin.

Private Kunstsammler und kommerzielle Galerien sind wichtig für die bildenden Künstler nicht nur unserer Stadt. Ihre Bedeutung wurde von der Kulturpolitik der letzten Legislaturperioden weitgehend ignoriert. Obwohl sich Berlin zu einem Anziehungspunkt der zeitgenössischen Kunstszene entwickelte, wurde die Chance, auf dem internationalen Kunstmarkt eine Rolle zu spielen, bislang vertan.

Dass die hochkarätige Galerienszene maßgeblich den Ruf Berlins als Kunststadt begründet, erfährt durch die Kulturpolitik nicht die entsprechende Wertschätzung. Auch die Tatsache, dass eine Ansiedlung von Galerien weniger attraktive Gegenden der Stadt kulturell und sozial aufwertet, wird nicht entsprechend gewürdigt.

Der Berliner Senat schmückt sich gern mit der Kunstszene als Aushängeschild für Stadtmarketing. Konkrete Wertschätzung in Form kulturpolitischer Anerkennung für Kunstsammler und Galeristen bleibt aber aus. In vielen europäischen Metropolen werden Galerien als Wirtschaftsfaktor gewürdigt, in Berlin dagegen schlagen privaten Galerien und Kunsthändlern antikapitalistische Ressentiments entgegen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass sich Galerien mit finanziellem und persönlichem Risiko für Künstler engagieren.



9.1 STEUERLICHE KULTURFÖRDERUNG: ERMÄSSIGTE STEUER



Die Mehrwertsteuersystemrichtlinie der EU erlaubt eine ermäßigte Mehrwertsteuer für Kunstgegenstände nur bei Verkauf durch den Urheber bzw. Erben. Diese EU-rechtliche Einschränkung des Anwendungsbereichs des ermäßigten Steuersatzes für Kunstgegenstände ab 2014 hat zu spürbaren Einbußen im Kunsthandel geführt. Die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für den Kunstmarkt, die insbesondere außerhalb der EU gelten, führen zu einer Schlechterstellung von europäischen Kunsthändlern. Zunehmend entscheiden sich Käufer und Verkäufer mittlerweile dazu, Kunstkäufe im Ausland abzuwickeln, da die Steuern dort deutlich niedriger sind.

Steuerrechtler kritisierten die sofortige Umsetzung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie der EU durch die Bundesregierung als voreilig. Man hätte ein Vertragsverletzungsverfahren gelassen auf sich zukommen lassen und diskutieren müssen. In Frankreich wird der Problematik mit dem Modell der Margenbesteuerung begegnet.

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:



*Ermäßigter Steuersatz für
Kunsthandel und Galerien
Schriftliche Anfrage von Dr. Dieter
Neuendorf (AfD) vom 08.06.2020,
[Drs. 18/23699](#)*

Die AfD-Fraktion fordert von der Bundesregierung, auf europäischer Ebene auf eine entsprechende Rechtsänderung hinzuwirken. Auch der Senat muss sich konsequenter dafür einsetzen, eine Verbesserung der Stellung europäischer Galerien und Kunsthändler im internationalen Wettbewerb zu bewirken. Eine juristische Möglichkeit besteht darin, die Kunst in den Anhang III der EU-Mehrwertsteuer-Richtlinie aufzunehmen.

9.2 KUNSTMARKTPLATZ BERLIN: KUNSTMESSEN

Nach drei Ausgaben war für die Kunstmesse *art berlin* bereits Schluss, die Durchführung wurde bis auf Weiteres eingestellt. Grund dafür war die fehlende Planungssicherheit und Unterstützung durch den Senat. Auch der Antagonismus mit der anderen Berliner Kunstmesse, der **POSITIONS Berlin Art Fair**, war nicht förderlich.

Damit scheiterte der dritte Versuch, eine internationale Kunstmesse in Berlin zu etablieren. Die *art berlin* war die Nachfolgerin der *abc – art berlin contemporary*, die 2008 von den Initiatoren des **GALLERY WEEKEND BERLIN** gegründet worden war. Die *abc* wiederum gilt als mitursächlich für das Scheitern der Messe *art forum berlin*.



” Wir stellen die Messe nicht ein, weil sie kein Erfolg war. Das Problem waren die Hallen. Wir hatten keine Planungssicherheit für die Location. [...] Wir haben keine Unterstützung von der Stadt bekommen.“ **DANIEL HUG**

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die AfD-Fraktion fordert, dass jetzt mehr und nicht weniger von Seiten des Senats in den Kunstmarkt Berlin investiert wird. Das unverzichtbare synergetische Format der Berlin Art Week muss bestehen bleiben und gestärkt werden.

Für private Galerien muss eine sinnvolle Messförderung geschaffen werden, wie sie in anderen Ländern besteht. Wenn man einen Blick nach London und Paris wirft, sieht man deutlich, dass Messen, kombiniert mit Museumsausstellungen, zu einer wachsenden Besucherzahl führen. Hiervon profitieren gleichermaßen auch Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel in Berlin.

9.3 PRIVATE KUNSTSAMMLUNGEN



Kunstsammlerin Julia Stoschek, 2008

In Berlin gibt bzw. gab es verschiedene private Kunstsammlungen, die auch für die Öffentlichkeit zugänglich sind bzw. waren: die Sammlung Hoffmann, die Sammlung Haubrok, die Friedrich Christian Flick Collection, die Julia Stoschek Collection, die Olbricht Collection und andere. Doch Berlin ist kein freundliches Pflaster für private Kunstsammler, ihnen wird viel Missgunst entgegengebracht.

„Keine Wertschätzung, kein Wille: Private Sammler sind enttäuscht über die Kulturpolitik der Hauptstadt. Und die merkt nicht, wie arm und unsexy sie wirkt.“ **CHRISTIANE MEIXNER**, *Tagesspiegel*, 24.05.2020



Die Julia Stoschek Collection in der Leipziger Straße

Der (drohende) Abgang von bedeutenden Sammlungen wird mit relativer Gleichgültigkeit quittiert. Kunstsammler werden aus Berlin regelrecht vertrieben.¹²⁰ Verschiedene private Sammler sind kurz davor, dieser Stadt den Rücken zu kehren. Die Entscheidung von Christian Friedrich Flick, den Museumsstandort Berlin mit ausgesprochen exklusiven Kunstwerten zu verlassen, ist nur die Spitze des Eisbergs. Den Fortbestand der Sammlung Flick in den Rieckhallen hat der Senat als Thema ausgeblendet.



Private Kunstsammlungen in Berlin. Welches Konzept verfolgt der Senat? Schriftliche Anfrage von Dr. Dieter Neuendorf (AfD) vom 19.05.2020, [Drs. 18/23537](#)



Die Flick-Collection und die Rieck-Hallen Schriftliche Anfrage von Dr. Dieter Neuendorf (AfD) vom 19.05.2020, [Drs. 18/23536](#)

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion stellt fest: Den Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 21.01.2008, „alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Hamburger Bahnhof als Standort des Museums für Gegenwartskunst der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu sichern“ ([Drs. 16/1117](#)), hat der Senat nicht konsequent umgesetzt und damit missachtet. Der Senat hatte die Möglichkeit, planungsrechtlich die künstlerische Nutzung dieses Standortes dauerhaft zu sichern, oder auch die Möglichkeit, die Rieckhallen zu erwerben. Auch anderen privaten Kunstsammlern begegnet der Senat mit zu wenig Wertschätzung.



10 Berliner Bühnen

Höhe des öffentlichen Zuschusses pro Eintrittskarte

REIHENFOLGE GEMÄSS NIEDRIGSTEM ZUSCHUSS PRO BESUCHER IN BERLIN **IN EURO**
GRUNDLAGE: GESAMTZAHL DER KARTEN = BEZAHLTE + KOSTENLOSE, **IM JAHR 2019**

Komödie am Kurfürstendamm	6,40
Schlosspark Theater	9,10
ATZE Musiktheater	15,80
Friedrichstadt-Palast	21,10
Kleines Theater (am Südwestkorso GmbH)	21,50
Vaganten Bühne	27,60
Rimini Protokoll	30,30
Renaissance Theater	33,60
Theater am Palais	33,70
Grips Theater	45,00
Theater Strahl	54,50
Stiftung Berliner Philharmoniker	77,30
Theaterdiscounter	78,20
Staatsballett Berlin	82,50
sasha waltz and guests	84,10
Constanza Macras/DorkyPark	92,10
Neuköllner Oper	95,80
Sophiensæle	101,60
Konzerthaus Berlin/Schauspielhaus am Gendarmenmarkt	102,30
She She Pop	102,40
Theater an der Parkaue	112,70
Gob Squad	119,50
Schaubühne am Lehniner Platz	120,60
Berliner Ensemble	124,00
HAU Hebbel am Ufer	138,20
Deutsches Theater/Kammerspiele	157,20
Volksbühne	158,80
Nico and the Navigators	165,80
Komische Oper Berlin	167,90
Maxim Gorki Theater	170,60
Ballhaus Naunynstraße	177,10
cie. toulalimnaios	179,90
Deutsche Oper Berlin	192,60
Staatsoper Unter den Linden	225,60
Rundfunk-Orchester und -Chöre GmbH	243,70

10.1 THEATER



Berlin ist eine Theatermetropole, deren zahlreiche Staatstheater, freie Bühnen und Festivals eine internationale Strahlkraft besitzen. Das der Kunst eigene Vermögen, über das Bestehende und Weltumzäunende hinauszuweisen, drückt sich im Theater darin aus, Nichtseiendes spielerisch zu vergegenwärtigen. Der Möglichkeitsraum Theater produziert eine Illusion der Wirklichkeit – als Genuss des Schönen, als Präsentation alternativer Wirklichkeiten, als horizontweiternde Überschreitung von Grenzen, als Öffnung utopischer Räume.

Das Theater der Gegenwart zeigt zweierlei Tendenzen: Es changiert zwischen der Zelebrierung von Autonomie durch experimentellen Nonsens und der Ergebenheit gegenüber gesellschaftspolitischen Forderungen und Erwartungen. Einige Theatermacher, denen die Produktion wichtiger als die Aufführung scheint, sind mit Vorliebe für sich selbst tätig und nicht für das so oft verachtete unverbesserliche Publikum, das sich an bürgerlicher „Kunstkacke“ (Matthias Lilienthal) zu erfreuen wagt. Es bräuchte weniger Audience-Development-Programme, die Besucher für die Theater gewinnen sollen, wenn Theatermacher nicht so selbstherrlich agieren und die verscheuchten Theaterfreunde wieder in den Blick nehmen würden.

Die Diskussion um die Entwicklung des deutschen Theaters gehört zum Dauerbestand der Kulturdebatten. In seiner Salzburger Rede von 2009 thematisierte der Bestsellerautor Daniel Kehlmann den Zustand des deutschen Theaters und kritisierte dabei das „Regietheater“:

„Eher ist es möglich, unwidersprochen den reinsten Wahwitz zu behaupten, als leise und schüchtern auszusprechen, dass die historisch akkurate Inszenierung eines Theaterstücks einfach nur eine ästhetische Entscheidung ist, nicht besser und nicht schlechter als die Verfremdung, auf keinen Fall aber ein per se reaktionäres Unterfangen.“ **DANIEL KEHLMANN**

Wenn das Publikum in einer Stadt wie Berlin eine werkgetreue Inszenierung eines Theaterstücks mittlerweile gar nicht mehr kennt, sondern seit Jahrzehnten nur noch mit Verfremdungen konfrontiert wird, fehlt letztlich auch der Bezugspunkt, die Neugestaltung eines klassischen Stoffes überhaupt noch wahrzunehmen. Nur solange das ursprüngliche Bild noch im Kopf vorhanden ist, ergibt das viel beschworene Aufbrechen von Sehgewohnheiten einen Sinn.

Die Provokation in der Kunst hat sich abgenutzt, das zwanghafte Ringen um Originalität wirkt aufgesetzt und ist für die Liebhaber des Schönen ebenso ermüdend, wie die Bühne ständig als politisch-moralische Lehranstalt erfahren zu müssen.



„Während sich das Theater in den letzten Jahren stark politisiert hat, wächst auch die Kritik an zu viel Botschaft, zu viel Moral, zu viel Diversität.“ **FLORIAN MALZACHER**, *Gesellschaftsspiele. Politisches Theater heute, Berlin 2020, Klappentext.*

Für die kunstfreiheitsfeindliche Linke kann das Theater indes gar nicht politisch genug sein: Die linksideologische Kritik, das sogenannte „Repräsentationstheater“ erzähle Stücke nur für weiße heterosexuelle Männer und spreche nicht für alle, wie auch die Forderung nach Sichtbarmachung von „Marginalisierten“ auf der Bühne, ist identitätspolitischer Natur und setzt Kunstschaffende politisch unter Druck. In einer Weltstadt wie Berlin bereichern internationale Künstler schon seit Generationen die Ensembles; wird „Vielfalt“ aber diktiert und mitausschlaggebend für die finanzielle Zuwendung und öffentliche Anerkennung, dann schränkt dies die Kunstfreiheit und Entfaltungsspielräume der Berliner Künstler ein.

„[I]ndem sich das Theater der Tagespolitik anverwandelt, erklärt es seine eigene künstlerische Formenwelt für obsolet. Am Ende steht dann zumeist schlechte Kunst und noch schlechtere Politik. Es bedarf einer Rückbesinnung darauf, was das Theater auszeichnet.“ **JAKOB HAYNER**, *Warum Theater? Berlin 2020, Einband*



Die AfD-Fraktion forderte den Senat dazu auf, das Hausrecht an der Volksbühne durchzusetzen und umgehend die Räumung zu veranlassen, um die Wiederherstellung des Regelbetriebes sicherzustellen. Nach Tagen der rechtswidrigen Hausbesetzung kam der Senat der Forderung nach – eine Stunde bevor über den AfD-Antrag im Plenum abgestimmt wurde ([Drs. 18/0557](#)). AfD wirkt.



Die Selbstherrlichkeit mancher Theatermacher zeigt sich nicht nur gegenüber den Rezipienten, den Zuschauern. Selbstherrlich ist auch die Art und Weise, wie Intendanten die Schauspieler und die Angestellten des Theaters behandeln. In Berlin betrifft dies den Fall Klaus Dörr von der Volksbühne und den Fall Shermin Langhoff vom Gorki-Theater. Der Senat hatte frühzeitig Kenntnis davon erlangt, blieb aber untätig. Obwohl ehemalige und aktuelle Mitarbeiter der jähzornigen Langhoff massiven Machtmissbrauch vorwarfen, verlängerte Kultursenator den Vertrag mit der linksradikalen Intendantin Langhoff um sechs weitere Jahre.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion will die Vielfalt der Bereiche Schauspiel, Musiktheater, Tanz, Kabarett, Varieté, Figurentheater erhalten und fördern. Theater muss zugleich neue Wege beschreiten und Traditionen bewahren. Uraufführungen und Wiederentdeckungen sind ebenso essenziell wie der Kanon moderner und historischer Klassiker und das Ringen um ihre Interpretation. Der Erfolg bei der Vergabe von finanziellen Mitteln darf nicht davon abhängen, ob Projekte und Kultureinrichtungen politische Moden bedienen.

Die AfD-Fraktion sieht den „Normalvertrag Bühne“ kritisch. Die vertraglich festgesetzte Möglichkeit zur Kündigung aus künstlerischen Gründen wurde vielfach missbraucht, um Schauspieler zu schikanieren.

10.2 KINDER- UND JUGENDTHEATER

Berlin befindet sich in der glücklichen Situation, über eine hinsichtlich Ausdrucksformen, Ästhetik und organisatorischen Formaten vielfältige Landschaft des Kinder- und Jugendtheaters zu verfügen – vom kleinen Figurentheater bis hin zu den Staatstheatern.



„*Der kulturpolitische Fokus der Förderung sollte sich kurz- und mittelfristig auf die mittleren und kleineren Betriebe richten, die entsprechend ihrer besonderen Produktions- und Arbeitsbedingungen stärker unterstützt werden müssen. [...] Kinder- und Jugendtheater insgesamt unterfinanziert!*“

PROF. GERD TAUBE, am 5. August 2019 im Kulturausschuss

Von besonderer Bedeutung sind in Berlin aber die kleinen und mittleren Theater, mit eigener Spielstätte oder in mobiler Arbeit. Gerade sie leisten eine sehr wertvolle Vermittlungsarbeit direkt für Schulen oder Kindergärten. Aber während die großen Kinder- und Jugendtheater finanziell auskömmlich ausgestattet werden, ist die Situation der kleinen und mittleren durchweg prekär. Prof. Dr. Gerd Taube, Leiter des Kinder- und Jugendtheaterzentrums in der Bundesrepublik Deutschland, argumentiert: Die mittleren und kleinen Theater in Berlin spielen mehr als doppelt so viele Vorstellungen wie die großen Theater, ihr Anteil an der Förderung ist aber unverhältnismäßig gering. Der kulturpolitische Fokus der Förderung sollte sich stärker auf die mittleren und kleineren Betriebe richten. Der bewundernswürdige Idealismus und das Engagement der Theaterleute müssen endlich angemessen honoriert, die Arbeitsbedingungen akzeptabel gestaltet werden – auch im Interesse der vielen kleinen Theaterbesucher.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion hat sich im Zuge der Haushaltsberatungen für die Jahre 2020/21 dafür eingesetzt, Aufwüchse für die kleinen und mittleren Kinder- und Jugendtheater zu erreichen. Grundlegende Verbesserungen sind hinsichtlich Projektförderung, Proberäumen und Spielstätten geboten. Kinder und Jugendliche sollen möglichst frühzeitig für das Kulturgut Theater sensibilisiert und breitgefächert an die Theaterlandschaft herangeführt werden.

Die AfD-Fraktion befürwortet die Zahlung von Mindesthonoraren für Gastspiele. Mit einer verbindlichen Zahlung von Gastspielhonoraren durch die Spielstätten würde der prekären Situation von mobilen Kindertheatern entgegengewirkt.

10.3 DEUTSCH-JÜDISCHES THEATER



Das Deutsch-Jüdische Theater (DJT), so beschreibt es sich selbst, macht jüdisches Leben für nicht-jüdische Menschen niedrigschwellig zugänglich und ist mit anderen Einrichtungen nicht wirklich vergleichbar. Mit dem *Coupé-Theater* hat das Deutsch-Jüdische Theater eine Spielstätte, die es sich für Aufführungen und Proben mit anderen teilen muss. Trotz intensiver Bemühungen um eine staatliche Förderung ging das Deutsch-Jüdische Theater im Haushalt 2018/19 leer aus. Die AfD-Fraktion bemängelte dies während der Haushaltsberatungen und stellte einen Änderungsantrag. Die Koalition argumentierte dagegen, der Bezirk werde schon eine Lösung finden oder verwies auf die Spielstätten- und Basisförderung.

Auch für die Folgejahre bemühte sich das DJT um eine finanzielle Förderung. Trotz dieser regelmäßigen Kontaktaufnahmen durch das DJT und der Thematisierung in den Haushaltsberatungen zwei Jahre zuvor erklärte der Senat auf Nachfrage der AfD-Fraktion, keine Kenntnis über die finanzielle Situation des Theaters zu haben und blendete das Thema einfach aus. Das DJT bezog dazu wie folgt Stellung: Die finanzielle Situation sei der Senatsverwaltung hinlänglich bekannt, da man diesbezüglich seit 2017 mit den verschiedenen Vertretern im Gespräch gewesen sei. Im Basisantrag vom Januar 2019 läge ein detaillierter Finanzplan für 2020/21 vor.

Unsere Position:

Die AfD-Fraktion beantragte für den Haushalt 2018/19 und für den Haushalt 2020/21 jeweils, Mittel für das Deutsch-Jüdische Theater bereitzustellen. Im zweiten Anlauf war dem Anliegen Erfolg beschieden: Das Deutsch-Jüdische Theater erhielt für die Jahre 2020/21 eine Förderung durch das Land Berlin und die AfD-Fraktion dafür den Dank des Deutsch-Jüdischen Theaters!

10.4 DIE KUNSTFORM TANZ

Zur Stärkung der Kunstform Tanz in Berlin wurde der Runde Tisch Tanz geschaffen, der im Jahr 2018 vier Treffen abhielt. Dazu kamen fünf thematische Arbeitsgruppen, ein Symposium mit internationalen Experten sowie eine in Auftrag gegebene Bestandsanalyse. Am 8. Mai 2017 und am 11. Februar 2019 war der Tanz im Rahmen einer Anhörung Thema im Kulturausschuss. Nach diesen vielen Erörterungen des Themas war zu erwarten, dass mehr Mittel für den Tanz im Haushaltsplan bereitgestellt werden würden. Dem war mitnichten so. Finanziell ist für den Bereich Tanz nichts passiert.

” Das Wesen der körperbasierten Kunstform Tanz besteht aus Kontinuität.“ **TANZBÜRO BERLIN**



Neben der Forderung nach mehr Kontinuität des künstlerischen Arbeitens und der Forderung nach Stärkung der dezentralen Infrastruktur gehört ein eigenes „Haus für den Tanz“ zu den Positionen der Tanzszene Berlin. Bislang gibt es in Berlin keinen Ort, der sich in Produktion und Präsentation ausschließlich dem Tanz widmet und einem Stadttheater vergleichbar finanziell ausgestattet wäre. Tanz findet derzeit zu einem erheblichen Teil an für den Tanz schlecht ausgestatteten Orten statt. Ziel eines „Hauses für den Tanz“ bestünde darin, die unterschiedlichen Konzepte und Ansätze miteinander zu vernetzen und Tanz als eigenständige Kunstform sichtbarer zu machen.¹²¹

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die AfD-Fraktion hat die Forderungen der Tanzszene aufgegriffen und in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2020/21 insgesamt 8 Millionen mehr für den Tanz beantragt. Berlin soll damit als Ort der Tanzszene gestärkt werden. Außerdem setzt sich die AfD-Fraktion für ein „Haus für den Tanz“ ein.¹²²

10.5 CHÖRE

Neben den professionellen Chören verfügt Berlin über ein breites Spektrum unterschiedlichster Chöre – von kleinen Singgemeinschaften im Kiez bis hin zu semiprofessionellen Chören: für verschiedene Altersstufen, mit diversen künstlerischen, religiösen oder nationalen Ausrichtungen. Diese Quantität und Qualität gilt es zu erhalten und fördern.

” Singen ist das Fundament zur Musik in allen Dingen.“

GEORG PHILIPP TELEMANN

Gerade vor dem Hintergrund, dass Musikunterricht an Berliner Schulen zu oft ein Schattendasein fristet und infolgedessen die Kenntnis des reichen Liederbes bei der heranwachsenden Generation verkümmert, besitzen Chöre eine immense Bedeutung. Mit verlässlichen Rahmenbedingungen können anspruchsvolle Projekte leichter realisiert werden. Dadurch steigt die Anziehungskraft und somit letztendlich die musikalische Bildung. Besonders Chöre, in denen Kinder an die Musik herangeführt werden, benötigen eine umfangreichere Unterstützung.

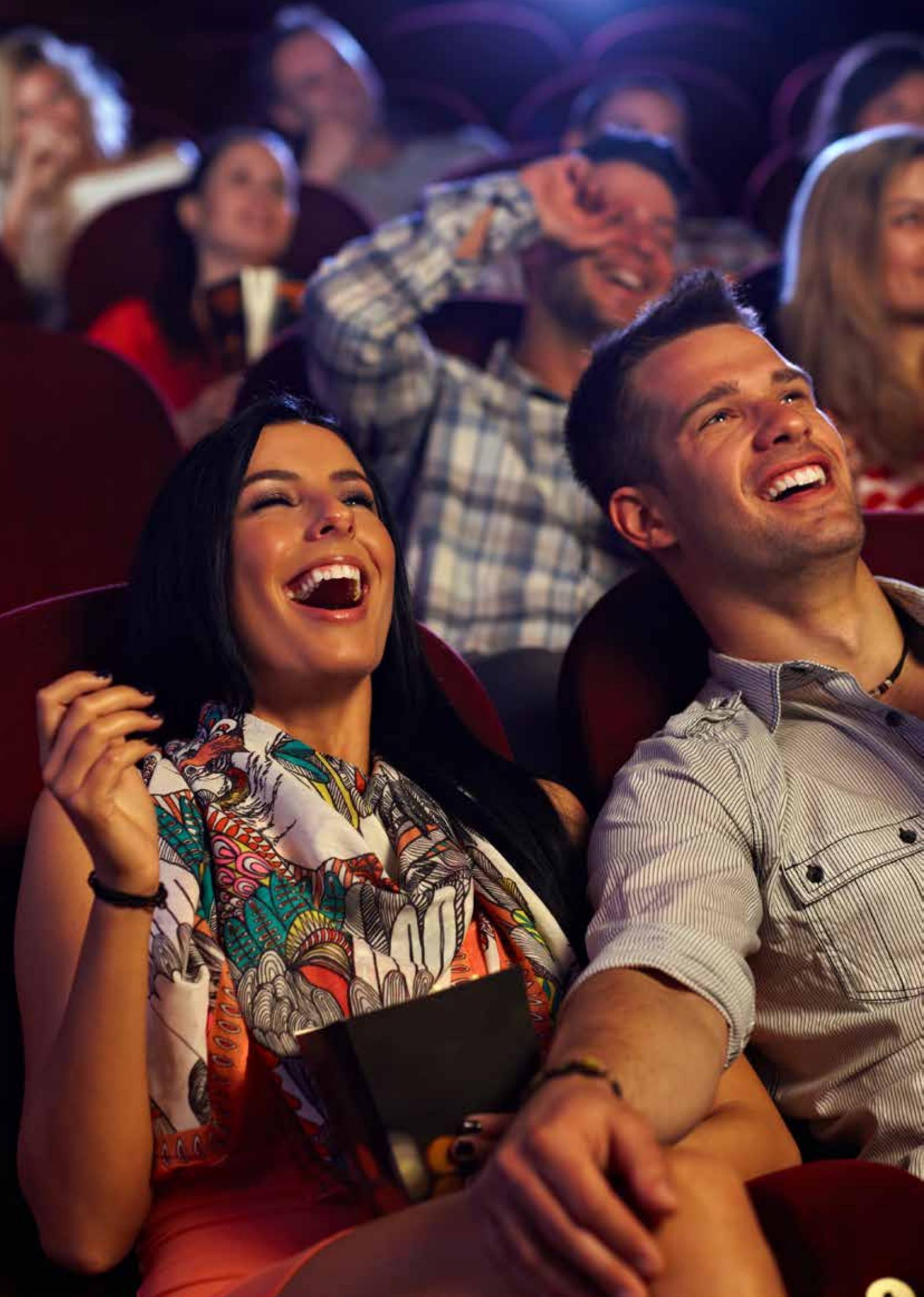


Unsere Position:

Die AfD-Fraktion plädiert für eine Wiederbelebung der Praxis, dass große Institutionen wie die Philharmonie oder das Konzerthaus Laienchören ihre Bühnen, Technik und Equipment kostenfrei für Auftritte zur Verfügung stellen. Ebenso sollten Berlins Staatstheater verpflichtet werden, Kostüme und Requisiten für szenische Chor-Projekte auszuleihen.

Die AfD-Fraktion hat die Einladung des Chorverbandes zum kulturpolitischen Frühstück gerne angenommen und sich in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2018/19 erfolgreich für eine Erhöhung der Mittel für die Chormusik eingesetzt.





11 Filmförderung

Berlin ist eine Filmmetropole. Seit Anbeginn der Filmgeschichte zählt Berlin zu den begehrtesten Filmkulissen weltweit. Die wechselvolle Geschichte der Stadt, die sich in den verschiedenen Stadtquartieren widerspiegelt, begeistert Intendanten, Regisseure und Schauspieler von Rang und Namen. Auf Filmfestivals tauschen sich in Berlin Filmemacher aus der ganzen Welt aus.



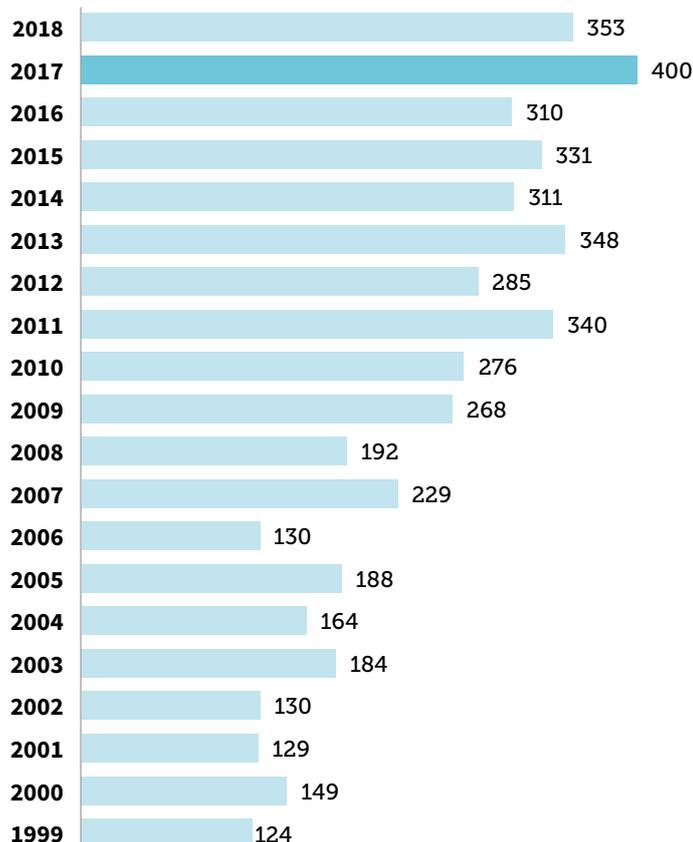
„Berlin ist die einzige Stadt, die mir Herzklopfen bereitet.“
BILLY WILDER

Die Filmproduktion wird in Deutschland von Bund und Ländern, Fonds und Ministerien jährlich mit mehr als 300 Millionen Euro gefördert. Sowohl bei der klassischen als auch der Anreizförderung in Form des Deutschen Filmförderfonds steht die Kinofilmförderung deutlich im Fokus. Deutschlands Filmindustrie produziert viele Filme, gut 300–400 Filme entstehen jährlich.



Anzahl der in Deutschland produzierten Kinofilme

IN DEN JAHREN 1999 BIS 2018





Dreharbeiten zum Film „Rocker“ von Klaus Lemke.

Die Filmförderung in Deutschland ist in zunehmendem Maße ineffizient. Die meisten deutschen Filmproduktionen bleiben defizitär. Für etwa 70 % der deutschen Kinoproduktionen gibt es lediglich ein Zuschaueraufkommen von 10.000 Besuchern. Obwohl die Fördersummen steigen, sinken die Besucherzahlen bei deutschen Kinofilmen stetig. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Neben einem veränderten Zuschauer- und Nutzerverhalten bereitet der permanent wachsende Streaming-Markt der Branche große Probleme. Entscheidend für den Rückgang beim Kartenverkauf ist aber auch die mangelnde Attraktivität deutscher Filmproduktionen beim Publikum. Dies erscheint paradox, verfügt doch gerade der deutsche Sprachbereich über eine enorm hohe Zahl an sehr guten Schauspielern.

Im Gegensatz zu anderen Ländern ist der Blick auf wirtschaftliche Erfolgsaussichten in Deutschland relativ nachrangig. Mit dieser Herangehensweise kann die deutsche Filmwirtschaft im europäischen und internationalen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig werden.

Die zentrale Rechtsgrundlage für die Förderung der deutschen Filmwirtschaft stellt das Filmförderungsgesetz (FFG) dar. Neben künstlerisch-ästhetischen Kriterien spielen nach den festgelegten Kriterien der Filmförderung politische Aspekte wie Geschlechtergleichstellung und Diversität eine Rolle. Manch vielversprechendes Projekt kann dadurch ganz von der Förderung ausgeschlossen werden. Mit unabhängiger und freier Filmförderung hat das immer weniger zu tun. Auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen richten die Redaktionen ihr Augenmerk auf politisch korrekte Filmproduktionen.

Unsere Position:

Die AfD plädiert für einen Paradigmenwechsel in der Filmförderung. Vergleiche mit der Filmbranche in anderen Ländern sowie Studien zu Filmfördersystemen sind dabei heranzuziehen. Aufgabe muss es sein, die Akzeptanz beim Publikum und aktuelle Marktbedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen.





12 Berlin als Hauptstadt

Berlin hat als Hauptstadt eine herausgehobene Stellung. Wenn Berlin als Hauptstadt finanzielle Ansprüche an den Bund stellt, darf es nicht verdrängen, dass es als Hauptstadt auch eine Verpflichtung hat. Diese Verpflichtung gilt nicht nur für die kulturelle Ausstrahlung. Das Scheitern Berlins schadet dem Ansehen des ganzen Landes.

Unter einer schlechten Landesregierung in Berlin leiden nicht nur die Berliner, vielmehr trifft dies alle Bürger Deutschlands. Erfolg und Qualität in Berlin sind wiederum ein positives Aushängeschild für das gesamte Deutschland. Das Gewicht Deutschlands als Kulturnation hängt von der Strahlkraft der Hauptstadt ab. Berlin ist das Spiegelbild der ganzen Nation.



” Wer wäre imstande zu behaupten: ich lebe in Berlin, – wie ein Embryo behaupten könnte, er lebe im Mutterleib? Es wäre grotesk. Mag man in vielen Städten Deutschlands leben können, um sich einverleibt und geborgen zu fühlen, Berlin aber, als Funktion begriffen, wird stets ein schattenhafter Gegner bleiben, dem es stündlich gewachsen zu sein gilt.“

MARTIN KESSEL, *Berlin und die Berliner, Kunst und Künstler*, 31/1932, S. 136–142, S. 137



Siegessäule am Großen Stern

Berlin gehört nicht nur den Berlinern. Berlin ist auch eine Bühne des Bundes und der Länder – ein Schaufenster, in dem sich Deutschland der Welt präsentiert. Als Hauptstadt steht Berlin grundgesetzlich verankert in der Pflicht, den Bund bei der Repräsentation des Gesamtstaates zu unterstützen. Berlin hat eine Verantwortung für die Außenwirkung Deutschlands wie auch für den gesamtstaatlichen Zusammenhalt. Das dazu nötige Selbstverständnis ist in der Berliner Politik nicht hinreichend entwickelt. Der Wille, die Hauptstadtrolle als solche auszufüllen, ist nicht erkennbar. Für die anderen Teile Deutschlands wirkt Berlin oft wie ein selbstverliebter Einzelgänger, der sich von den anderen Ländern finanziell alimentieren lässt. Dadurch büßt Berlin als Hauptstadt an Sympathie und Integrationskraft ein.

Berlin muss gegenüber dem Bund aktive Überzeugungsarbeit leisten, dass der Bund in nationaler wie internationaler Hinsicht von einer blühenden Hauptstadt profitiert. Ohne ein klares Selbstbekenntnis zur Hauptstadtrolle steht Berlin in einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber dem Bund da, wenn es darum geht, finanzielle Mittel für die Hauptstadtfunktion einzufordern.

” *Berlin ist niemals ein natürliches Zentrum, niemals die vorbestimmte deutsche Hauptstadt gewesen. Es lag von jeher weit ab von den Stammgebieten der deutschen Kultur, ja, der deutschen Geschichte; es ist zu all seiner ungeschlachten Mächtigkeit wie nebenher emporgewachsen.* **KARL SCHEFFLER**, *Berlin – ein Stadtschicksal*

Kulturpolitik ist in Berlin, ob man es will oder nicht, immer auch Bundespolitik. Die Hauptstadtaufgabe lässt sich nicht nebenbei erledigen und wird auch nicht einfach im Rahmen der Berliner Kulturpolitik mitgelöst. Aus der Inanspruchnahme von zusätzlichen Bundesmitteln für Kulturpolitik und Sicherheit folgt noch kein hauptstadtpolitisches Profil. Die Entwicklung der Stadt Berlin bedarf einer Doppelstrategie: sowohl einer „Stadtstrategie“ als auch einer „Hauptstadtstrategie“. Berlin muss Metropole und Kapitale sein.

Die Hauptstadtaufgabe wahrzunehmen, darf nicht in zentralistische Dominanz münden. Die Erfüllung der Hauptstadtaufgabe liegt nicht darin, alle kulturellen Glanzlichter an einem einzigen Ort zu konzentrieren, sondern darin, dass eine Stadt im Bewusstsein dieser Funktion in der Landespolitik stets auch die eigene Repräsentativität nach innen und außen berücksichtigt. In der Hauptstadt, die Referenzort für das gesamte Deutschland ist, wollen sich die Bürger des ganzen Landes repräsentiert wissen. Als Hauptstadt hat Berlin eine Identitäts- und Integrationsfunktion für das ganze Deutschland. Die Hauptstadt muss Deutschland als Kulturnation in einer Art und Weise präsentieren, mit der sich die Mehrheit der Deutschen einverstanden erklären und identifizieren kann und in der sich die Länder, ungeachtet ihrer Unterschiede, wiederfinden. Dazu gehört es auch, dass die Hauptstadt sichtbaren Raum für die Präsentation der Städte, Regionen und Bundesländer bietet, beispielsweise in einem Haus der Länder.

Deutschland braucht eine starke Hauptstadt, aber kein dominantes Berlin. Vielmehr kann Berlin als dauerndes Schlusslicht im Ländervergleich von anderen Städten und Regionen in Deutschland viel lernen. Das Selbstbild Berlins entspricht nicht automatisch den Anforderungen der Hauptstadtaufgabe. „Arm, aber sexy“ war und ist keine Lösung, die dem Anspruch der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden könnte.

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

Die Hauptstadt soll das Selbstverständnis des deutschen Volkes widerspiegeln, nach innen und außen deutsche Rahmenkultur präsentieren und als herausgehobener Erinnerungsort der deutschen Geschichte dienen.

Um das Bekenntnis zur Hauptstadtaufgabe festzuhalten, ist eine landesgesetzliche Selbstverpflichtung von Nöten: Mit einer Ergänzung der Berliner Verfassung kann Berlin ein deutliches Zeichen zur Wahrnehmung der Hauptstadtaufgabe setzen.



Berlin, das Schaufenster Deutschlands- Bekenntnis zur Hauptstadtfunktion in die Landesverfassung aufnehmen (Fünfzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin) Antrag (Gesetzentwurf) der AfD-Fraktion, [Drs. 18/3548](#) vom 29.03.2021



13 Die Zukunft von Kunst und Kultur: „Kinder, schafft Neues!“

„Die fortgeschrittenste Kunst der Moderne ist [...] wesentlich negativ, sie verharrt in der Auflösung, eines positiv besetzten Neuen ist sie nicht fähig.“

JOSEPH F. SCHMUCKER, *Sinn und Bild*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Bilderflut und Bildverlust. Für eine Kultur des Schauens*, Freiburg/Basel/Wien 1982, S. 163–174, S. 170.

Der Kunsthistoriker Bernhard Rupprecht (1928–2017) bezeichnete es als tragikomischen Aspekt der Moderne, dass die Praxis der Dekonstruktion länger dauert als der Vorrat an Tabus.¹²³ Die permanente Provokation in der Kunst läuft sich auf Dauer tot, nach über hundert Jahren der Zertrümmerung von Tabus sind die Modernisten längst die Altmodischen geworden. Beim Besuch einer zeitgenössischen Kunstausstellung wird man den Eindruck nicht los, dass sich „die Theorie der totalen Emanzipation qua Mangel an ernstzunehmenden Widersachern selbst ad absurdum führt“¹²⁴. Das revolutionäre Unterfangen eines „Aufbrechens von Sehgewohnheiten“ erschöpft sich in den „immer gleichen Provokationsspiralen“¹²⁵. Das Neue ist längst nicht mehr der produktive Schock, der einen Zuwachs an Erkenntnis verspricht, es ist künstlerische Konvention geworden. Der Anspruch war, mit Kunstwerken „Irritationen zu verursachen“. Tatsächlich spricht viel dafür, dass die Wahrnehmung solche vermeintlichen Irritationen inzwischen „sehr routiniert wegsteckt.“¹²⁶

„Denn das ist die größte Sünde der modernen Kunst: Sie ignoriert, ja verachtet das Publikum. Und es wurde nicht nur die Schönheit aus der Kunst vertrieben, sondern auch die Liebe zu ihr.“

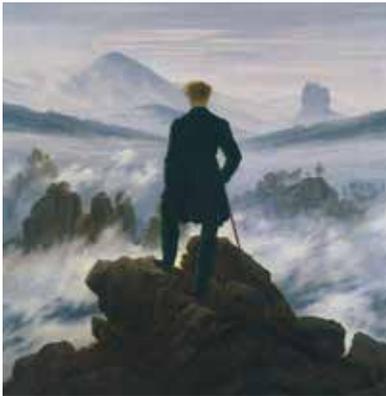
EPHRAIM KISHON



Sterbender Krieger aus dem Ostgiebel des Aphaiatempels



Markus Lüpertz: Der gestürzte Krieger, auf dem Kantdreieck aufgestellt



Caspar David Friedrich: *Der Wanderer über dem Nebelmeer* (um 1818)

Die überreizten Absonderlichkeiten moderner Kunst sind für sich genommen nicht das Problem, die entscheidende Frage ist: „Wo findet der große Rest der Menschheit das ihm zustehende Kunst-Erleben?“¹²⁷ Der natürliche Freund des Künstlers ist der für Kunst empfängliche Mensch.¹²⁸ Es gibt immer noch Menschen, die sich nach erhebender und ergreifender Kunst sehnen, aber hungrig zurückbleiben und Künstler, die der geheimen Zensur der Nichtbeachtung unterliegen. Kunst und Kultur sollten dem eigenen Anspruch nach mehr sein, „als ein auf sich selbst bezogenes Treiben in sich eingeweiht fühlenden Zirkeln“¹²⁹.

” Wir wollen von einem Kunstwerk sagen können: Es regt meine Sinne an, ich kann mich darin ausdrücken, ich finde meinen Ausdruck darin, den Ausdruck meiner Wünsche und Lebensinteressen, es bringt mich auf Gedanken, Ideen, es fordert meine Phantasie, meine Kräfte heraus, ohne mich auf Illusionen zurückzuwerfen. Ich möchte damit umgehen, es anfassen, gebrauchen, verändern oder es nur betrachten. Den Menschen beizustehen, daß sie ihr Selbstgefühl stärken oder erst wiedergewinnen und von ihrem Anspruch nicht lassen, als Menschen leben und sich betätigen zu dürfen.“

KARL SCHWAB, (1920–2003)

- 1 Arnold Gehlen: Anthropologische Forschung. Zur Selbstbegegnung und Selbstentdeckung des Menschen, Reinbek bei Hamburg 1961, S. 61.
- 2 Vgl. Eduard Spranger: Psychologie des Jugendalters, 13. Aufl., Leipzig 1930, S. 363.
- 3 Vgl. Georg Simmel: Vom Wesen der Kultur, Gesamtausgabe (GSG) 8, S. 367 f.
- 4 Vgl. Georg Simmel: Der Begriff und die Tragödie der Kultur, Gesamtausgabe (GSG) Band XIV, S. 387.
- 5 Arnold Gehlen, a. a. O., S. 59.
- 6 Wolfgang Reese-Schäfer: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Identität und Interesse, Opladen 1999, S. 7–8, S. 7.
- 7 Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 134.
- 8 Ruwen Fritsche: Freiheit durch Kultur? Kulturelle Identität als kulturelle Selbstbestimmung, in: Yves Bizeul/Dennis Bastian Rudolf (Hrsg.): Gibt es eine kulturelle Identität? S. 125–148, S. 126.
- 9 Vgl. [CSU-Grundsatzprogramm vom 28. September 2007](#), S. 142.
- 10 Vgl. Erving Goffman: Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt am Main 1977.
- 11 Vgl. [CSU-Grundsatzprogramm vom 28. September 2007](#), S. 144.
- 12 Gerhard Schulze: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt am Main/New York 1993, S. 523.
- 13 Ebenda.
- 14 Gerhard Schulze, a. a. O., S. 513 f.
- 15 Deutscher Bundestag, [WD 10 - 3000 - 034/15](#), S. 14.
- 16 Vgl. Bernhard Weck: Verfassungsrechtliche Legitimationsprobleme öffentlicher Kunstförderung aus wirklichkeitswissenschaftlicher Perspektive, Berlin 2001, S. 33.
- 17 Gerhard Schulze, a. a. O., S. 514.
- 18 Jenny Svensson: Die Kunst, Kultur (nicht nur) zu messen: Evaluation im Theater- und Kulturbetrieb, Berlin 2017, S. 60.
- 19 Dirk Baecker: Wozu Theater? Berlin 2013, S. 16.
- 20 Patrick Glogner/Stefanie Rhein: Neue Wege in der Publikums- und Rezeptionsforschung? Zum Verhältnis der empirischen Medienpublikums- und Kulturpublikumsforschung, in: Institut für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft (2005), S. 431–439, S. 432.
- 21 Gerhard Schulze, a. a. O., S. 496.

- 22 Vgl. Konrad Umlauf: Ausstellungen zwischen Kulturvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit. Oder: Warum guckt nur keiner? In: Petra Hauke: Praxishandbuch Ausstellungen in Bibliotheken, S. 410-428. S. 420 mit Verweis auf: M. Popp: Von der Notwendigkeit kulturpolitischer Leitbilder, in: P. Braun (Hrsg.), Der Kulturmanager, Stadtbergen 1992.
- 23 Vgl. Jost Hermand: Die Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965-85, München 1988, S. 79.
- 24 Klaus von Beyme: Von der „Kulturpflege“ zur „Kreativindustrie“, S. 175.
- 25 Gerhard Schulze, a. a. O., S. 499.
- 26 Patrick S. Föhl/Markus Lutz: Publikumsforschung in öffentlichen Theatern und Opern, in: dies. (Hrsg.): Das Kulturpublikum: Fragestellungen und Befunde der empirischen Forschung, Wiesbaden 2010, S. 23–96, S. 24 mit Verweis auf Armin Klein: Besucherbindung im Kulturbetrieb. Ein Handbuch, 2. durchgesehene Auflage, Wiesbaden 2008, S. 8.
- 27 Oliver Scheytt: Kulturstaat Deutschland: Plädoyer für eine aktivierende Kulturpolitik, S. 55.
- 28 Max Fuchs: Kulturvermittlung und kulturelle Teilhabe – ein Menschenrecht, in: Birgit Mandel (Hrsg.): Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing, Bielefeld 2005, S. 31–39, S. 34.
- 29 Vgl. Hermann Glaser, Karlheinz Stahl: Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur, München 1974, S. 25.
- 30 Dieter Hornung: Breitenkultur statt Laienkultur, in: kultur · kompetenz · bildung (Beilage zu politik & kultur) Juli–August 2006, S. 1.
- 31 BVerfGE 36, 321 <331>.
- 32 Oliver Scheytt: [Kulturpolitik und Recht. Ein Versuch zur Systematisierung des Rechts der Kultur in öffentlicher Verantwortung](#), in: Kulturpolitische Mitteilungen • Nr. 100 • I/200, S. 50–54, S. 50.
- 33 Max Fuchs: Kulturpolitik, a. a. O., S. 120.
- 34 Vgl. Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz: Der Kulturinfarkt. Von Allem zu viel und überall das Gleiche. Eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention, München 2012, S. 46.
- 35 Vgl. Thomas Steinfeld: [Folgen der Kunst-Förderung: Sind so satte Künstler!](#) In: süddeutsche.de, 11. Mai 2010.
- 36 Vgl. Gerhard Schulze, a. a. O., S. 372.
- 37 Ebenda, S. 503 ff.
- 38 Haselbach et al. A. a. O., S. 39.
- 39 Ebenda, S. 70.

- 40 Vgl. Dieter Nohlen: Kulturstaat/Kulturpolitik, in: ders. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München 2001, S. 272–274. S. 273.
- 41 Vgl. Haselbach et al. A. a. O., S. 66.
- 42 Michael Mihatsch, Öffentliche Kunstsubventionierung. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Probleme, insbesondere bei Einschaltung nicht-staatlicher Instanzen in das Subventionsverfahren, Berlin 1989 (Diss. 1988), S. 44.
- 43 Haselbach et al. A. a. O., S. 66.
- 44 Vgl. Müller/Bredenkamp/Hinz/Verspohl/Fredel/Apitzsch: Autonomie der Kunst, Frankfurt am Main 1972, S. 7.
- 45 Haselbach et al. A. a. O., S. 76 f.
- 46 Jost Hermand: a. a. O., S. 154.
- 47 Hanno Rauterberg, Und das ist Kunst?! Eine Qualitätsprüfung, Frankfurt am Main 2008, S. 139.
- 48 Vgl. [Schlussbericht der Enquete-Kommission](#), „Kultur in Deutschland“, 1. 12. 2007, BT-Drucksache16/7000, S. 337.
- 49 Vgl. Tobias Losekandt: Kreativwirtschaft in Berlin. Arbeitswelt zwischen Hype, Prekarisierung und kollektiven Lösungen. Handlungshinweise für Kreative und lokale Politik, Berlin 2011.
- 50 Florian Knetsch: Faszination Kultur- und Kreativwirtschaft: Strukturen und Potenziale, in: Hausmann/Heinze (Hrsg.): Cultural Entrepreneurship – Gründen in der Kultur- und Kreativwirtschaft, Wiesbaden 2017, S. 1–11, S. 3.
- 51 [Grundsatzprogramm der Kulturpolitischen Gesellschaft](#), 21. September 2012.
- 52 [Wirtschaftsfaktor für Berlin: Tourismus- und Kongressindustrie](#), about.visitberlin.de.
- 53 Vgl. Gabriele Weiß: Kulturelle Bildung – ein Containerbegriff? In: Dies. (Hrsg.) Kulturelle Bildung – Bildende Kultur. Schnittmengen von Bildung, Architektur und Kunst, Bielefeld 2017, S. 13–25.
- 54 Haselbach et al. A. a. O., S. 110.
- 55 Dieter Haselbach: Ist kulturelle Bildung Bildung zur Demokratie? In: Kulturpolitische Mitteilungen, II/2019, S. 60–62, S. 61.
- 56 Eduard Spranger: Lebensformen. Geisteswissenschaftliche Psychologie und Ethik der Persönlichkeit, 1922, S. 339.
- 57 Eduard Spranger: Gesammelte Schriften, Band I: Geist der Erziehung, Heidelberg 1969, S. 200.
- 58 Eduard Spranger: Lebensformen. Geisteswissenschaftliche Psychologie und Ethik der Persönlichkeit, 1922, S. 338.

- 59 Johannes Messner: *Kulturethik: mit Grundlegung durch Prinzipienethik und Persönlichkeitsethik*, Innsbruck 1954, S. 463.
- 60 Vgl. Haselbach et al. A. a. O., S. 60.
- 61 Vgl. Thomas Renz: *Nicht-Besucherforschung als Grundlage von Audience Development. Die Förderung kultureller Teilhabe durch Kulturpolitik und Kulturmanagement*, Bielefeld 2015, S. 10.
- 62 Haselbach et al. A. a. O., S. 41.
- 63 Vgl. Ebenda, S. 94.
- 64 Vgl. Ebenda, S. 105.
- 65 Vgl. Susanne Keuchel: *Das Kulturpublikum zwischen Kontinuität und Wandel - Empirische Perspektiven*, in: *Jahrbuch für Kulturpolitik 5: Kulturpublikum*, Bonn 2015, S. 111–125, S. 121.
- 66 Vgl. Martin Tröndle: *Nichtbesucher, Annäherung an ein unbekanntes Wesen*, in (ders.) (Hrsg.): *Nicht-Besucherforschung: Audience Development für Kultureinrichtungen*, S. 114.
- 67 Vgl. Ebenda.
- 68 Vgl. Haselbach et al. A. a. O., S. 111.
- 69 Vgl. Ebd. S. 25.
- 70 Vgl. Arnold Gehlen: *Zeit-Bilder und weitere kunstsoziologische Schriften*, Gesamtausgabe, Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt am Main 2016.
- 71 Stefanie Voigt, *Das Geheimnis des Schönen*, S. 111 f.
- 72 Vgl. Christian Saehrendt/Steen T. Kittl: *Das kann ich auch! Gebrauchsanweisung für moderne Kunst*, Ostfildern 2013, S. 18.
- 73 Vgl. Christian Saehrendt/Steen T. Kittl, a. a. O., S. 260.
- 74 Herman Nohl: *Vom Sinn der Kunst*, 1961, S. 9.
- 75 Vgl. Hanno Rauterberg: *Und das ist Kunst?! A. a. O. S. 156 und S. 158.*
- 76 Vgl. Haselbach et al. A. a. O. S. 32.
- 77 Norbert Sievers: *Publikum im Fokus. Begründungen einer nachfrageorientierten Kulturpolitik*, *Jahrbuch für Kulturpolitik* (2005), S. 45–58, 46.
- 78 Vgl. Clive Bell: *Kunst, neu herausgegeben und eingeleitet von Stefan Majetschak*, Paderborn 2019, S. 157.
- 79 Christian Saehrendt/Steen T. Kittl, a. a. O. S. 15.
- 80 Vgl. Nicole Zepfer: *Kunst hassen. Eine enttäuschte Liebe*, Stuttgart 2013.
- 81 Michael Wolf: [Fette Beute in Sicht](#). Kolumne: Als ob! – Michael Wolf über Artivismus, der an die Futtertröge der Kultur will, *nachtkritik.de*, 6. Juni 2018.
- 82 Larissa Kikol, in: *Kunstforum*, Bd. 254, 2018: *Politik, Ethik, Kunst*, S. 44 (Editorial).
- 83 Oliver Marchart: *Von der Heteronomie zur Autonomie und zurück. Das künstlerische Kreativsubjekt und die Politik*, in: Beatrice von Bismarck/Alexander Koch/Sylvia Bernhard: *Beyond education. Kunst, Ausbildung, Arbeit und Ökonomie*, Frankfurt am Main 2005, S. 165–174, S. 168.
- 84 Hanno Rauterberg: *Und das ist Kunst?! A. a. O. S. 160.*
- 85 Larissa Kikol: *Erst kommt die Moral, dann das Bild*, in: *Kunstzeitung*, Mai 2019, S. 9.

- 86 Wolfgang Ullrich: Nachkunst. Metamorphosen des Werkbegriffs in kuratierter und politischer Kunst der Gegenwart, in: Kunstforum, Bd. 254, 2018: Politik, Ethik, Kunst, S. 63–77, S. 72.
- 87 Ralf Schlüter, in: art das Kunstmagazin, Juni 2017, S. 81.
- 88 Larissa Kikol: Erst kommt die Moral, dann das Bild, a. a. O. S. 9.
- 89 Larissa Kikol, in: Kunstforum, Bd. 254, 2018: Politik, Ethik, Kunst, S. 44 (Editorial).
- 90 Hanno Rauterberg: Wie frei ist die Kunst? Der neue Kulturkampf und die Krise des Liberalismus, S. 114.
- 91 Larissa Kikol: Nett geknebelt. Zur Schalldichte der „L'art politique pour l'art politique“, in: Kunstforum, Bd. 254, 2018: Politik, Ethik, Kunst, S. 55 f.
- 92 Vgl. Hanno Rauterberg: Und das ist Kunst?! A. a. O. S. 161.
- 93 Gabriele Schulz/Olaf Zimmermann: Frauen und Männer im Kulturmarkt: Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, hrsg. vom Deutschen Kulturrat, S. 470.
- 94 Wissenschaftlicher Parlamentsdienst des Abgeordnetenhaus von Berlin: [Gutachten zu flexiblen Arbeitszeitregelungen bei Musikschullehrkräften an den Musikschulen des Landes Berlin](#), 20. Juli 2018.
- 95 Dr. Dieter Neuendorf (AfD): Sanierungsstau bei den Bezirksbibliotheken, Schriftliche Anfrage vom 5. Februar 2019, [Drs. 18/17799](#).
- 96 Frauke Mahrt-Thomsen, Referat am 28.8.2018 in der Tucholsky-Buchhandlung.
- 97 Peter Delin, [Wortprotokoll Kulturausschuss](#), 14. Januar 2019, S. 6.
- 98 Odo Marquard: Zukunft braucht Herkunft. In: Oikos 1992, S. 453–457.
- 99 Michael Stürmer: Dissonanzen des Fortschritts, München 1986, S. 209.
- 100 Michael Stürmer: Geschichte in einem geschichtslosen Land, FAZ, 25. April 1986.
- 101 Vgl. Felicity Bodenstein: „Alles von Wert in Besitz genommen“, [süddeutsche.de](#), 18. Februar 2020.
- 102 Nietzsche, KSA 1, S. 268.
- 103 Julius Langbehn: Rembrandt als Erzieher, Leipzig/Berlin 1890, S. 17.
- 104 Kompetenzzentrum Bestandserhaltung (KBE): [Projekt Landeskonzert für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts Berlin. Öffentlicher Zwischenbericht](#), 30.07.2021, S. 2.
- 105 Vgl. Ebenda.
- 106 Vgl. Dr. Torsten Musial • VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Landesverband Berlin: Bedarf einer Archivberatungsstelle Berlin, Schreiben vom 23.01.2021. .
- 107 Birgit Bürkner: [Herzlos-Abriss wegen Ämter-Versagen. Darum wurde dieses schöne Haus in Berlin-Zehlendorf abgerissen](#), 28. Februar 2020.
- 108 Vgl. Nikolaus Bernau: [Denkmalschutz: Berlin lernt nicht dazu](#), Berliner Zeitung, 17.01.2020.
- 109 AG Ortsgestaltung – Berlin Grünau. Initiative zur Wiederbelebung von Riviera und Gesellschaftshaus – Berlin Grünau, <http://www.riviera-retten.de>.
- 110 Vgl. Christian Hönicke: [Erst nach dem Abriss kam der Denkmalschutz. Berliner Mauerrest in Pankow wird gesichert](#), tagesspiegel.de, 12.05.2020.

- 111 Vgl. Christian Möller, [Verbandsklagerecht im Denkmalschutz aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs \(EuGH\)](#), in: Dokumentation des 82. Tags für Denkmalpflege und der gemeinsamen Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger (VdL) und des Verbands der Landesarchäologen (VLA) in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2014, S. 380–383.
- 112 Vgl. Walter Rossow: Das Niveau des Berliner Bauens muß verbessert werden, in: Tagesspiegel, 28. Februar 1962, S. 4.
- 113 Stadt.Bild.Berlin – Baukultur und Denkmalpflege in der deutschen Hauptstadt [Schwerpunktthema: Hände weg von Kastendoppelfenstern!](#)
- 114 <https://stadtbildberlin.wordpress.com/schwerpunktthema-energetische-sanierungen/>
- 115 Dagmar Schmidt & Theresa Brüheim: [Urbane Kunst. Die Bildende Künstlerin Dagmar Schmidt im Gespräch](#), 2. Februar 2021, kulturrat.de.
- 116 Vgl. Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Dieter Neuendorf (AfD) vom 22. Januar 2019: Kunstdiebstahl im öffentlichen Raum, [Drs. 18/17628](#).
- 117 Vgl. Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Dieter Neuendorf (AfD) vom 22. Juli 2020: Farbattacke auf das Bismarck-Denkmal am Großen Stern, [Drs. 18/24258](#)
- 118 Gunnar Schupelius: [Kreuzberg kann sein wichtigstes Denkmal nicht sauber halten](#), B. Z. vom 2. Juli 2019.
- 119 Sabine von Schorlemer: Der internationale Schutz von Kulturgütern gegen Umwelteinflüsse, in: Fechner/Oppermann/Protz, S. 226.
- 120 [Flick, Olbricht und Stoschek ziehen weg – ist Berlin zu doof für Kunstsammlungen?](#), tip-berlin.de, 12.05. 2020.
- 121 Vgl. Tanzbüro Berlin: [Haus für Tanz und Choreografie: Einblick](#)
- 122 Schriftliche Anfrage von Dr. Dieter Neuendorf (AfD) vom 27.10.2020, [Ankauf von Liegenschaften für kulturelle Nutzung – Haus für den Tanz](#).
- 123 Bernhard Rupprecht: Kunst als Schöpfungs-Surrogat, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): Unser Epigonen-Schicksal, München 1980, S. 56–73, S. 71.
- 124 Tano Gerke: [Was ist konservative Ästhetik?](#) In: anbruch. Magazin für Kultur & Künftiges, 22. Juni 2020.
- 125 Marcel Lepper/Stephan Schlak: [Zum Thema](#), in: dies. (Hrsg.): Konservative Ästhetik, Zeitschrift für Ideengeschichte, Heft VII/3 Herbst 2013, S. 4.
- 126 Felix Fiedler, zit. in: Katrin Albinus: [Kunst im öffentlichen Raum: Schaut sich das einer an?](#), deutschlandfunkkultur.de, 24.08.2015.
- 127 Richard W. Eichler: Die Wiederkehr des Schönen. Plädoyer für eine Kunst mit Zukunft, Tübingen 1984, S. 18.
- 128 Vgl. Ebenda, S. 23.
- 129 Ebenda.

Fotos angabeformat „seite-urheber“

U-1-stokkete; U-1-Afd-Fraktion; U-1-Afd-Fraktion; U-1-rh2010; U-1-Couleur; 10-Roman Babakin; 11-SteF; 12-Larissa; 12-gkrphoto; 13-AfD-Fraktion; 13-Manfred Brückels; 14-AfD-Fraktion; 14-Sergey Kohl; 15-AfD-Fraktion; 15-ArTo; 15-christianthiel.net; 16-AfD-Fraktion; 17- furtseff; 18-JosefLehmkuhl; 18-Niels Elgaard Larsen; 19-Mustafa Kumaz; 19-AfD-Fraktion; 20-pressmaster; 20-BGStock72; 21-chika_milan; 21-SMEEitz; 21-Minerva Studio; 22-Roman Gorielov; 23-AfD-Fraktion; 23-LIGHTFIELD STUDIOS; 24-STEKLO_KRD; 25-amazon; 26-wavebreak3; 27-auremar; 28-Gorodenkoff; 28-princeoflove; 29-Nejron Photo; 29-iuricazac; 30-AfD-Fraktion; 30-rh2010; 31-davit85; 32-kozlik_mozlik; 33-highwaystarz; 34-Zoran Zeremski; 34-Monkey Business; 35-Bildautor; 35-mollicart; 36-alfa27; 36-Mediterraneo; 37-Aldeca Productions; 37-Di Jens Cederskjold, CC BY 3.0, 52830146; 38-saehrendt/kittl; 39-Pixel-Shot; 39-zepter; 40-Serge-B; 41-Ai Weiwei; 41-Stern; 42-AfD-Fraktion; 43-Seventyfour; 44-somegirl; 45-AfD Fraktion; 46-Kasimir Walewitsch; 46-jungefreiheit; 47-AfD-Fraktion; 48-endstation-rechts.de; 48-andrei; 49-Die Vielen; 50-AfD Fraktion; 51-Afd Fraktion; 51-Afd Fraktion; 52-Marco Desscouleurs; 53- Jacob Lund; 54- BlueSkyImages; 55-stokkete; 55-AfD-Fraktion; 56-Drazen; 57-Andriy Bezuglov; 58-Viacheslav Lakobchuk; 59-Rawpixel.com; 59-John Keith; 60-AfD-Fraktion; 61-Der Spiegel; 62-Rawpixel.com; 63-Tyler Olson; 63-Sergey Nivens; 64-VadimGuzhva; 64-dusanpetkovic1; 65-Ermolaev Alexandr; 65-Bildautor; 66-Adrienne; 67-Drobot Dean; 67-jaime; 68-AfD-Fraktion; 69-robertdering; 70-Markus Mainka; 71-Sina; 72-AfD-Fraktion; 72-AfD-Fraktion; 73-AfD-Fraktion; 73- chrisdomey; 74-bluedesign; 74-Claudio Divizia; 75-Angela Serena Gilmour; 76-Stefan Werner; 77-Rik; 78-Michel Meijer; 79-Jochen Eckel; 81-Wikipedia; 82-nikhg; 82-Florian Schäffer; 83-pyty; 84-Matt Neale from UK; 86-EUGENI_FOTO; 87-AfD-Fraktion; 87-Panama; 88-unbekannt; 88-jorg-carstensen; 89-JackF; 89-AfD-Fraktion; 90-elmar gubisch; 91-AntonioDiaz; 92-Scott Waby; 93-Imagebroker; 94-Panama; 95-Vladislav Gajic; 96-AfD-Fraktion; 97-Google Maps; 97-AfD-Fraktion; 98-AfD Fraktion; 98-AfD Fraktion; 99-AfD Fraktion; 99-AfD Fraktion; 99-AfD Fraktion; 100-ThomasWolter; 100-zz3701; 102-Manfred Brueckels; 102-AfD-Fraktion; 103-A. Savin; 103-Dirk Ingo Franke; 103-Gunnar Klack; 104-elxeneize; 105-Präsentation Braunfels; 106-Afd-Fraktion; 106-berliner-schloss.de; 106-wal_172619; 107-Unknown author, via Wikimedia Commons; 108-AfD-Fraktion; 109-Fiedels; 110-AfD Fraktion; 111-AfD Fraktion; 112- auremar; 113-dsalmo; 114-Raimond Spekking; 114-Fridolin freudenfett; 116-AfD-Fraktion; 118-JackF; 119- Kzenon; 120-AfD Fraktion; 121-Inge Knol; 122-Shalom-salam-wohin.de; 124-JackF; 125-Freelancer; 125-highwaystarz; 126-nyul; 127-stokkete; 127-guruXOX; 128-Heinrich Klaffs; 129-AfD-Fraktion; 130-Juergen Huettel; 131-Ajdin Kamber; 131-VRD; 132-Wirestock; 133-Patryk Kosmider; 134-jackfrog; 135-Afd-Fraktion; 135-Afd-Fraktion; 136-Caspar David Friedrich

Herausgeber dieser Broschüre und
verantwortlich im Sinne des Presserechts ist die

Fraktion der AfD im Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

 afd-fraktion.berlin

 facebook.com/AfDFraktionAGH

 twitter.com/afdfraktionagh

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:

 info@afd-fraktion.berlin oder

 +49 (0)30 2325 - 2621

Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:



+49 30 23 25-26 22



info@afd-fraktion.berlin



afd-fraktion.berlin



twitter.com/afdfraktionagh



facebook.com/hauptstadtfraktion



youtube.com/@hauptstadtfraktion



instagram.com/afdfraktionagh



Abonnieren Sie unseren Newsletter